

1 **Antragsheft 1 & 2**

2 ***(Stand 16.8.2011)***

3 **zum**

4 **Landesparteitag**

5 **DIE LINKE. NRW**

6 **am 10./11.9.2011**

7 **in Mülheim**

8 **Antragsübersicht**

9

Nr.	Benennung	AntragstellerInnen
GO 1	Antrag zur Ergänzung von Artikel 11 der Geschäftsordnung des LPT	Günter Blocks
GO 2	Antrag zur Ergänzung von Artikel 11. der Geschäftsordnung des LPT	LspR Sozialistische Linke
TO 1	Anträge zur Änderung der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt 4 wird geändert in	Günter Blocks
TO 2	Hinter Tagesordnungspunkt 12 neuer Top 13	Günter Blocks
TO 3	It's the budget, stupid	Alban Werner (LAG Wirtschaft, Finanzen, Haushalt in Gründung)
L 1	Wir sind die Opposition – Gegen Krisenpolitik und Lohnraub! Den Parteaufbau voranbringen!	Landesvorstand DIE LINKE.NRW
L1Ä1	Änderungsantrag zum Leitantrag des Landesvorstandes: Zeilen 398-399	Christian Stadter
L1Ä2	Änderungsantrag zum Leitantrag des Landesvorstandes: Zeilen 399-402	Günter Blocks
L 2	Gemeinwohl vor Profit: Eine Partei	Bernhard Sander, Alban Werner u.a.
H 1	Verhalten zum Haushalt 2012	KV Düsseldorf
H 2	Anforderungen an den Landeshaushalt 2012 und die Strategie der LINKEN.	KV Köln
F 1	Antrag zur Änderung der Finanzordnung	Landesvorstand DIE LINKE.NRW u.a.
F 2	Verzicht auf hauptamtliche GeschäftsführerIn	KV Köln
F 3	Die Änderung der Landesfinanzordnung solidarisch und zukunftsorientiert umsetzen	Günter Blocks, Nina Eumann u.a.
F 4	Fahrgeld-Topf	Ruth Tietz
P 1	Kämpfe um Zeit	Landesvorstand
P 2	Antrag „Senioren 1“	LAG Senioren
P 3	Antrag „Senioren 2“	LAG Senioren

P 4	Antrag „Senioren 3“	LAG Senioren
P 5	Deutschland – Eine Klassengesellschaft Ziffern 1 bis 5	Hans-Günter Bell(KV Köln), Alexander Recht (KV Köln) et al.
P 6	Antrag „Senioren 4“	LAG Senioren
P 7	Antrag „Senioren 5“	LAG Senioren
P 8	Antrag „Senioren 6“	LAG Senioren
P 9	Ersetzungsantrag „Öffentlich geförderte Beschäftigung“	KV Düsseldorf, LAG „Weg mit Hartz IV!“
P 10	Soziale Sicherheit und Gesundheit	LAG Gesundheit und Soziales
P 11	Antrag „Senioren 7“	LAG Senioren
P 12	Antrag „Senioren 8“	LAG Senioren
P 13	Antrag zu Zeile 1592	LAG Gesundheit und Soziales
P 14	Antrag zu Zeile 1596	LAG Gesundheit und Soziales
P 15	Antrag zu Zeilen 1606 bis 1610	LAG Gesundheit und Soziales
P 16	Antrag zu Zeile 1620	LAG Gesundheit und Soziales
P 17	Antrag zu Zeile 1625	LAG Gesundheit und Soziales
P 18	Antrag „Senioren 9“	LAG Senioren
P 19	Antrag „Senioren 10“	LAG Senioren
P 20	Antrag „Senioren 11“	LAG Senioren
P 21	Faschismus und Rassismus bekämpfen	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 22	Rechtspopulismus	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 23	Nato-Mitgliedschaft kündigen	Hossein Phaghani (KV Köln), Klaus Roth (KV Köln)
P 24	Völkerrecht und Vereinte Nationen	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 25	Polizeieinsätze	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.
P 26	Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft (Ziffer 6)	Hans-Günter Bell (KV Köln), Alexander Recht (KV Köln) u.a.
P 27	Rote Haltelinien	Hans Günter Bell (KV Köln), LspR Sozialistische Linke u.a.
P 27 Ä1	Änderungsantrag zu P 27: Keine Einsätze der Bundeswehr	Michael Bruns (KV Soest), Hans-Otto Spanke (KV Soest)
P 28	Aufbau einer neuen Internationalen	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW) u.a.

S 1	Frauenanteil in Kreisvorständen	Günter Blocks
S 2	Größe Parteivorstand	Günter Blocks
S 3	Quote Beschäftigte in Gremien	Günter Blocks
S 4	Einführung einer Verwarnung	Günter Blocks
SO 1	Antragberechtigung Parteiausschluss	Günter Blocks
SO 2	Kostenzuweisung Schiedsverfahren	Günter Blocks
A 1	Christopher Street Day	LAG Queer NRW
A 2	Innerparteilicher Pluralismus im Web	Peter Eßer u.a.
A 3	Stand der Umsetzung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung	Christian Stadter
A 4	Bekräftigung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung	Christian Stadter
A 5	Mumia Abu-Jamal	Christian Stadter
A 6	Rechtspopulismus stoppen – konsequent für soziale Gerechtigkeit!	Sevim Dagdelen (MdB), Martin Hantke (LAG FiP NRW)
A 7	Auflösung des Vorstandes des Kreisverbandes Rhein-Erft	Willi Dedecke, Artur Forge u.a.

Anträge zur Geschäftsordnung

GO-1

Antrag zur Ergänzung von Artikel 11. der Geschäftsordnung des LPT

Antragsteller: Günter Blocks

Der Landesparteitag möge beschließen:

In Artikel 11 der Geschäftsordnung wird als neuer letzter Satz eingefügt:

Übernimmt der/die AntragstellerIn einen Änderungs- oder Ergänzungsantrag, so kann die Versammlung per Mehrheitsbeschluss verlangen, dass dieser übernommene Passus dennoch zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt wird.

Begründung:

Vor dem Hintergrund der heftigen (GO-)Debatte um das Sommerfest im Landesrat, aber auch ähnlich gelagerter Verfahrens-Debatten im Kontext der Diskussion um Wahlprogramme zur Landtagswahl auf Landesparteitagen hat der Landesrat im Mai 2011 eine entsprechende Änderung seiner Geschäftsordnung bereits vorgenommen.

Eine dementsprechende Ergänzung der GO des LPT kann auch für dieses Organ die Verfahrenssicherheit erhöhen und unnötige Verfahrensstreitigkeiten reduzieren.

GO-2

Antrag zur Ergänzung von Artikel 11. der Geschäftsordnung des LPT

Antragsteller: LandessprecherInnenRat der Sozialistischen Linken

Der Landesparteitag möge beschließen:

In Artikel 11 der Geschäftsordnung wird speziell für **diesen** Landesparteitag als neuer zweiter Satz eingefügt:

Auf die Anwendung der impliziten Kann-Bestimmung zur Nicht-Befassung von Anträgen von Einzelpersonen in § 17 Abs. 6 Landessatzung wird auf dem Landesparteitag am 10./11. September 2011 verzichtet.

Begründung:

Zwei Passagen der Bundes- und Landessatzung stehen in grundlegendem Widerstreit:

- In § 4 Abs. 1 Bundessatzung heißt es:
Jedes Mitglied hat das Recht, im Rahmen dieser Bundessatzung und der beschlossenen Geschäftsordnungen

...

d) Anträge an alle Organe der Partei zu stellen, ...

also auch als Einzelperson Anträge an Landes- und Bundesparteitage zu stellen.

45 - In § 17 Abs. 6 Landessatzung heißt es hingegen:
46 *Fristgerecht eingereichte Anträge, welche von Kreis-, Orts-, Bezirks- oder*
47 *Regionalverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Landesarbeitskreisen,*
48 *Organen der Landespartei, Kommissionen des Landesparteitages oder als*
49 *Dringlichkeits- bzw. Initiativantrag von mindestens 25 Delegierten gestellt*
50 *werden, sind durch den Landesparteitag zu behandeln.*
51 Implizit folgt daraus, dass Anträge von Einzelpersonen durch Empfehlung der
52 Antragskommission von der Diskussion und Beschlussfassung ausgeschlossen
53 werden können.

54 Letzteres kann durchaus Sinn machen, um AntragstellerInnen dazu zu bewegen, ihre
55 Position zunächst in ihrem jeweiligen Basis-Umfeld zur Diskussion zu stellen und um
56 Parteitage vor einer denkbaren Überfrachtung mit Hunderten zu behandelnder
57 Einzelanträge zu bewahren.

58 Die Termin-Abfolge im Kontext dieses Landesparteitages legt es aber dringend nahe,
59 auf die impliziten Restriktionen von § 17 Abs. 6 Landessatzung zu verzichten:

60 - Erst kurz vor den NRW-Sommerferien wurden die Leitanträge des
61 Parteivorstandes veröffentlicht. Und diese Leitanträge zum Bundesparteitag
62 spielen eine zentrale Rolle auf unserem Landesparteitag.

63 - Erst zu Beginn der NRW-Sommerferien wurde der Leitantrag des
64 Landesvorstandes zu diesem Landesparteitag veröffentlicht.

65 - Die Anträge aus dem Landesverband zum Parteiprogramm sind auch einen
66 Tag vor dem Antragschluss zum Landesparteitag – also mitten in den NRW-
67 Sommerferien – noch nicht parteiöffentlich publiziert.

68 - Bis zum Ende der NRW-Sommerferien am 06.09.11 sind aber alle
69 Antragsfristen zu Bundes- und Landesparteitag – einschließlich dem erstmals
70 geltenden Antragschluss für Änderungsanträge zum Landesparteitag
71 (02.09.11!) – abgelaufen.

72 In kaum einem Kreisverband oder Innerparteilichen Zusammenschluss hat aber in
73 den Ferien eine Mitgliederversammlung stattgefunden, in der Parteitagsanträge
74 hätten diskutiert werden können.

75 Eine wirklich lebendige politisch-inhaltliche Diskussion kann deshalb nur sicher
76 gestellt werden, wenn wir diesmal auch „großzügig“ Anträge von Einzelpersonen
77 zulassen.

78 **Anträge zur Tagesordnung**

79 **TO-1**

80 **Änderung in TOP 4**

81 Antragsteller: Günter Blocks

82 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

83 - Tagesordnungspunkt 4. wird geändert in:

84 „Eine Partei für die Mehrheit!“ – Diskussion der alternativen Leitanträge

85 Einbringung durch VertreterInnen der jeweiligen AntragstellerInnen

86 Begründung:

87 Es liegen zwei alternative Leitantrags-Entwürfe vor, die gleichberechtigt behandelt zu
88 werden verdienen.

89 **TO-2**

90 **Neuer TOP 13**

91 Antragsteller: Günter Blocks

92 - Hinter Tagesordnungspunkt 12. wird ein neuer TOP 13. eingefügt mit dem
93 Titel:

94 „Änderungsanträge zu den weiteren Leitanträgen zum Bundesparteitag“

95 Hierfür ist ein Zeitrahmen von mindestens einer Stunde anzusetzen.

96 Der zusätzliche Zeitrahmen ist entweder aus dem Zeitbudget der TOPs 11. und 12.
97 zu entnehmen, die mit insgesamt sechs Stunden sehr üppig angesetzt sind, oder der
98 LPT ist um mindestens eine Stunde zu verlängern.

99 Begründung:

100 „Satzungs-Fragen sind Macht-Fragen“ – deshalb muss neben dem Parteiprogramm
101 auch der Diskussion zu den anderen Leitanträgen zum Bundesparteitag
102 angemessener Raum zur Verfügung gestellt werden.

103 **TO-3**

104 ***It's the budget, stupid!***

105 *Die Positionierung der LINKEN. NRW zum NRW-Haushalt 2012 diskutieren*

106 Antragsteller: LAG Wirtschaft, Finanzen, Haushalt (in Gründung)

107 Der Landesparteitag möge beschließen:

108 Die Tagesordnung des PT wird wie folgt geändert: der TOP 4 >Stärkung und Aufbau
109 des Landesverbandes< wird zu 4.1, ihr folgt ein weiterer Unterpunkt.

110 Unter diesem neuen Punkt 4.2 >DIE LINKE. NRW und der Landeshaushalt 2012< soll
111 der Parteitag Gelegenheit haben, über die vorliegenden Anträge bzw. Antragsteile zu
112 diskutieren und zu beschließen, in denen es um das Verfahren zur Positionierung
113 beim nächsten Landeshaushalt NRW für 2012 geht.

114 Begründung:

115 Schon über einen Monat vor dem Landesparteitag liegen mehrere Anträge vor, in
116 denen es um die Positionierung unseres Landesverbandes gegenüber dem
117 anstehenden Haushalt geht. Die beiden vorliegenden Leitanträge unterscheiden sich
118 stark vor allem in der Bewertung der rot-grünen Minderheitsregierung in NRW und
119 darin, was von dieser haushaltspolitisch zu erwarten ist. Deswegen sollte dieser
120 Punkt gesondert mit ausreichendem Zeitrahmen diskutiert werden, damit er nicht
121 zwischen den vielen anderen Themen der Leitantragsdebatte „untergeht“. Als Teil der
122 allgemeinen Antragsdebatte (nach Leitantrag, Grundsatzprogramm und Wahlen)
123 wäre das Thema nicht gebührend verhandelt.

124 **Anträge zum Leitantrag**

125 **L-1**

126 **DIE LINKE. NRW**

127 **Leitantrag zum Landesparteitag September 2011**

128 ***„Ich bin bereit für eine Revolution, wenn das der einzige Weg ist, eine***
129 ***Lösung zu finden. Wenn du weißt, dass etwas falsch läuft, ist es deine***
130 ***Pflicht, es zu ändern.“***

131 **(Karl-Heinz Rummenigge, Vorstandsvorsitzender des FC Bayern München,**
132 **The Guardian 26.7.11)**

133 **WIR SIND OPPOSITION - GEGEN KRISENPOLITIK UND LOHNRAUB**

134 **DEN PARTEIAUFBAU VORANBRINGEN!**

135 Die öffentliche Wahrnehmung der LINKEN und ihre Ausstrahlung als konsequente
136 Oppositionspartei gegen den Hauptstrom der herrschenden Politik hat nachgelassen.
137 Viele sprechen deshalb von einer Krise der Partei und die entsprechenden
138 Krisenexperten in den großen Medien, die kaum etwas wissen, aber alles erklären
139 können, sind mit ihren Theorien schnell bei der Hand: Führungskrise,
140 Fundamentalisten, unrealistischer Radikalismus etc.

141 Klar ist, wir sind eine Zehnprozentpartei. Aber sind zehn Prozent der
142 WählerInnenstimmen für eine Partei mit unserem weit gehenden Programm und
143 sogar Mehrheitsunterstützung für einzelne unserer Forderungen nicht eher
144 erstaunliche als schlechte Werte?

145 Die, die es mit der unserer Partei gerade nicht gut meinen, schlagen jetzt vor, die
146 LINKE könne nur durch Anpassung an die übrigen 90 Prozent stärker und attraktiver
147 werden. Sie wollen, dass die LINKE so wird wie die anderen Parteien. Warum rufen
148 sie nicht gleich, dass wir doch bitteschön an unserer eigenen Überflüssigkeit arbeiten
149 sollten?. Eine Anpassung an SPD und Grüne im Sinne solcher RatgeberInnen lässt
150 uns überflüssig werden. Daran werden weder unsere ParlamentarierInnen arbeiten,
151 noch die vielen haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre unserer Partei und schon gar
152 nicht unsere Mitglieder.

153 DIE LINKE.NRW hat keinen Grund, solchen Ratschlägen zur Anpassung zu folgen. Wir
154 sind als klare antikapitalistische Opposition in den Landtag gewählt worden und alles,
155 was seitdem passiert ist, ist für uns ein Aufruf: Bitte bleibt so! Wir brauchen
156 wenigstens eine klare Stimme und Opposition gegen die Spar- und Abbaupolitik der
157 anderen, gegen die Unterordnung unter die von Banken und Konzernen diktierten
158 Sachzwänge und gegen eine Gesamtpolitik, die für die Armen und politisch
159 Machtlosen in der Gesellschaft nur Zynismus übrig hat!

160 Offiziell wird verkündet, dass die unteren und mittleren Einkommensgruppen ein
161 ganzes Jahrzehnt bei der Lohnentwicklung verloren haben. Die realen Löhne sinken.
162 Wer außer der LINKEN fordert den Stopp der Lohnraubpolitik, wer fordert Weg mit
163 Hartz IV, Mindestlohn und eine Umverteilung von oben nach unten? Offiziell reden

164 sie vom Ende der Krise. Wer außer der LINKEN solidarisiert sich mit den Opfern der
165 Krisenanierung, bei uns und weltweit? Griechenland, Portugal, Irland, den
166 osteuropäischen EU-Ländern und seit mehreren Jahrzehnten dem gesamten armen
167 Süden der Welt werden Sparprogramme aufgezwungen, die noch schlimmer sind als
168 die deutsche Agenda 2010. Und wenn diese Maßnahmen auf Kosten von Millionen
169 Menschen wirken, wird sofort die nächste Welle der Lohnkürzung auch für
170 Deutschland ausgerufen. Wer außer der LINKEN ruft nach internationaler Solidarität
171 und gemeinsamen Kämpfen, fordert ein völlig neues „Europa von unten“, statt einer
172 EU des Kapitals?

173 **DIE LINKE. NRW ist Klassenpartei und emanzipatorische Partei zugleich**

174 DIE LINKE. NRW steht an der Seite der abhängig Beschäftigten und der
175 Erwerbslosen. Mehr soziale Gerechtigkeit heißt deshalb, den Kampf gegen prekäre
176 Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und Minijobs zu führen und die Armut der
177 Erwerbslosen in Hartz IV und von NiedriglöhnerInnen konsequent auf jede
178 Tagesordnung zu setzen. Gemeinsam mit Betriebsräten, kämpfenden Belegschaften,
179 Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen setzen wir uns gegen diese skandalöse
180 Normalität des heutigen Kapitalismus zur Wehr. Das heißt für uns Solidarität!

181 Unsere Sofortforderungen lauten dabei weiterhin: 500 Euro Grundsicherung, 30
182 Stunden Wochenarbeitszeit und 10 Euro Mindestlohn. Landesvorstand und
183 Landtagsfraktion haben die Aufgabe, gemeinsam mit den Kreisverbänden und den
184 Landesarbeitsgemeinschaften weiterhin dafür zu argumentieren, damit die
185 repressionsfreie Grundsicherung, die Umverteilung von Arbeit durch eine radikale
186 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Einführung des gesetzlichen
187 Mindestlohns umgesetzt werden. Wir wollen gleichzeitig die Umverteilung von
188 Reichtum durch eine Steuerpolitik zugunsten der Armen und Beschäftigten, zulasten
189 der großen Unternehmen, der Banken und der Vermögenden. Nur die LINKE
190 verbindet diese vier Elemente - Lohnpolitik, Arbeitszeitpolitik, Sozialpolitik und
191 Steuerpolitik - zu einem Programm für mehr soziale Gerechtigkeit.

192 Gleichzeitig ist DIE LINKE. NRW eine emanzipatorische Partei. Sie ist feministisch,
193 internationalistisch, ökologisch und für eine wirkliche, alle Menschen einbeziehende
194 Demokratie. Der Kampf für die tatsächliche Gleichberechtigung gehört untrennbar
195 zur Geschichte und den Aufgaben der LINKEN. Feministische Themen wie
196 Quotierung, Lohngerechtigkeit und der Einsatz gegen sexualisierte und/ oder
197 häusliche Gewalt müssen durch DIE LINKE mehr gesellschaftliche Unterstützung
198 erfahren.. Der Kampf gegen patriarchale Unterdrückung hat für DIE LINKE.NRW
199 einen eigenen Stellenwert und gehört weit nach oben auf die Agenda. Die LINKE
200 kämpft für weltweite soziale Rechte für alle und eine neue Weltwirtschaftsordnung.

201 **Den Menschen Mut zum Politikwechsel machen!**

202 Die Politik der SPD-Grüne-Regierung in Düsseldorf ist halbherzig und in vielen
203 Punkten bereits heute ein Verrat ihrer eigenen Wahlversprechen. Beispiele sind:
204 Der sogenannte „Schulkonsens“, das faktisch verhinderte echte Sozialticket, die
205 KiBiZ-Reformen, der Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage in Gronau und die
206 Castortransporte sowie die WestLB-Abwicklung auf Kosten der Menschen in NRW.
207 Und da, wo wenigstens etwas Richtiges getan wurde, ist die Politik nur

208 Flickschusterei. NRW benötigt stattdessen ein Zukunftsinvestitionsprogramm aus
209 eigener Kraft mit Investitionen in Soziales, Infrastruktur, in Umweltschutz und
210 Bildung, um die Politik der vergangenen Jahre umzukehren und eine soziale
211 Grundlage der Politik zu schaffen. Nur DIE LINKE. NRW fordert eine solche
212 ganzheitliche Politik und unsere Aktionsschwerpunkte der nächsten Zeit werden sich
213 daraus ableiten.

214 Eine solche Politik kann nur dann erfolgreich sein, wenn es eine Politik der
215 Umverteilung in Bund, Land und Kommune gibt. DIE LINKE. NRW weiß, dass die
216 Schuldenlast des Landes und der Kommunen nicht in einer verschwenderischen
217 Ausgabenpolitik begründet liegt, sondern in einer systematischen Unterfinanzierung
218 durch die Umverteilung der letzten Jahrzehnte. Wer die Haushaltslage nachhaltig
219 verbessern will, muss die Einnahmen erhöhen und Verteilungsgerechtigkeit
220 durchsetzen. Ohne eine konsequente Umsetzung der Forderungen der LINKEN.NRW
221 nach politischem Druck auf die Bundesregierung, nach Bundesratsinitiativen zur
222 Umverteilung der Finanzen zugunsten der Kommunen und ohne Blockade der
223 Schuldenbremsen-Politik wird sich in NRW nichts Grundlegendes ändern.

224 DIE LINKE. NRW ist die Partei der konsequenten Umverteilung von Zeit, Geld und
225 Macht. Wir kämpfen nicht nur für die Umverteilung von Reichtum von oben nach
226 unten durch eine Steuerpolitik. Wir sagen nicht nur Nein zur Schuldenbremse und zu
227 einer Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung. Solange eine
228 Umverteilung der Vermögen zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung nicht
229 durchgesetzt ist, muss eine Landesregierung, die sich einen Politikwechsel für NRW
230 auf die Fahnen geschrieben hat, Investitionen in Bildung, Soziales, Kultur und
231 Ökologie durch Schulden finanzieren. Im Kapitalismus gibt es kein
232 „Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“!

233 Wir kämpfen darüber hinaus auch für eine umfassende Umverteilung der Zeit. Ohne
234 eine radikale Arbeitszeitverkürzung, ein „Fairteilen“ der Erwerbsarbeit, ist eine
235 Neubestimmung der Geschlechterrollen, die Verwirklichung von mehr direkter
236 Beteiligung aller Menschen an Politik und Selbstverwaltung und damit eine
237 Umverteilung von Macht nicht möglich.

238 DIE LINKE. NRW streitet für eine radikale, sozial-ökologische Alternative zu
239 Niedriglohnpolitik, Sozialabbau und Umweltzerstörung. Gemeinsam mit
240 Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden, sowie den sozialen
241 Bewegungen, der Frauen- und der Friedensbewegung werden wir die Mobilisierungen
242 gegen die Kürzungsprogramme der Bundesregierung, gegen die Kopfpauschale im
243 Gesundheitswesen und gegen die Rente erst ab 67, gegen die Atompolitik, gegen die
244 Fortsetzung des Afghanistan-Krieges und die Besatzung des Landes sowie jede
245 Fortsetzung und Ausweitung der Militarisierung der Politik unterstützen. Der
246 Afghanistankrieg dauert bereits zehn Jahre. Eine Konferenz im Dezember in Bonn
247 wird über seine Fortsetzung beraten. Die LINKE.NRW ruft auf, die Aktivitäten der
248 Friedensbewegung zu diesem Anlass zu unterstützen. Die kriegstreibenden Staaten
249 der NATO wollen uns weiß machen, sie setzten sich für den Frieden und die
250 Übergabe der Macht an die AfghanInnen ein. Wir aber wissen, dass sie vom Frieden
251 reden, während sie Krieg führen.

252 Die Welt erlebt einen großen Aufschwung demokratischer Bewegungen, insbesondere
253 in Nordafrika. Doch die offizielle Politik hat nichts Besseres zu tun, als einen neuen
254 Krieg in Libyen zu führen und die alten Diktaturen mit neuen Waffen zu beliefern. Die
255 LINKE. NRW stellt sich auch hier quer: Keine Rüstungsexporte, keine militarisierte
256 Außenpolitik und statt Um- konsequenter Abbau der Bundeswehr. Keine Werbung für
257 die Bundeswehr in Schulen und auf dem NRW-Tag im Oktober in Bonn; Konversion
258 von Rüstungsbetrieben und zivile Entwicklungspläne für alle Rüstungsstandorte in
259 NRW – das sind unsere Forderungen.

260 Während die EU mit der NATO in der Welt Kriege forciert und selbst führt, schottet
261 sie sich zunehmend ab und baut die Festung Europa weiter aus, um
262 Flüchtlingsströmen keine Chance auf Einreise zu geben. DIE LINKE vergisst nicht die
263 Tausenden Toten im Mittelmeer vor den Grenzen Europas. Kriege sind der Ausdruck
264 und die Konsequenz der kapitalistischen Staaten beim Kampf um Märkte. Kriege sind
265 der Ausgleich der Krisen des Kapitalismus.

266 Die Finanzkrise dauert mittlerweile fünf Jahre. Fällige Bankrotte sind abgewickelt
267 oder von Staats wegen verhindert worden, Unmassen wertlos gewordener
268 Wertpapiere sind wie bei der WestLB in Bad Banks verstaut oder schonend
269 abgeschrieben worden, der Zusammenbruch des globalen Kreditgeschäfts ist mit
270 hunderten Milliarden Staatskredit bisher vermieden worden. Von Entwarnung kann
271 aber keine Rede sein. Im Gegenteil. Das zeigen die dramatischen Entwicklungen in
272 Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und neuerdings Italien, die zum Spielball von
273 Finanzspekulant und Ratingagenturen gemacht wurden. In der europäischen
274 Schuldenkrise versucht Deutschland mit dem „Euro-Plus-Pakt“, das Ende März auf
275 dem EU-Gipfel in Brüssel verabschiedet wurde, Schröders und Fischers Agenda 2010
276 in der ganzen EU einzuführen, und zielt damit auf eine marktradikale und repressive
277 Neuformierung der Sozialpolitik in den von der Staatspleite bedrohten Ländern.

278 Auf der Straße und im Landtag, in den Stadträten und im Bundesrat darf es aus NRW
279 keine Zustimmung für diese Politik geben. Schluss mit der rassistischen Hetze gegen
280 GriechInnen und PortugiesInnen und für einen Schuldenerlass und eine neue
281 gerechte europaweite Sozialpolitik.

282 **Dem neoliberalen Block entgentreten! Proteste in die Gesellschaft tragen!**

283 „Alle wollen regieren – wir wollen verändern“ - unser Slogan aus dem
284 Landtagswahlkampf hat nichts an Aktualität eingebüßt. SPD und Grüne haben vor
285 den Wahlen von einem Politikwechsel gesprochen. Die Wirklichkeit sah schon damals
286 anders aus: Ob große Koalition, schwarz- grün oder Ampel unter Einbeziehung der
287 neoliberalen FDP - sie hielten sich alle Optionen offen. Allein gegen die LINKE waren
288 sie sich einig. Das zahlenmäßige Landtagswahlergebnis hätte eine gemeinsame
289 Umkehr der Politik in NRW durch SPD, Grünen und DIE LINKE möglich gemacht.
290 Viele Menschen haben dies erwartet. Aber diese Mehrheit mit der LINKEN ist politisch
291 von der Mehrheit in SPD und Grünen nicht gewollt. Dreimal hatte die
292 Minderheitsregierung die Chance, sich für einen deutlichen Politikwechsel zu
293 entscheiden. Die Mehrheiten sind da, doch SPD und Grüne verharren im Stückwerk
294 und Halbherzigkeiten. Die Studiengebühren wurden abgeschafft, ein umfassender
295 Ausgleich für die Hochschulen jedoch abgelehnt. Die Residenzpflicht wurde

296 aufgehoben, eine Umkehr in der Flüchtlingspolitik aber bleibt aus. Grüne Fahnen
297 wehen auf Antiatomdemonstrationen und hier und da auch eine von der SPD, aber
298 ein wirklicher Ausstieg liegt auch in NRW in weiter Ferne.

299 Seit klar ist, dass wir als Mehrheitsbeschafferin nicht zur Verfügung stehen, wir nicht
300 nur von einem Politikwechsel sprechen, sondern auch meinen, wurde aus der
301 Einladung an alle Fraktionen ein exklusives Angebot an die CDU. Während für ein
302 kostenloses NRW-Sozialticket und eine bessere Ausstattung der Kindertagesstätten
303 nur Kleinbeträge zur Verfügung gestellt werden, einigten sich SPD und Grüne mit
304 der CDU ohne Wenn und Aber auf ein Milliarden teures Abwicklungspaket für die
305 WestLB zu Lasten der Menschen in NRW. Nun soll mit dem von CDU, SPD und
306 Grünen gemeinsam beschlossenen sogenannten „Schulkonsens“ das gegliederte
307 Schulsystem in der Landesverfassung festgeschrieben und die Klassengesellschaft in
308 der Schule zementiert werden.

309 SPD und Grüne verabschieden sich von ihren Wahlversprechen und suchen ihr Heil in
310 dem, was schon seit Jahren in Deutschland die Regel ist: Die ganz große neoliberale
311 Koalition. Weiterer Sozial- und Demokratieabbau soll in einer unheiligen großen
312 Allianz vorangetrieben werden. Nicht ohne Grund zaubert die SPD nun den
313 grandiosen Verlierer aus NRW, den Architekten des „Düsseldorfer Signals“, von Hartz
314 IV und Bankenrettungsschirmen, Peer Steinbrück, als den neuen Hoffnungsträger
315 und Kanzlerkandidaten aus dem Hut. Die LINKE. NRW ist aus dem Protest gerade
316 gegen Steinbrück erwachsen. Die roten Karten und Trillerpfeifen, mit denen er 2004
317 bei jedem öffentlichen Auftritt empfangen wurde sind noch nicht entsorgt!

318 SPD und Grüne zögern und zaudern bei jedem kleinen Schritt. Sie werden nur dann
319 den Politikwechsel anstoßen, wenn der Druck auf der Straße massiv wächst. Die
320 Proteste gegen die Atomkraft haben die CDU/ FDP Bundesregierung in eine tiefe
321 Krise getrieben und zur Umkehr gezwungen. Diese Proteste müssen weitergehen,
322 wenn die atomare Gefahr schneller und unumkehrbar gebannt werden soll. Diese
323 Bewegung muss auch zum Signal für eine grundsätzliche ökologische Umkehr und
324 ein neues Wachstumsmodell werden, das sowohl Umwelt, Klima und natürliche
325 Ressourcen schont als auch mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht. Einen grünen
326 Kapitalismus, wie ihn die Grünen wünschen, wird es nicht geben. Wirtschaften für
327 den möglichst kurzfristigen Profit privater Unternehmen und planvoller Umgang mit
328 Klima und Ressourcen passen nicht zusammen.

329 Die Studiengebühren sind in NRW halbwegs vom Tisch, auch die LINKE.NRW hat
330 ihren Teil dazu beigetragen. Doch für DIE LINKE. NRW gilt, auch ohne
331 Studiengebühren dürfen die Universitäten und die Lage der Studierenden nicht so
332 bleiben, wie sie sind. Auch in den kommenden Semestern wird die LINKE die
333 Bildungstreiks für ein neues Hochschulgesetz und die Abkehr vom so genannten
334 Bologna-Prozess unterstützen.

335 SPD, Grüne und CDU mögen von Bildungskompromissen reden. DIE LINKE. NRW
336 handelt und macht keine Kompromisse mit einem Bildungssystem, das Kinder nach
337 ihrer Herkunft einteilt und die Benachteiligung von immer mehr Kindern zementiert
338 und verschärft. Unsere Landtagsfraktion wird dem „Schul-Konsens“ der
339 Landesregierung und der CDU nicht zustimmen. Wir fordern eine

340 Gemeinschaftsschule für alle Kinder und eine Abkehr von der Zergliederung der
341 Schullandschaft. Wir werden für diese Gemeinschaftsschule weiter kämpfen,
342 gemeinsam mit Eltern, dem Bündnis „Eine Schule für alle“, SchülerInnen und
343 Lehrenden.

344 SPD und Grüne haben vor den Wahlen ihre Fahnen gegen das KiBiz der CDU/ FDP-
345 Landesregierung geschwenkt und im Wahlkampf eine umfassende Revision dieses
346 Gesetzes versprochen. Das Ergebnis sind minimale Verbesserungen. Die prekäre
347 Situation der ErzieherInnen und KinderpflegerInnen bleibt bestehen. Das gilt für den
348 Arbeits- und Gesundheitsschutz ebenso wie für Löhne und Gehälter, die in keiner
349 Weise der geleisteten Arbeit entsprechen. DIE LINKE.NRW will keine
350 Betreuungsanstalten für unsere Jüngsten, sondern Kitas, in denen selbstbewusste
351 Kinder groß werden und miteinander lernen können. DIE LINKE fordert ein
352 Bildungskonzept, das von der Kita über die Gemeinschaftsschule bis zur
353 Berufsausbildung ineinander greift und allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft
354 eine umfassende Persönlichkeitsentfaltung und Ausbildung ermöglicht. Das ist nur
355 mit kleinen Gruppen, Klassen und Seminaren zu haben. Dazu braucht er es eine
356 Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und Mitbestimmung. Und dazu muss
357 Bildung in allen Bereichen kostenfrei allen zur Verfügung stehen. Bildung ist Aufgabe
358 des Staates und kostet Geld. Dieses Geld muss die Landesregierung in die Hand
359 nehmen! Die Minderheitsregierung setzt in der Bildung auf das Gestern, DIE LINKE
360 steht für die Zukunft!

361 Die SPDGrünen-Regierung redet von einem Sozialticket für NRW, doch ihr Ticket ist
362 weder sozial noch ist es ökologisch! Das Modell der Landesregierung ist mit einem
363 jährlichen Zuschussbetrag von 30 Mio. € völlig unzureichend und für die Masse der
364 von Hartz IV betroffenen Menschen nicht bezahlbar. Es gibt längst Studien, die einen
365 Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr als Modell der Zukunft fordern. Das wäre nicht
366 nur letztlich preiswerter, sondern auch ökologisch sinnvoll. Sozial und ökologisch,
367 Kampf gegen Armut und gegen die Energievergeudung und Klimazerstörung durch
368 den Automobilverkehr – nur die LINKE bringt diese Jahrhundertaufgaben zusammen.

369 Überall in NRW finden Woche für Woche Aufmärsche von Neofaschisten statt. Brutale
370 Übergriffe auf Menschen nehmen auch in NRW zu. Neben der Region Berlin ist unser
371 Bundesland eine der Hauptregionen rechter Gewalt. Wie früher die SA der
372 Nationalsozialisten, träumen auch die heutigen Neonazis, Faschisten und autonomen
373 Nationalisten von Großaufmärschen. In Städten wie Dortmund wollen sie ganz
374 bewusst durch ArbeiterInnenviertel marschieren, sich inszenieren, Macht
375 demonstrieren und einschüchtern. An traditionellen Feiertagen der
376 ArbeiterInnenbewegung versuchen sie ihre rassistische Hetze zu verbreiten und
377 internationalistische Solidarität für ihre Zwecke umzudeuten. In den letzten Jahren
378 hat sich die Rechte Szene einerseits radikalisiert, andererseits einen
379 rechtspopulistischen Arm entwickelt: radikal auftretende Autonome Nationalisten
380 geben sich gerne revolutionär, ja sogar antikapitalistisch, übernehmen traditionell
381 linke Szenekleidung und kopieren linken Lifestyle. Hinter ihrer Fassade steckt jedoch
382 die selbe rassistische und autoritäre Ideologie wie eh und je. Rechtspopulisten wie
383 die „Pro-Bewegung“ versuchen durch ihre vor allen Dingen antimuslimische Hetze an
384 der Angst vor Fremden anzuknüpfen und schüren so rassistische Ressentiments in

385 unserer Gesellschaft. DIE LINKE. NRW wird an allen Orten und zu allen Zeiten den
386 Neofaschisten entgentreten und aktiv gegen ihre braune Gesinnung auftreten.

387 Die Bundesregierung hat den Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Auch wenn dieser
388 „Ausstieg“ einmal mehr nur halbherzig ist, auch wenn er mit den üblichen
389 Zugeständnissen an die Stromkonzerne verbunden ist, auch wenn er statt auf Atom-
390 auf die klimazerstörenden Kohlekraftwerke setzt – so ist er doch vor allem das
391 Ergebnis von vierzig Jahren Massenprotesten. DIE LINKE. NRW hat diese Proteste,
392 auch die angeblich radikaleren wie „Castor? Schottern!“ immer unterstützt. SPD und
393 Teile der Grünen haben sich seit Jahren von der Anti-AKW-Bewegung entfernt. Nun
394 betreiben sie Mythenbildung und feiern sich als Speerspitze der Bewegung. In NRW
395 könnten SPD und Grüne beweisen, wie ernst es ihnen mit dem Atomausstieg ist.
396 Doch die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg bleiben unangetastet, die
397 Urananreicherungsanlage in Gronau wird weiter ausgebaut. Ausstieg sieht anders
398 aus! DIE LINKE. NRW fordert die Landesregierung auf, den anstehenden Transporten
399 des Castors im November die Durchfahrt durch NRW zu untersagen, keine
400 PolizistInnen aus NRW ins Wendland zu schicken und sich an den Protesten und
401 Blockaden zu beteiligen.

402 2013 werden in NRW die Netze in vielen Kommunen neu ausgeschrieben. Wir fordern
403 in den Stadträten und Kreistagen, dass die Bedingung für eine Vergabe der Verzicht
404 auf die Nutzung von Atomstrom und umweltfeindlichen Energieträgern ist. „Meine
405 Stadt atomstromfrei“ hat sich auch nach dem Atomkonsens nicht erledigt. Eine
406 Umkehr in der Energiepolitik wird es nur dann geben, wenn Energie dezentral und
407 unter demokratischer Kontrolle produziert wird. Wir fordern, dass die
408 Landesverfassung NRW mit Artikel 27. (1) endlich umgesetzt wird. Darin heißt es:
409 „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer
410 monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum
411 überführt werden.“ RWE und EON müssen entmachtet werden. Für DIE LINKE.NRW
412 gilt: Der Atomausstieg muss beschleunigt und endgültig gemacht werden. Deshalb
413 fordert DIE LINKE.NRW die unverzügliche Verankerung des Ausstiegs aus der
414 Nutzung der Atomtechnologie im Grundgesetz. Wir kämpfen an der Seite der
415 BürgerInneninitiativen gegen die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg. DIE
416 LINKE. NRW wird auch in diesem Jahr mitmachen, wenn es heißt: „Castor?
417 Schottern!“.

418 Der nach wie vor nicht aufgeklärte Atom-Kügelchen-Vorgang um den
419 Forschungsreaktor Jülich reiht sich ein in eine lange Kette von Skandalen des
420 Umgangs der Landesregierung und Landesbehörden mit den Energiekonzernen. SPD
421 und Grüne wollen eine Auseinandersetzung mit ihnen vermeiden, stattdessen findet
422 hinter den Kulissen des Landtags eine enge Zusammenarbeit mit ihnen statt und
423 wird stillschweigend geduldet. Nur DIE LINKE will diese Connection zwischen
424 Energiekonzernen und Regierung aufklären und beenden. Das gilt nicht nur für die
425 Atompolitik, sondern auch für die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas in NRW.
426 Energiekonzerne wie ExxonMobile und Wintershall vermuten hier das zweitgrößte
427 Erdgasvorkommen Europas und haben inzwischen die Claims in NRW abgesteckt. Die
428 Menschen in den betroffenen Regionen werden hinters Licht geführt. Die
429 Bezirksregierung Arnsberg hat einräumen müssen, dass der Einsatz des

430 hochriskanten „Fracking“-Verfahrens für die Suche nach Erdgas entgegen früherer
431 Verlautbarungen doch genehmigt wurde. Die Verunreinigung des lebenswichtigen
432 Grundwassers ist dabei nur eine mögliche negative Folge. SPD und Grüne sind
433 grundsätzlich für die Erdgasgewinnung. Nur DIE LINKE.NRW kämpft an der Seite der
434 Menschen in den betroffenen Regionen konsequent gegen die Erdgasgewinnung und
435 das „Fracking“.

436 Auf Initiative der Gewerkschaften und der LINKEN hat die SPD-Grüne-Regierung in
437 Düsseldorf ein neues Personalvertretungsgesetz verabschiedet. Es nimmt einige der
438 üblen Verschlechterungen durch die CDU-FDP-Vorgänger zurück und stärkt die
439 Rechte von Personalräten. Aber ist das alles? Wo bleibt der weitergehende
440 Politikwechsel in Richtung einer Ausweitung und Neubestimmung des gesamten
441 öffentlichen Dienstes? Was ist mit der zunehmenden enormen Arbeitsverdichtung in
442 allen Bereichen und der 41-Stunden-Woche für BeamtInnen? Die LINKE will nicht
443 mehr „Mitbestimmung“ an schlechten Verhältnissen, sondern eine Politik in Richtung
444 Arbeitszeitverkürzung, mehr Personal, Gendergerechtigkeit und Abkehr von prekären
445 Verhältnissen – dafür muss der öffentliche Dienst Vorbildcharakter haben.

446 Dass SPD und Grüne das traurigste Kapitel im öffentlichen Dienst – die Arbeit der
447 Geheimdienste gegen Demokraten und natürlich auch gegen uns, DIE LINKE.NRW,
448 nicht beendet hat und beenden will – wirft ein weiteres trübes Licht auf die angeblich
449 neue Politik in Düsseldorf.

450 Vor dem Hintergrund der Krise der WestLB, aber auch der Schuldenbremse zeichnet
451 sich ab, dass der Haushalt 2012 trotz sprudelnder Steuereinnahmen ein
452 Sparhaushalt werden wird. Damit stehen die im Nachtragshaushalt 2010 und
453 Landeshaushalt 2011 enthaltenen hauchzarten positiven Ansätze zur Disposition.
454 Finanzminister Walter-Borjans gibt zu Protokoll, gegebenenfalls müsse sich das Land
455 von bestimmten Aufgaben trennen und dann würde es in bestimmten Bereichen
456 weniger Landesbeschäftigte geben, denn nur so gäbe es Einspareffekte. DIE LINKE.
457 NRW wird sich an keinen Sparmaßnahmen zu Lasten der Menschen in NRW
458 beteiligen. Von uns gibt es keine Zustimmung oder nur Enthaltung für einen
459 Haushalt, der Milliarden für die West LB bereitstellt und der Mehrheit der Menschen
460 Milliarden vorenthält. Ohne ein Sozialticket, dessen Preis sich an den realen
461 Möglichkeiten von Hartz IV BezieherInnen richtet, ohne eine umfassende
462 Finanzierung des Bildungswesens, ohne umfassende Programme gegen
463 Neofaschisten und ohne Finanzmittel für einen sozial – ökologischen Umbau, der
464 diesen Namen verdient, wird DIE LINKE. NRW keinen Haushalt passieren lassen,
465 sondern laut und deutlich sagen: Ein Haushalt ist für die Menschen da und nicht für
466 die Interessen von Banken und Konzernen.

467 **Die Partei aufbauen**

468 DIE LINKE. NRW ist eigenständige, inhaltsorientierte und glaubwürdige
469 Oppositionspartei und nicht fünftes Rad am Wagen der Minderheitsregierung von
470 SPD und Grünen. Unsere Antwort auf die politische Situation bleibt: Zu Eurer Politik
471 stehen wir in Opposition!

472 DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen konsequenten und ganzheitlichen
473 Gegenentwurf zum neoliberalen Sozialabbau, gegen die soziale Spaltung in der

474 Gesellschaft und für mehr Gerechtigkeit und Solidarität, für einen sozialen und
475 ökologischen Umbau sowie ein anderes Politikmodell in NRW hat. DIE LINKE.NRW
476 bleibt bei ihrem klar antikapitalistischen Profil. Wir verfolgen konsequent linke
477 Reformprojekte in eine solidarische Gesellschaft. Wir sind die Partei, die bereit ist,
478 neue, innovative, auch unbequeme und radikale Schritte zu gehen. DIE LINKE weiß
479 um ihre Stärke, die Stimme zur Mehrheit zu sein. Sie weiß aber auch um ihre
480 Schwäche, lediglich 5,6 % parlamentarischen Einfluss zu haben.

481 SPD und Grüne haben mit der Entscheidung zur West LB und zum Schulkonsens
482 offen gesagt, was sie in NRW wollen: Sie wollen eine breite Koalition der
483 vermeintlichen Mitte. Erst in NRW und dann 2013 im Bund. Noch ist unklar, ob sie
484 aus SPD und CDU oder aus SPD und Grünen bestehen wird. Beide Konstellationen
485 heißen für die Menschen in NRW und dann auch im Bund: Sozial-, Demokratie-,
486 Bildungs- und Arbeitsplatzabbau. DIE LINKE. NRW meldet gegen alle diese
487 Maßnahmen an, dass wir Widerstand leisten und aufbauen werden! Wir müssen
488 jederzeit mit Neuwahlen rechnen und wir fürchten sie nicht! SPD und Grüne haben
489 sich offensichtlich entschieden: Anstatt gegen die chronische und strukturelle
490 Unterfinanzierung des Landes Nordrhein-Westfalen und gegen die Schuldenbremse
491 zu klagen (wie Schleswig-Holstein), wollen sie den Kurs des Sozial- und
492 Stellenabbaus von Clement, Steinbrück, Höhn und Rüttgers in Nordrhein-Westfalen
493 fortsetzen. DIE LINKE.NRW wird bei Neuwahlen nicht den Weg der FDP aus dem
494 Parlament folgen. Wir werden erneut in den Landtag von NRW einziehen und wir
495 werden weiterhin den Politikbetrieb überall dort stören, wo er sich gegen die
496 Menschen richtet!

497 Der Landesvorstand unterstützt die Vernetzung und die Zusammenführung der
498 Arbeit zum Aufbau der Partei vor Ort. Er organisiert den Austausch zwischen den
499 Kreisverbänden in den Regionen und auf der Landesebene. Erste Maßnahmen sind
500 mit dem begonnenen Aufbau einer neuen Regionalstruktur und der Planung von
501 Regionaltreffen bereits eingeleitet. Die thematisch bezogene Arbeitsstruktur zur
502 inhaltlichen Vernetzung wird ausgebaut und transparenter. Dabei geht es auch um
503 Hilfestellung und Mitmachangebote für alle Mitglieder im Rahmen der Kampagnen
504 und Aktivitätsschwerpunkte durch den Landesvorstand. Aus diesem Grund wird der
505 Landesvorstand im Herbst unter Einbeziehung der LT-Fraktion, der Landesgruppe,
506 der EU-Vertretung, der parteinahen Bildungsträger, der Regionalverbände und der
507 VertreterInnen aus den Kreisverbandsregionen, der Landesarbeitskreise und
508 Landesarbeitsgemeinschaften eine Arbeitstagung durchführen, bei der es um die
509 Vernetzung nach innen und nach außen mit Anknüpfung an bestehende Proteste und
510 Initiativen in den beschlossenen Schwerpunkten gehen wird. Wir werden Anfang
511 2012 zu einem weiteren Ratschlag mit Gewerkschaften, Sozial-, Wohlfahrts- und
512 Umweltverbänden, sowie den sozialen Bewegungen, der Frauen- und der
513 Friedensbewegung in gemeinsamer Vorbereitung einladen, um unsere Vorschläge der
514 Diskussion zu stellen und uns neue Anregungen, ja, auch Aufträge, für die Arbeit in
515 den Parlamenten zu holen. Im November findet ein landesweiter Frauenratschlag
516 statt, der einen Raum für linke Frauen zur Vernetzung und zum Austausch bietet. Die
517 Kreisverbände unterstützen die Genossinnen vor Ort bei der Vorbereitung und
518 beteiligen sich an der Mobilisierung zu dieser Veranstaltung.

519 Wir müssen und werden uns darauf konzentrieren, unsere Inhalte in die
520 Öffentlichkeit zu tragen. Wir wissen, dass es den Medien mehrheitlich nicht darum
521 geht, Forderungen, Inhalte und Initiativen der LINKEN zu verbreiten oder gar die
522 Meinungshegemonie der Herrschenden zu brechen. Im Regelfall wird über DIE
523 LINKE. NRW nur berichtet, wenn es um unser Verhältnis zur Landesregierung,
524 Neuwahlen oder Krisen und Probleme in den Kreisverbänden geht. Unsere Antwort
525 auf das Schweigen über unsere Inhalte muss eine breite Gegenöffentlichkeit auf allen
526 Ebenen sein. Die Landtagsfraktion fordern wir auf, ihre Strukturen für den Aufbau
527 dieser Gegenöffentlichkeit stärker zu nutzen.

528 **Für eine lebendige Mitgliederpartei in NRW!**

529 DIE LINKE konnte gerade ihren vierten Geburtstag feiern. Ihre ersten Jahre waren
530 geprägt von dem Ziel, in die Parlamente auf allen Ebenen einzuziehen und
531 Parteistrukturen zu schaffen. Der Einzug in die Parlamente auf Kommunal-, Landes-
532 und Bundesebene ist uns geglückt und hat uns gestärkt. Das gemeinsame Projekt
533 „Hier kommt DIE LINKE“ einte die Partei, setzte Themen und initiierte viele
534 Aktivitäten. DIE LINKE. NRW ist innerhalb kurzer Zeit um tausende von Mitgliedern
535 reicher geworden. Doch viele von ihnen konnten nicht ausreichend willkommen
536 heißen und in die aktive Arbeit einbezogen werden. Der Landesverband NRW
537 gehört zu den Landesverbänden, in denen offen über die Situation in den
538 Kreisverbänden geredet wird - und das ist gut so. Ein Jahr nach der Landtagswahl,
539 nach Kommunal-, Bundestags- und Europawahl in den vergangenen Jahren steht DIE
540 LINKE. NRW vor einem Umbruch, der nicht immer leicht ist. Die vom Landesparteitag
541 beschlossene Mitgliederkampagne wurde in den Kreisverbänden nicht aufgegriffen
542 und ist gescheitert. Die Mitgliederentwicklung ist rückläufig. DIE LINKE tauscht
543 gerade – ähnlich wie die Grünen in den 90er Jahren - ihre Mitgliedschaft aus. Für
544 jeden Neueintritt müssen wir einen Austritt verbuchen. Dieser Bundestrend ist mit
545 Verspätung seit einigen Wochen auch in NRW angekommen. Es gilt, sich ihm
546 gemeinsam auf allen Ebenen entgegen zu stellen! DIE LINKE. NRW ist und bleibt eine
547 Mitgliederpartei!

548 Die Struktur der Kreisverbände in NRW ist vielfältig. Wir haben Flächenkreise, in
549 denen bereits lange Wege die Teilhabe an politischen Aktionen einschränken.
550 Stadtverbände mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Arbeitsweisen stoßen
551 aufeinander. Das Ruhrgebiet und Rheinland mit den großen Städten stehen vor
552 anderen Alltagsproblemen als Flächenkreise wie das Münsterland und OWL. Die
553 Ränder von NRW werden viel zu häufig kaum wahrgenommen. Für die Genossinnen
554 und Genossen bedeuten zentrale Veranstaltungen nicht selten einen Tagesausflug.

555 Während noch bis vor einem Jahr der Wahlkampf die Aktivitäten vor Ort prägte und
556 viele Inhalte mit den Botschaften der Wahlthemen vorgegeben waren, heißt es nun,
557 eigene Akzente zu setzen und konkrete Politik in den Städten, Gemeinden und
558 Kreisen zu machen. In vielen Kreisverbänden prägen die Fraktionen und
559 MandatsträgerInnen das politische Gesicht der LINKEN. Der Spagat zwischen
560 parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Initiative gelingt uns allen
561 miteinander auf allen Ebenen viel zu wenig. Das viel zitierte Primat der Partei ist oft
562 von allen gewollt, aber nur selten mit Leben in der Partei gefüllt. Es gibt in NRW
563 lediglich eine Betriebsgruppe der LINKEN, wir sind in den Stadtteilen zu wenig

564 verankert und oft gelingt es uns nicht, Mitglieder einzubeziehen und gemeinsam
565 Politik vor Ort zu entwickeln. Das führt nicht selten zu Frusterlebnissen, die sich im
566 Umgang untereinander widerspiegeln. Die häufig vorkommende Personalunion von
567 Ratsmitgliedern und Kreisvorständen führt nicht nur zu einer Überlastung der
568 Genossinnen und Genossen, sondern auch zu einem parlamentarischen Fokus auf die
569 politische Arbeit. DIE LINKE wird nach wie vor als männliche Partei wahrgenommen.
570 Der Altersdurchschnitt in der LINKEN. NRW liegt bei 46 Jahren. Uns fehlen vor Ort
571 die aktiven Genossinnen und Genossen, die zwischen 30 und 40 sind, ihre Kinder in
572 den Schulen und Kitas haben, in Erwerbslosenforen und in den Betrieben verankert
573 sind, im Sportverein aktiv sind und Netzwerke aus dem Alltag in den Stadtteilen und
574 Kommunen knüpfen. In vielen Kreisverbänden gelten frauenpolitische Themen als
575 Randthema. Das Phänomen von freien Frauenplätzen in Kreisvorständen findet sich
576 fast überall. In den meisten Kreisverbänden wird darüber geklagt, dass es zu wenige
577 Frauen gebe und es auch nicht gelänge, neue Frauen anzusprechen. Doch wo Frauen
578 fehlen, fühlen sich häufig auch Männer nicht wohl in Arbeitsstrukturen. Die Arbeit
579 lastet auf wenigen Schultern, die nach den letzten Jahren zu Recht müde sind.
580 Unsere Arbeitsstrukturen, die Zeiten, in denen Versammlungen stattfinden, die
581 Debattenkultur und das Diskussionsklima schließen nicht nur Frauen aus, sondern
582 alle, die eine solidarische Form der Zusammenarbeit wollen. Häufig genug erleben
583 wir, dass unsere Arbeit kritisiert wird, viel zu selten aber eine Wertschätzung all
584 dessen, was wir leisten. Häufig genug wird nicht gesehen, dass hinter dem Leben in
585 der Partei ein Leben im Alltag stattfindet, das unsere Arbeitsmöglichkeiten und -
586 formen prägt. Wertschätzung ist nicht nur in der Erwerbsarbeit Grundlage eines
587 solidarischen Miteinanders, sondern gerade auch in linken Strukturen.

588 Viele Lücken gibt es in den Kreisverbänden, in denen wir bisher über keine
589 Infrastruktur verfügen. Das gilt insbesondere für die Flächenkreise, die ohnehin
590 schon schwierigere Rahmenbedingungen haben als die Kreisverbände in den
591 kreisfreien Städten. Häufig sind die wenigen Teilhauptamtlichen das „Mädchen für
592 Alles“. Sie sind vor Ort zentrale Anlaufstellen für alles und jede/n. Hier braucht es
593 vor dem Respekt der freien Zeit auch von hauptamtlichen Genossinnen und
594 Genossen klare Arbeitsplatzbeschreibungen und einen deutliche Trennung von
595 bezahltem und ehrenamtlichem Engagement. In vielen Fällen hat die Partei mit der
596 Möglichkeit, Menschen für ihre Arbeit zu bezahlen, neue Ebenen hinzugewonnen: Aus
597 GenossInnen sind Beschäftigte geworden; aus anderen GenossInnen
598 ArbeitgeberInnen. Das führt nicht selten zu einer Ungleichheit, die aufgehoben und
599 geklärt werden muss. Wenn wir füreinander wissen, dass wir zu allererst
600 Genossinnen und Genossen sind, dann hilft das, klassische Erwerbsstrukturen zu
601 überwinden und sich als Kollektiv zu verstehen. Alles andere führt dazu, dass die
602 Arbeit sehr ungleich verteilt ist und GenossInnen sich nicht mehr trauen zu
603 kandidieren aus Angst, die Arbeit nicht schaffen zu können. DIE LINKE möchte
604 Menschen stark und selbstbewusst machen, dass gilt gerade auch in Ämtern,
605 Mandaten und Beschäftigungsverhältnissen!

606 Wir müssen lernen, Widersprüche und Unterschiede, Auseinandersetzungen und
607 Streitigkeiten früher wahrzunehmen und nicht als Randerscheinung abzutun und sie
608 als solche begreifen, die sie in den meisten Fällen sind: unausbleibliche
609 Erscheinungen einer Partei im Aufbau, die sehr schnell gewachsen ist. Wir müssen

610 lernen, unsere Unterschiede als einen zentralen Vorteil der Partei DIE LINKE zu
611 begreifen. Weil wir bunt sind und unterschiedlich, wachsen wir und sind wir
612 erfolgreich. Gleichzeitig darf diese Vielfalt nicht zu Beliebigkeit führen. Denn Grundlage
613 unseres Handelns muss unser gemeinsames Programm bleiben! Der Landesvorstand
614 hat sich zum Ziel gesetzt, nicht als „Krisenverwalter“ in Kreisverbände zu kommen,
615 sondern die Kreisverbände mehr als bisher darin zu unterstützen, die gemeinsame
616 Arbeit und eventuell aufkommende bzw. vorhandene Auseinandersetzungen im
617 solidarischen Miteinander anzupacken und zu lösen, anstatt wie bisher oft dann nach
618 dem Landesvorstand oder alternativ der Schiedskommission zu rufen, wenn es
619 meistens schon zu spät ist. In einigen Konflikten ist die beste Möglichkeit, externe
620 MediatorInnen einzuschalten. Der Landesvorstand vermittelt hier Unterstützung und
621 Kontakte.

622 Nach vier Wahlkämpfen kommt es nun vor Ort darauf an, dass sich die LINKE überall
623 in den gesellschaftlichen Strukturen und Bündnissen verankert. Das gemeinsame Ziel
624 der LINKEN. NRW für das kommende Jahr ist, starke Strukturen vor Ort aufzubauen,
625 denn nur so wird es uns gelingen, die Partei zu verankern und unseren Grundsatz,
626 Politik mit und nicht für die Menschen zu machen, zu verwirklichen. Wir ermutigen
627 unsere Mitglieder, aktiv zu werden und setzen an ihren Interessen an. Wir ermutigen
628 unsere MandatsträgerInnen vor Ort, in Land und Bund, die Parlamentsarbeit mit der
629 aktiven Arbeit auf der Straße zu verbinden. Unser Ziel ist nicht, dass
630 MandatsträgerInnen in Aktenbergen verschwinden und der Partei verloren gehen.
631 Vorstände und Fraktionen arbeiten Hand in Hand für einen Politikwechsel. Sie
632 mobilisieren Widerstand und wissen: ohne den Druck der Straße verändern wir im
633 Parlament gar nichts – oder uns selbst. Ziel bleibt der Aufbau einer mitgliedernahen
634 Parteistruktur, die sowohl für gemeinsame politische Kampagnen als auch für die
635 Interessen der Menschen, die auf uns ihre politischen Hoffnungen setzen, taugt. Wir
636 wollen dabei Kreis- und Ortsverbände befähigen, zur dauerhaften Aktivierung und
637 Selbstorganisation von Menschen in benachteiligten Stadtteilen und
638 Lebenssituationen beizutragen. Linke Arbeit und linke Politik lebt von der
639 Bereitschaft, von und miteinander zu lernen. Wir alle haben Wissenslücken und sind
640 manchmal ratlos. Hier bietet der Landesvorstand gemeinsam mit den parteinahen
641 Bildungsträgern und dem LAK innerparteiliche Bildung eine breite Palette von
642 Bildungsangeboten an. Die Kreisverbände nehmen diese Angebote auf und nehmen
643 sie ernst. Ein Bildungswochenende ist ein weiteres Wochenende für die Partei.
644 Langfristig ist es ein Wochenende für mehr eigene und für gemeinsame Zeit!
645 Nachdem die Programmdebatte beendet ist, wird der Landesvorstand in der zweiten
646 Hälfte seiner Amtszeit intensiv den Beschluss des letzten Landesparteitages zur
647 innerparteilichen Bildung in den Kreisverbänden umsetzen.

648 Vorwärts – und nie vergessen....!

649

651 **Ersetzungs-Antrag zum Leitantrag des Landesvorstands**

652 AntragstellerInnen: Bernhard Sander (KV Wuppertal), Alban Werner (KV Aachen),
 653 Paul Schäfer (KV Bonn), Günter Blocks (KV Bottrop), Uwe Vorberg (KV Bochum),
 654 Ingrid Remmers (KV Bochum), Harald Siepmann (KV Aachen), Hans-Peter Leymann-
 655 Kurtz (KV Essen), Manfred Röhl (KV Gelsenkirchen), Dieter Wernig (KV Köln), Axel
 656 Behrend (KV Remscheid), Richard Jäger (KV Aachen), Martina Multhaupt (KV
 657 Bochum), Daniel Kleibömer (KV Herne/Wanne-Eickel), Veronika Buszewski (KV
 658 Herne/Wanne-Eickel), Fritz Beinersdorf (KV Remscheid), Ellen Begolli (KV Aachen),
 659 Albert Borchart (KV Aachen), Klaus R. Roth (KV Köln), Heike Schneppendahl (KV
 660 Bochum), Lothar Lux (KV Recklinghausen), Gabriele Lux (KV Recklinghausen),
 661 Harald Farle (KV Rhein-Kreis-Neuss), Christoph Saßen (KV Viersen), Cornelia Weiß
 662 (KV Wuppertal), Wigand Busse (KV Warendorf), Gerald Wolf (KV Remscheid), Markus
 663 Dowe (KV Herne/Wanne-Eickel), Andreas Ixert (KV Herne/Wanne-Eickel), Wolfgang
 664 Lindweiler (KV Köln), Susanne Kreuzer (KV Essen), Ulrike Zerhau (KV Lippe), Frank
 665 Eckgold (KV Lippe), Roland Bärwald (KV Herne/Wanne-Eickel), Carolin Butterwegge
 666 (KV Köln), Bärbel Beuermann (KV Herne/Wanne-Eickel), Ute Bock (KV Oberhausen),
 667 Ruth Tietz (KV Leverkusen), Kreisvorstand Herne/Wanne-Eickel

668 **Gemeinwohl vor Profit:**669 ***EINE PARTEI FÜR DIE MEHRHEIT!***

670 Selten war eine Partei wie DIE LINKE so dringend nötig wie heute. Die Meldungen,
 671 die es beweisen, folgen so schnell aufeinander, dass man ihnen kaum noch folgen
 672 kann:

- 673 – Die Merkel-Regierung gesteht öffentlich ein, dass nur ein Mindestlohn von 10
 674 Euro sicheren Schutz vor Altersarmut bietet.
- 675 – Ein unabhängiges Forschungsinstitut gibt der LINKEN Recht: Das
 676 exportabhängige deutsche Wirtschaftsmodell wurde auf Kosten von
 677 GeringverdienerInnen ausgebaut, die in den vergangenen Jahren ein Fünftel ihres
 678 Einkommens verloren haben.
 679 Die soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik war noch nie so hoch.
 680 Die Politik der Bundesregierung in Europa setzt brutal die Interessen der
 681 VermögensbesitzerInnen durch – mehreren Ländern Osteuropas sowie
 682 Griechenland, Irland, Spanien und Portugal wird wirtschaftlich die Luft
 683 abgeschnürt. Hohe Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugend und massive
 684 Altersarmut werden in Kauf genommen, wenn nur ihre Staaten weiter
 685 zahlungsfähig bleiben.
- 686 – Auch in NRW verschärfen sich soziale Ausgrenzung, Niedriglohn-Ausbeutung und
 687 Kahlschlag bei sozialer Infrastruktur.

688 Diese Situation schreit nach einer emanzipatorisch-sozialistischen Massenpartei.

689 Wir müssen Alles dafür tun, diese Partei zu werden.

690 **1. Wo wir stehen, wo wir hinwollen**

691 *Beobachtung: Warum bleibt die Partei unter ihren Möglichkeiten?*

692 Die letzten Landtagswahlen und die Umfragen zeigen eine Partei, die hinter ihre
693 Bundestagswahl-Ergebnisse zurückfällt. Allerdings fallen alle Parteien mit Ausnahme
694 der Grünen in der Zustimmung zurück bzw. stagnieren. Die Wirtschafts- und
695 Finanzkrise war bislang nicht die Stunde der LINKEN.

696 Dies gilt in erheblichem Maße auch für die offen neoliberalen Parteien CDU und FDP.
697 Der Neoliberalismus („Privat vor Staat“; Gesellschaft der Eigentümer; Jeder denkt an
698 sich, dann ist an jeden gedacht) hat viel von seiner Strahl- und Bindekraft verloren.
699 Sie haben zur Irritation ihrer Kernwählerschaft auf die Große Krise ab 2007 mit
700 Staatsintervention und keynesianisch beeinflussten Maßnahmen reagiert
701 (Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, zwei Konjunkturpäckchen, Abwrackprämie),
702 ohne dies in einem neuen ideologischen Konzept erklären zu können. Aber einen
703 Umschwung in der politischen Meinungsführerschaft zugunsten einer politischen
704 Gegenbewegung hat das zeitweilige Wiedererstarken des Staatsinterventionismus
705 noch nicht gebracht.

706 Europaweit hat die Sozialdemokratie als soziale Reformkraft abgedankt und kann
707 folgerichtig ihren Niedergang nicht stoppen, geschweige denn umkehren. Anstatt
708 Demokratie und Sozialstaat offensiv zu verteidigen, macht sie sich an vielen Orten
709 mit Bankenrettungen, Schuldenbremsen und Kürzungspaketen zu Erfüllungsgehilfen
710 der Kapitalbesitzenden. In NRW hat die SPD eine gewisse Absetzbewegung von der
711 Schröder'schen Agenda 2010-Politik vollzogen, traut sich aber noch nicht, völlig
712 damit zu brechen.

713 *Schlussfolgerung: „Es rettet uns kein höh'eres Wesen...“*

714 Es liegt an uns: Damit die neoliberal-kapitalistische Politik endlich überwunden
715 werden kann, muss die gesellschaftliche Gegenwehr gegen Sozial- und
716 Demokratieabbau entschieden stärker werden. Dafür wird eine einflussreichere,
717 mobilisierungsfähige LINKE dringend gebraucht. Das wiederum setzt voraus, dass
718 sich DIE LINKE nachhaltig in der Gesellschaft verankert. Daran müssen wir
719 gemeinsam arbeiten. *Lasst uns mutige Schritte gehen, um viele Menschen für eine*
720 *radikale Politik für die Mehrheit zu gewinnen!*

721 **2. Wirtschaftliche Entwicklung: Linke Alternativen gegen rechte**
722 **'Zukunftsbremsen'!**

723 *Beobachtung: Kein Aufschwung für alle, kein Umbau für eine bessere Zukunft*

724 Die konjunkturelle Erholung hat stärker und schneller eingesetzt als viele vermutet
725 haben; die Zahl der Arbeitsplätze steigt, die Steuereinnahmen steigen. Es wäre ein
726 Fehler, dies einfach zu leugnen. Andererseits bleiben aber die Gefahren
727 unübersehbar:

728 1. Der größte Teil der neu entstandenen Arbeitsplätze entsteht als Leiharbeit,
729 befristet oder nicht sozialversichert. Der Aufschwung kompensiert nicht, dass das
730 untere Fünftel in den vergangenen Jahren immer ärmer geworden ist und die

731 Reallöhne ebenfalls zurückgefallen sind, die Armut der 3,5 Millionen RentnerInnen in
732 NRW steigt. Jeder 10. RentnerInnen-Haushalt lebt unter der Armutsgrenze (11,5 %
733 laut IWH, bei Frauen sogar 13 %).

734 2. Der Aufschwung gerade in einem exportorientierten Land wie NRW ist in
735 hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland abhängig: Die USA
736 stagnieren, Japan verzeichnet in zwei Quartalen negatives Wachstum, die Schulden-
737 bzw. Bankenkrise ergreift in Europa ein Land nach dem anderen, doch genau hierhin
738 gehen 60 % der NRW-Exporte. Die Stimmung der NRW-UnternehmerInnen hat sich
739 im Juli weiter verschlechtert. Der Ifo-Geschäftsklimaindex in der gewerblichen
740 Wirtschaft an Rhein und Ruhr sank im Juli, wie das Wirtschaftsministerium in
741 Düsseldorf am 03.08.11 mitteilte: Der Index fiel um 4,1 auf nunmehr 15,3 Punkte
742 (bundesweit minus 2,9 auf 18,1 Punkte). Die Unternehmen in NRW beurteilten dabei
743 sowohl ihre gegenwärtige Geschäftslage als auch die Aussichten für die kommenden
744 sechs Monate schlechter als im Vormonat.

745 3. Die rotgrüne Koalition steht am Fuße der Mauer: Alle im Koalitionsvertrag
746 gelisteten Wohltaten sind verteilt bzw. angestoßen. Bald wird für die Öffentlichkeit
747 klar, dass sie nicht ausreichend bemessen sind. Umgekehrt bestätigt sich, dass die
748 Forderung der LINKEN nach einem angemessenen Steuervollzug berechtigt sind:
749 „Die Betriebsprüfer der Finanzämter haben dem Land NRW 2010 hohe Einnahmen für
750 die Landeskasse beschert. Insgesamt wurden fast fünf Mrd. Euro zusätzliche Steuern
751 festgesetzt ... Beim durchschnittlichen Jahresergebnis je Betriebsprüfer liegt NRW mit
752 einem Betrag von 1,3 Mio. Euro pro Prüfer über dem bundesweiten Durchschnitt von
753 1,1 Mio. Euro“ (WDR 3).

754 4. Die Idee, DIE LINKE könne SPD und Grüne dadurch unter Druck setzen, indem
755 sie ihre Strategie und ihr daraus abzuleitendes Abstimmungsverhalten so lang wie
756 möglich unklar lässt, ist falsch. Stattdessen müssen sich die Mitglieder frühzeitig mit
757 den strategischen Optionen der Landespolitik befassen und der Fraktion die
758 grundsätzliche Richtung vorgeben. Öffentlichkeit, Bewegungen und WählerInnen
759 müssen rechtzeitig erfahren, wofür Partei und Fraktion stehen, welche Ziele DIE
760 LINKE in den anstehenden Haushaltsberatungen verfolgt.

761 5. Die „Schuldenbremse“ wird das Gesicht der Demokratie nicht nur auf
762 Bundesebene, sondern auch auf Landes- und kommunaler Ebene verändern, und
763 zwar zum Schlechteren. Vor allem, weil die Ursachen der tiefgreifenden Wirtschafts-
764 und Finanzkrise überhaupt nicht angegangen wurden. Auch über die nächste
765 Bundestagswahl 2013 hinaus wollen neoliberal-kapitalistische Kräfte sie als Vorwand
766 nutzen, um politisch nicht mehrheitsfähige Kürzungen und Beschneidungen sozialer
767 Rechte zu rechtfertigen. Die „Schuldenbremse“ verhindert bei niedrig bleibenden
768 Steuereinnahmen auch wichtige Zukunftsinvestitionen. Damit wird ein dringend
769 notwendiger, radikaler Kurswechsel weg vom unsolidarischen, exportgetriebenen
770 Wirtschaftsmodell der BRD blockiert.

771 Schlussfolgerungen: Auf der Straße & im Parlament für den radikalen Kurswechsel
772 arbeiten!

773 1. Landesvorstand und LT-Fraktion veranstalten noch im Herbst 2011 einen
774 haushaltspolitischen Ratschlag der LINKEN. NRW mit ihren Mitgliedern sowie

- 775 Interessierten aus Gewerkschaften sowie sozialen und ökologischen
776 Bewegungen und Verbänden. Dort sollen die Spielräume und die Prioritäten
777 einer fortschrittlichen, sozial-ökologischen Haushaltspolitik diskutiert werden.
778 Die Diskussion soll, bei Bedarf unterstützt vom Landesvorstand und den LT-
779 Abgeordneten, auch in den Kreisverbänden geführt werden.
- 780 2. Für DIE LINKE. NRW ist klar: Ein substantieller Teil der erzielten
781 Steuermehreinnahmen (s.o.) muss für zusätzliche Investitionen und Ausgaben
782 in gesellschaftlich dringliche Belange ausgegeben werden. Dazu gehören:
- 783 a. die Einführung eines landesweit gültigen Sozialtickets zu höchstens dem
784 im ALG 2-Eckregelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr im
785 Nahbereich;
- 786 b. die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im
787 öffentlichen Dienst, vor allem im Bildungsbereich;
- 788 c. höhere Zuweisungen an die Kommunen, um dort drohendem
789 Personalabbau und der Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur
790 entgegenzuwirken;
- 791 d. die Erhöhung der sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionen. Ein
792 wichtiger Baustein hierbei ist der Ausbau des sozialen
793 Mietwohnungsbaus, der energetischen Gebäudesanierung und des
794 barriere-freien Bauens.
- 795 3. Inwieweit die rotgrüne Regierung in ihrem Haushaltsentwurf 2012 unsere
796 Forderungen berücksichtigt hat und wie sich die Landtagsfraktion letztendlich
797 dazu verhält, entscheidet ein Landesrat im Frühjahr nächsten Jahres.
- 798 4. Von NRW muss ein wichtiger Impuls ausgehen für die Überwindung der
799 ungerechten Kürzungspolitik in Deutschland und Europa, die zu Entleerung
800 der Demokratie und Beschneidung sozialer Rechte führt. DIE LINKE. NRW
801 geht auf Gewerkschaften und Verbände zu mit dem Vorschlag eines
802 Aktionsbündnisses „Handlungsfähige Demokratie – gegen Schuldenbremse“.
803 Wir formulieren gegenüber der Landesregierung Bedingungen für die
804 Aufnahme strukturierter Zusammenarbeit in finanzpolitischen Fragen.
805 Diskutiert werden muss eine Klage gegen die Schuldenbremse im Grundgesetz
806 und gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Länder und Kommunen. Zu
807 diesen letztgenannten Punkten soll die Linksfraktion einen
808 Entschließungsantrag in den Landtag einbringen.
- 809 5. Die LT-Fraktion wird beauftragt, die verschiedenen Modelle einer
810 Vermögenssteuer für NRW durchrechnen zu lassen (z.B. vom Institut für
811 Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans Böckler-Stiftung, IMK)
812 und eine entsprechende Initiative zu ihrer Wiedereinführung zu starten.
- 813 6. DIE LINKE. NRW wirbt für ihr Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) und eine
814 Steuerreform. Dazu wird ein Bildungsbaustein entwickelt und als Vor-Ort-
815 Seminar auf Abruf angeboten. Das ZIP wird in regelmäßigen Abständen

816 aktualisiert im LAK ‚Wirtschaft, Haushalt, Finanzen‘, da es nach Auffassung
817 der LTF für eine Umsetzung in dieser Wahlperiode nicht geeignet ist.

818 **3. DIE LINKE kämpft – für >gute Arbeit< mit Zukunft!**

819 *Beobachtung: Arbeitsmarktpolitik für Wenige, Ausgrenzung für Viele*

820 1. In NRW findet keine Industriepolitik statt. Die Erfahrungen mit dem
821 Staatsinterventionismus der Regierung Merkel zeigen, dass aktive Wirtschaftspolitik
822 sehr wohl möglich ist. Allerdings war Merkels Intervention zu gering dimensioniert
823 und ging ökologisch und sozial in die falsche Richtung. NRW ist der Standort zweier
824 großer Automobilkonzerne. Opel ist in Schwierigkeiten, da es von der Konzernleitung
825 von bestimmten Exportaktivitäten (Wachstumsmarkt China) ausgeschlossen ist. Der
826 sog. „Green New Deal“, der so gerne beschworen wird, bleibt eine hohle Phrase, da
827 z. B. kein Programm für Elektromobilität vorliegt: Weder für den Arbeitsplatz
828 erhaltenden Umbau des Fahrzeugbaus noch für die Konvertierung der bei
829 alternativen Antrieben nicht mehr benötigten Zulieferbetriebe, noch für die ÖPNV-
830 Infrastruktur.

831 2. Angesichts der noch boomenden Realwirtschaft streicht die schwarz-gelbe
832 Bundesregierung alle Arbeitsmarktinstrumente rigoros zusammen. Sie
833 versprechen, dass die wirtschaftliche Dynamik ausreicht, das Heer der
834 Arbeitssuchenden zu verkleinern. Doch es braucht heute schon ein BIP-
835 Wachstum von 1,5 Prozent, damit die Arbeitslosigkeit um 100.000 verringert
836 wird. Der wirtschaftliche Aufschwung ist bisher an den Langzeitarbeitslosen
837 völlig vorbei gegangen. Nur bei ALG I-BezieherInnen hat sich die Zahl um 20
838 Prozent verringert. Daher müsste gerade jetzt das Geld auf die Eingliederung
839 der Langzeiterwerbslosen konzentriert werden statt auf ihrem Rücken zu
840 „sparen“.

841 *Schlussfolgerungen: Gegen Niedriglohn, Benachteiligungen und Prekarität*

842 1. Die Konferenz „Tatort Niedriglohn“ braucht Entsprechungen auf der Kreis-
843 und der Landesebene. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine
844 moderierte Online-Plattform zur Verfügung zu stellen, auf der schnell,
845 einfach und anonym über Unternehmen und Anstellungsträger informiert
846 werden kann.

847 2. Was greift kurzfristig in der Arbeitsmarktpolitik? Die Gesetzes-Vorlage der
848 Landesregierung muss ergänzt werden. Die Vermittlung in Leiharbeit und
849 prekäre Beschäftigung muss unverzüglich eingestellt werden, denn sie
850 bietet keine dauerhafte Eingliederungsperspektive („Wer zuletzt
851 reinkommt, geht als erster!“). Es darf keine Vermittlungsgutscheine für
852 private Entwicklungsagenturen mehr geben. Sie werden ständig von
853 Unternehmen missbraucht.

854 3. Die Ein-Euro-Jobs sollten auslaufen, da sie auf Grundlage der
855 bereitgestellten Mittel sowieso kaum noch angeboten werden können und
856 nachweislich zur Ersetzung regulärer Beschäftigung missbraucht werden.
857 Die Förderung von Scheinselbständigkeit durch Gründungsbeihilfen sollte

858 ebenfalls gestrichen werden, da sie einerseits über Töpfe der
859 Wirtschaftsförderung finanziert werden könnten, vor allem aber, weil sie
860 eine weitere Form der Prekarität ohne Zukunftsaussichten darstellen. Die
861 so frei werdenden Mittel sollten zusammen mit weiteren Landesmitteln und
862 ESF-Mitteln in die Schaffung von sozialversicherten und existenzsichernden
863 Stellen gesteckt werden. Es geht um die Verhinderung von Ausgrenzung
864 und um Arbeit, die am gesellschaftlichen Bedarf orientiert ist. Über die
865 Einrichtung solcher Stellen entscheiden Beschäftigungskonferenzen in der
866 Kommune oder im Kreis.

867 **4. DIE LINKE kämpft – für Demokratie und soziale Rechte!**

868 *Beobachtung: Mehr Demokratie – aber für immer weniger Menschen?*

869 Lange vor der Großen Krise ab 2007 begann eine Absetzbewegung aus der
870 repräsentativen Demokratie, da sie die sozialen Bürgerrechte nicht mehr sichert. Wut
871 ohne klares Ziel und wutgetränkte Teilnahmslosigkeit machen sich in den
872 gefährdeten und ausgegrenzten Teilen der Gesellschaft breit. Sozial Benachteiligte
873 bringen sich sehr selten an politischen Aktivitäten ein, oft gehen sie nicht mal mehr
874 zu Parlamentswahlen. Die politische Klasse diskutiert nicht darüber, sondern hat sich
875 damit abgefunden oder kann damit sogar ganz gut leben.

876 Auf der anderen Seite werden Formen direkter Demokratie immer beliebter, manche
877 Demonstrationen haben großen Zulauf (Anti-Atom in Berlin, Castor, Stuttgart 21
878 usw.) Unkonventionelle neue Protestformen entstehen (campact.de und weitere
879 Online-Aktivitäten, wikileaks, Flashmobs usw.), werden aber bislang vor allem von
880 Angehörigen gut verdienender und gut ausgebildeter sozialer Schichten genutzt. In
881 Hamburg wurde der auf linken Druck hin verbindlich gemachte Volksentscheid
882 ausgerechnet dazu genutzt, bürgerliche Bildungsprivilegien festzuschreiben. Es ist
883 eine hoch gefährliche Entwicklung, wenn große Teile der Gesellschaft Demokratie
884 nicht als etwas Positives erfahren.

885 *Schlussfolgerung: Demokratie von unten für alle durchsetzen!*

886 DIE LINKE. NRW muss den Teufelskreis durchbrechen, der aus sozialer Ausgrenzung
887 und geringer demokratischer Beteiligung entsteht. Mit dem Berliner Wassertisch und
888 den erfolgreichen Volkabstimmungen gegen die EU-Verfassung in Frankreich, den
889 Niederlanden und Irland als Vorbild wollen wir auf kommunaler und Landesebene
890 direkt-demokratische Instrumente und kreative Aktionen nutzen, wenn die Chance
891 besteht, soziale Rechte zu verteidigen oder durchzusetzen. Der Landesvorstand wird
892 Aktionen auf kommunaler Ebene gezielt unterstützen, damit sie Vorbildcharakter für
893 andere Städte und Gemeinden erhalten.

894 *Beobachtung: Die etablierte Politik streute Rosen auf den Weg von Sarrazin, Le Pen
895 & Co.*

896 Mit dem Glaubwürdigkeitsverlust des Neoliberalismus radikalisiert sich die
897 Verteidigung der Privilegierten-Vorrechte. Ein Teil der Besitzbürger verroht
898 zunehmend. Um den „Abgabenstaat“ zu mäßigen, soll der Sozialstaat durch
899 Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen zurechtgestutzt werden. Im Gefolge von

900 Sarrazin, Sloterdijk und anderen werden Muslime und sozial Benachteiligte als
901 FaulenzerInnen und bloßer Kostenfaktor diffamiert. Sarrazin ist so erfolgreich, weil er
902 wirkliche Erfahrungen gut gebildeter Schichten und die gescheiterte Politik der
903 verleugneten Einwanderungsgesellschaft anspricht. Die politische Klasse reagiert mit
904 Hilflosigkeit, weil das neoliberale Kartell schon längst die Light-Version von dem
905 umgesetzt hat, was Sarrazin fordert (Niedriglohn-Politik, Diffamierung und
906 Bestrafung von Erwerbslosen, Familienpolitik zugunsten von Besserverdienenden,
907 Abschiebepolitik statt Einbeziehung von MigrantInnen usw.). Weil die etablierten
908 Parteien schon so viel von diesem Programm durchgesetzt haben, haben sie gegen
909 die Gefahr neuer „rechtspopulistischer“ Parteien wenig auszurichten. Weil sie aus der
910 Europäischen Union eine Agentur neoliberaler Zerstörung sozialer Rechte gemacht
911 haben, können sie nicht die Idee einer europäischen Einigung gegen nationalistische
912 und rassistische Abschottung verteidigen. Wenn die Hass-Presse ruft „Wir zahlen
913 nicht für Eure Griechen!“, bedienen sie mit ihren knallharten Bankenrettungspaketen
914 die Vorurteile des Stammtisches.

915 *Schlussfolgerungen: Für demokratische Erneuerung – für eine antirassistische*
916 *Mehrheit!*

917 Wir müssen diejenige Partei sein, die sich der Aushöhlung der Demokratie
918 entgegenstellt.

919 1. DIE LINKE hat die Aufgabe, von unten, aus der Gesellschaft heraus die
920 grundsätzliche Opposition gegen neoliberal-kapitalistische Politik zu organisieren.
921 Aufgabe der LINKEN ist, den Alltag und die Not zur Sprache zu bringen in den
922 Medien, im Parlament, in Versammlungen. Wir müssen eine Sprache sprechen, die
923 die Menschen anspricht und mobilisiert. Sonst überwiegen die sozialen Interessen
924 der finanziell am besten Gestellten, die im Übrigen auch die höchste Wahlbeteiligung
925 haben. *Gegen „Rechtspopulismus“ hilft nur eine populäre, sozialistische Politik!*

926 2. Der überfällige Politikwechsel ist nur mit einer anderen Mehrheit möglich. Da
927 DIE LINKE auf absehbare Zeit dazu alleine und aus eigener Kraft nicht in der Lage
928 ist, muss sie sich auf breite gesellschaftliche Bündnisse stützen („Mosaik-Linke“) und
929 parlamentarisch zumindest auch punktuell mit den Parteien zusammenarbeiten, die –
930 trotz ihrer Parteinamen – derzeit in ihren Prioritäten weder sozial noch ökologisch
931 ausgerichtet sind.

932 In den Bündnissen geht es darum Plattformen zu schaffen, in die alle sozialen
933 Gruppen ihre Interessen einbringen können.

934 Im Parlament geht es immer darum, ob eine konkrete Initiative eine Verbesserung
935 gegenüber dem gegenwärtigen Zustand erzielt.

936 *Es nützt wenig, sich darauf zu berufen, objektiv die Interessen der Mehrheit zu*
937 *vertreten, wenn diese Mehrheit sich mehrheitlich nicht von uns vertreten lassen will.*

938 Ohne Mehrheitsperspektive in den gesetzgebenden Institutionen verblasst die
939 Identität der LINKEN genauso wie ohne klare programmatische Forderungen.

940 3. DIE LINKE. NRW ist der größte westliche Landesverband, dementsprechend
941 sollte sie Gewicht haben. Der Landesverband NRW trägt gewaltige bundespolitische
942 Verantwortung. Die Frage des Verhältnisses zur rot-grünen Koalition bestimmt
943 wesentlich die Chancen für einen Politikwechsel auf Bundesebene 2013. Es muss

944 gelingen, mit Partei und Landtagsfraktion weitere Fortschritte zugunsten der
945 Bevölkerungsmehrheit und insbesondere sozial Benachteiligter durchzusetzen. Wir
946 müssen auch lernen, unsere Erfolge noch besser zu kommunizieren. JedeR GenossIn
947 sollte „aus dem Stand“ wichtige Verbesserungen nennen können, die DIE LINKE.
948 NRW durchgesetzt bzw. welche Verschlechterungen sie verhindert hat.
949 Hierzu bietet die Landtagsfraktion ab sofort stetig aktualisierte Argumentationshilfen
950 an.

951 4. DIE LINKE bleibt die wirksamere Alternative zum Nichtwählen. DIE LINKE
952 mobilisiert für sozialen Protest. Die Vernetzung mit den Sozialverbänden,
953 Gewerkschaftsgliederungen, Initiativen usw. wird auf allen Ebenen durch
954 regelmäßige Informationskontakte aufgebaut und vertieft.

955 5. Der Kampf gegen „Rechtspopulismus“, die extreme und neofaschistische
956 Rechte wird von uns aktiv unterstützt. Der Landesvorstand wird noch vor der
957 Bundestagswahl zusammen mit der LT-Fraktion zu einer Basiskonferenz einladen, bei
958 der mit antirassistischen Initiativen und kritischen WissenschaftlerInnen über die
959 Gefahr von Rechts durch Neonazis, „Rechtspopulismus“ und die Propaganda der
960 Ungleichheit aus der „politischen Mitte“ beraten wird. Wir wollen Austausch
961 organisieren über erfolgreiche Schritte, mit denen die gesellschaftlichen Grundlagen
962 rassistischer Politik beseitigt werden können.

963 Beobachtung: Rot-Grün-Schwarzer „Schulkonsens“ schreibt Bildungsprivilegien fort

964 Mit dem im Juli zwischen CDU, SPD und Grünen getroffenen Schulkonsens wird das
965 Ziel „Eine Schule für alle“ faktisch beerdigt. SozialdemokratInnen und Grüne haben
966 nicht eine Mehrheit gegen das deutsche Schulsystem aus dem Kaiserreich gesucht,
967 das gerade dazu geschaffen wurde, „Arbeiterkinder“ von höherer Bildung und
968 sozialem Aufstieg fernzuhalten. Sie haben stattdessen einen „Burgfrieden“ mit der
969 Union gefunden aus Angst, selbst zaghafte Reformen wären sonst nicht
970 durchsetzbar.

971 DIE LINKE. NRW lehnt den Schulkonsens als rückwärtsgewandt, unzureichend und
972 falsch ab. Er ist reaktionär, weil er (nach eigener zutreffender Auskunft der CDU) die
973 Gymnasien stärkt. Auf den neu zu schaffenden Sekundarschulen soll es nämlich
974 keine eigene Oberstufe geben. Dass die Hauptschule abgeschafft wird, ist kein Trost
975 – denn weil die Leute schon lange „mit den Füßen“ gegen diese Schulform
976 abgestimmt haben, wäre sie in einigen Jahren ohnehin ausgeblutet – gleichgültig,
977 was in der Landesverfassung steht. Der Schulkonsens ist falsch, weil er die Zahl der
978 Schulformen in den Kommunen noch unübersichtlicher macht und die
979 Planungssicherheit der Städte und Gemeinden gefährdet. Dass die Inklusion (die
980 Einbeziehung von Kindern mit Behinderungen in das reguläre Schulsystem) jetzt
981 endlich in Angriff genommen wird, wäre auch ohne den Schulkonsens erfolgt. Für
982 den geringen Fortschritt, der auch ohne die Zustimmung der CDU möglich gewesen
983 wäre, soll jetzt erstmals in der Geschichte das gegliederte Schulsystem in der NRW-
984 Verfassung festgeschrieben werden. Es handelt sich dabei um nichts Anderes, als
985 dass wieder in erster Linie die Bildungsprivilegien des Bürgertums festgeschrieben
986 werden gegen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für

987 alle. DIE LINKE. NRW wird mit allen demokratischen Mitteln gegen diesen
988 verheerenden „Konsens“ vorgehen.

989 Schlussfolgerung: Gemeinsam kämpfen für eine gerechte und zukunftsfähige
990 Bildung!

991 1. Wir wissen, dass etliche Bürgerinnen und Bürger in NRW nicht mit dem
992 Schulkonsens einverstanden sind. Wir kämpfen weiterhin für „Eine Schule für
993 alle“ – das Gymnasium darf keinen „Artenschutz“ genießen!

994 2. Wir versuchen mit allen demokratischen Mitteln, die Umsetzung des
995 „Schulkonsenses“ zu verhindern. Unser Ziel ist ein demokratischer Prozess für
996 eine gerechte Bildungsreform. Der Landesvorstand wird den Kreisverbänden
997 geeignetes Material zur Verfügung stellen, um vor Ort aktiv zu werden gegen
998 den sog. „Schulkonsens“. Wir werden aufklären und Unterstützung aktivieren.

999 3. Auf Landesebene wollen wir aktiv BündnispartnerInnen gewinnen gegen den
1000 „Schulkonsens“ und bei ausreichender Resonanz auch zu zentralen Aktivitäten
1001 aufrufen.

1002 Beobachtung: Kommunen in Not – sozialer Notstand steht bevor

1003 Die Finanznot der Städte ist überall sichtbar. Dennoch richten die meisten
1004 Verwaltungen ihre Stadt als Gabentisch für Investoren zu; die Interessen und
1005 Bedürfnisse sozial Benachteiligter fallen völlig hinten runter. Immer mehr alte
1006 Menschen sind auf finanzielle Hilfe durch den Staat angewiesen. Die Grundsicherung
1007 im Alter hat der Bund auf die Kommunen abgewälzt. Allein in Köln kommen jeden
1008 Monat 150 neue Hilfesuchende hinzu. In Duisburg ist die Zahl der
1009 LeistungsbezieherInnen seit 2003 von 3700 auf 6300 angestiegen. In Münster
1010 müssen jährlich etwa fünf Prozent mehr SeniorInnen unterstützt werden. Die
1011 Steuerbasis der Städte und Kreise ist strukturell völlig unzureichend, kann aber von
1012 diesen selbst nicht verbessert werden.

1013 Die kommunalen KämmererInnen und das Landesfinanzministerium finden keinen
1014 Konsens in der Verwendung der 350 Millionen zusätzlich bereitgestellter Mittel. Das
1015 Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ der Stadtspitzen fordert eine gerechte
1016 Verteilung der Konsolidierungshilfen; es reiche nicht, nur den am meisten
1017 verschuldeten Kommunen beizustehen.

1018 Die einen wollen Mittel mit der Gießkanne verteilen, was allerdings auch den reichen
1019 Städten zu Gute käme. Andere wollen die Mittel auf die ärmsten Städte
1020 konzentrieren. Der Gesamtbetrag reicht angesichts des von der LINKEN
1021 festgestellten Infrastruktur-Bedarfs von 150 Mrd. bis zum Jahr 2020 nicht aus. Eine
1022 Änderung der Bundessteuermittel ist so bald nicht zu erwarten.

1023 Und einigen Kommunen werden jetzt noch die zu erwartenden Lasten der sog.
1024 Bundeswehrreform aufgebürdet. Sie sollen mit den Folgen einer Reform allein fertig
1025 werden, mit der die Bundeswehr für den globalen Militärinterventionismus fit
1026 gemacht, aber zugleich verkleinert werden soll.

1027 Schlussfolgerungen: Die Kommunen gehören uns allen – für soziale Städte &
1028 Gemeinden!

- 1029 1. Jeder Kreisverband prüft, welche der Stadtprojekte mit Landesgeldern
1030 lediglich dem Prunk und den Immobilieninvestoren dienen. Diese Liste wird im
1031 Rahmen der Haushaltsdebatten als Umverteilungsmasse eingebracht.
- 1032 2. Die Verringerung des Personals an den Militärstandorten bzw. erst recht deren
1033 Schließung machen einen geplanten, koordinierten regionalen Strukturwandel
1034 erforderlich. Dazu brauchen die Städte, Gemeinden, Landkreise die finanzielle
1035 und organisatorische Unterstützung von Bund und Land. Ein solcher
1036 Strukturwandel, der die Abhängigkeit der Kommunen und Kreise vom Militär
1037 beendet, ist zugleich eine große Chance für neue zivile Nutzungen von Flächen
1038 und Gebäuden, die ergriffen werden muss. Die LINKE, die entschieden für den
1039 Abbau der Bundeswehr – in diesem Jahrzehnt um die Hälfte – streitet, wird
1040 sich aktiv an diesem Konversionsprozess beteiligen und mit Bürgerinnen und
1041 Bürgern Vorschläge für die zivile Umnutzung von Militäranlagen unterbreiten.
- 1042 3. Der Protest gegen die kommunale Kürzungspolitik wird vor Ort von der
1043 LINKEN aktiv unterstützt. Schwerpunktmäßig wird versucht, verschiedene
1044 soziale Gruppen und insbesondere sozial Benachteiligte zur Verteidigung der
1045 sozialen Infrastruktur zusammenzubringen. Es geht auch um die Verteidigung
1046 der Demokratie schlechthin: *Jedes geschlossene Schwimmbad, jeder marode
1047 Spielplatz, jede kaputtgekürzte Bibliothek sind eine Schande für ein
1048 demokratisches Land.*
- 1049 4. Die LT-Fraktion wird gebeten, mit dem Landesvorstand ein Konzept über die
1050 Mittelverteilung zu entwickeln. Für DIE LINKE ist klar: So lange kein
1051 Mittelzuwachs zu erwarten ist, müssen die Mittel – den ungleich dringenden
1052 Bedarfen entsprechend – auch ungleich verteilt werden. Für uns haben die
1053 Sicherung sozialer Infrastruktur und die Verteidigung sozialer Rechte Priorität.

1054 **5. Raus aus dem Tief – DIE LINKE. NRW als Mitgliederpartei aufbauen!**

1055 Beobachtung: Wachstumsprobleme und Schrumpfungsgefahren

1056 Wir wollen eine emanzipatorische, sozialistische Massenpartei werden, die hilft „*alle*
1057 *Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes,*
1058 *ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“ (Karl Marx). Auf dem Weg dahin haben
1059 wir auch in Nordrhein-Westfalen einige fremd- und selbstverantwortete Hindernisse
1060 zu überwinden.

1061 Vier Probleme sind besonders schwerwiegend und müssen angepackt werden:

- 1062 1. Die soziale Verankerung der Partei ist nicht ausreichend. Leider waren die
1063 äußeren Bedingungen für eine Stärkung der gesellschaftlichen Basis der
1064 LINKEN in Nordrhein-Westfalen seit der Gründung der Partei nicht sehr
1065 günstig. In 2007 wurde unser Landesverband aus den beiden Quellparteien
1066 gegründet. In 2008 musste noch Vieles bewältigt werden, um die neue Partei
1067 DIE LINKE Wirklichkeit werden zu lassen. 2009 war ein Super-Wahljahr mit
1068 Europa-, Kommunal- und Bundestagswahlen, und unsere Arbeit ging direkt

1069 über in die Vorbereitung der wichtigen Landtagswahl 2010. Gleichzeitig
1070 wurden viele aktive GenossInnen in die kommunale Parlamentsarbeit
1071 eingebunden. Linke Kommunalpolitik ist ungeheuer wichtig, aber auch sehr
1072 anstrengend, weil z.Zt. nur DIE LINKE die gesellschaftlichen Verhältnisse
1073 ernsthaft für die Mehrheit der Menschen verbessern und nicht nur Mangel
1074 verwalten will. Niemand kann von kommunalen MandatsträgerInnen erwarten,
1075 dass sie ihre Arbeit gut ausfüllen und zugleich die Parteistrukturen aufbauen.
1076 Trotzdem bleibt eine stärkere soziale Basis bei den lohnabhängig
1077 Beschäftigten, kleinen und prekären UnternehmerInnen, Erwerbslosen und
1078 sozial Benachteiligten unverzichtbar. Es ist für uns die größte und wichtigste
1079 Herausforderung, das hinzubekommen.

1080 2. Unser Landesverband ist nicht nur zahlenmäßig der größte innerhalb der alten
1081 Bundesländer. Nordrhein-Westfalen ist gleichzeitig ein Flächenland mit
1082 verschiedenen Regionen. Für viele GenossInnen, die nicht zentral im
1083 Ruhrgebiet wohnen oder verkehrsmäßig gut angebunden sind, ist es kaum
1084 zumutbar, häufig für die parteipolitische Arbeit weite Strecken zurücklegen zu
1085 müssen. Trotzdem wollen sie sich beteiligen und DIE LINKE voranbringen. Wir
1086 müssen Mittel und Wege finden, dass wir Politik für alle machen – und auch
1087 Politik für alle zugänglich machen innerhalb der Partei.

1088 3. Noch immer ist unsere Partei für viele Menschen nicht attraktiv, leider gerade
1089 oft für diejenigen, die wir erreichen wollen. Es kann keine
1090 generationengerechte Politik geben, wenn nicht junge und ältere Menschen
1091 beteiligt sind, und es wird keine feministische Politik stattfinden, wenn sie
1092 nicht von Frauen selbst vorangetrieben wird. Die Bedürfnisse von
1093 MigrantInnen kennen die MigrantInnen selbst am besten – auch, weil sie keine
1094 einheitliche Gruppe sind. Selbst mit besten Absichten stößt eine
1095 StellvertreterInnen-Politik schnell an ihre Grenzen.

1096 4. Aufgrund unserer Geschichte haben viele GenossInnen gefürchtet, dass sich
1097 Parlamentsfraktionen gegenüber der Parteibasis verselbstständigen und den
1098 bürgerlichen Parteien annähern. Als Reaktion darauf stand oft der Schritt,
1099 beides strikt zu trennen, damit sich die Fraktion nicht die Partei zum bloßen
1100 Anhängsel machen kann. Gefährlich ist aber ebenso eine Entwicklung, bei der
1101 Fraktions- und Parteiarbeit nicht stark genug aneinander gekoppelt sind. Die
1102 wichtige kommunalpolitische Arbeit darf nicht bei den MandatsträgerInnen
1103 alleine „abgeladen“ werden. Wir müssen den wichtigen Spagat zwischen
1104 kommunalpolitischer, landespolitischer, bundes- und europapolitischer Ebene
1105 hinbekommen.

1106 Schlussfolgerung: DIE LINKE. NRW als Mitgliederpartei auf- und ausbauen!

1107 1. Die soziale Verankerung ist das A und O einer Partei, die sich Demokratie und
1108 Sozialismus auf die Fahnen schreibt. Der Landesvorstand unterstützt ein
1109 offensives Vorgehen „Rein in die Stadtteile!“, für das es gute Vorbilder gibt. In
1110 Anlehnung an die Erfahrungen in Hamburg mit dem „aufsuchenden
1111 Wahlkampf“ sollen Schulungen angeboten werden für GenossInnen, die

- 1112 gezielt in Stadtviertel der sozial Benachteiligten gehen und die Menschen für
1113 linke Politik aktivieren wollen.
- 1114 2. Der Landesverband unterstützt die Verbreitung von Stadt- und
1115 Stadtteilzeitungen. Das Ziel muss lauten, dass bis zur Bundestagswahl 2013
1116 jeder Kreisverband eine Zeitung herausgibt, mit der die Menschen vor Ort
1117 angesprochen werden.
- 1118 3. Dringend notwendig sind auch *regionale Strukturen* innerhalb des
1119 Landesverbandes für die Bildungsarbeit, den Austausch von BasisaktivistInnen
1120 und MandatsträgerInnen und zur Verständigung mit ebenfalls regional
1121 organisierten gesellschaftlichen Kräften und Institutionen (Gewerkschaften,
1122 Kirchen, Wohlfahrtsverbänden etc.).
1123 Deshalb wird der Landesvorstand Anstrengungen zur Bildung regionaler
1124 Zusammenschlüsse gemäß § 13 a der Landessatzung unterstützen. Damit die
1125 Regionalverbände effektiv arbeiten können, müssen ihnen Mittel zur
1126 Verfügung gestellt werden.
- 1127 4. Der hohe Anteil an Neumitgliedern und die wiederholt vorgetragenen
1128 Forderungen aus vielen Kreisverbänden machen eine Verstärkung der
1129 innerparteilichen Bildungsarbeit dringend notwendig. Der Landesvorstand soll
1130 ein Konzept erarbeiten, bei dem sich landesweite und regionale
1131 Seminarangebote mit möglichst niedrig-schweligen Angeboten auf lokaler
1132 Ebene ergänzen.
1133 Perspektivisch muss eine Bildungsarbeit geleistet werden, die es allen
1134 interessierten Parteimitgliedern ermöglicht, kompetent Politik zu machen, den
1135 fruchtbaren Meinungsstreit in einer pluralistischen Linken demokratisch,
1136 respekt- und kulturvoll auszutragen sowie transparent und kommunikativ,
1137 effizient und verantwortlich in Gremien zu arbeiten.
- 1138 5. Wo die Verhältnisse zwischen kommunalen Fraktionen und der Parteibasis
1139 oder innerhalb der Basis vor Ort zerrüttet sind, wird der Landesvorstand
1140 gemeinsame Aktionen vorschlagen, die die GenossInnen wieder
1141 zusammenbringen sollen. Nichts wirkt besser für politischen Zusammenhalt
1142 als der anstrengende gemeinsame Kampf für ein gemeinsames Ziel! Mögliche
1143 Aktionsvorschläge sind z.B. die Durchsetzung eines sozialen Mobilitätstickets
1144 im jeweiligen regionalen Verkehrsverbund, der Kampf für bessere
1145 Lernbedingungen vor Ort, gegen Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich
1146 usw.
- 1147 6. Wer alte und junge Menschen, Frauen und MigrantInnen für sich gewinnen
1148 will, muss sich bemerkbar machen. Die landes-, europa- und
1149 bundespolitischen MandatsträgerInnen werden gebeten, sich für wichtige
1150 Aktionen z.B. im Bereich Rente, Ausbildungsplatzmangel,
1151 Gleichstellungspolitik usw. zur Verfügung zu stellen, um die
1152 Öffentlichkeitswirksamkeit unserer Aktivitäten zu erhöhen.

1153 Das Sichere ist nicht sicher.
1154 So, wie es ist, bleibt es nicht.
1155 Wenn die Herrschenden gesprochen haben,

1156 Werden die Beherrschten sprechen.
1157 Wer wagt zu sagen: niemals?
1158 An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
1159 An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
1160 Ebenfalls an uns.
1161 Wer verloren ist, kämpfe!
1162 Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
1163
1164 *(aus: Bertolt Brecht, Lob der Dialektik)*
1165

L-1-Ä-1

Änderungsantrag zum Leitantrag, Zeilen 398 und 399

1168 Antragsteller: Christian Stadter

1169 Streichung des Satzes: „Die Kampagne zur Mitgliederwerbung wurde von den
1170 Kreisverbänden nicht aufgegriffen und ist gescheitert.“

1171 Ersetzung des gestrichenen Satzes durch die Formulierung: „Der Beschluss des
1172 Landeparteitages in Leverkusen, eine Kampagne zur Mitgliederwerbung und
1173 Parteientwicklung durchzuführen, wurde vom Landesvorstand bisher nicht
1174 aufgegriffen und die Kampagne von ihm nicht organisiert.“

Begründung

1176 Die Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung wurde bis zum
1177 Beschluss auf dem Parteitag in Leverkusen ein halbes Jahr lang vorbereitet. Sie
1178 wurde entwickelt im Ergebnis von 6 regionalen workshops zur Mitgliederwerbung, an
1179 denen 51 Mitglieder aus 23 Kreisverbänden teilnahmen.

1180 Es war also genau umgekehrt, wie im Entwurf des Leitantrages behauptet: Die
1181 Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung, der Beschluss auf dem
1182 Parteitag war eine Initiative aus den Reihen der Kreisverbände, es war der
1183 Landesvorstand, der sie nicht aufgriff und es unterließ, einen zentralen Beschluss des
1184 Landesparteitages umzusetzen, bzw. seine Umsetzung zu organisieren.

1185 Eine Reihe von Kreisverbänden hatte ihre Unterstützung erklärt, es war
1186 herausgearbeitet worden, in welchen Kreisverbänden die besten Bedingungen zum
1187 Start der Kampagne bestanden, weitere konnten später nachziehen. Gerade weil die
1188 Partei mit einer solchen Kampagne bisher über keine Erfahrungen verfügte, bot
1189 dieses differenzierte Bild gute Ansatzpunkte, die bisher vom Landesvorstand jedoch
1190 nicht genutzt wurden.

L-1-Ä-2

Änderungsantrag zum Leitantrag des Landesvorstandes: Zeilen 399 – 402

1193 Antragsteller: Günter Blocks

1194 *Der Landesparteitag möge beschließen, die Zeilen 399 – 402*

1195 Die Mitgliederentwicklung ist rückläufig. DIE LINKE tauscht gerade – ähnlich wie die
1196 Grünen in den 90er Jahren – ihre Mitgliedschaft aus. Für jeden Neueintritt müssen
1197 wir einen Austritt verbuchen. Dieser Bundestrend ist mit Verspätung seit einigen
1198 Wochen auch in NRW angekommen.

1199 *wie folgt zu ändern:*

1200 - *Folgende Sätze werden ersatzlos gestrichen:*

1201 DIE LINKE tauscht gerade – ähnlich wie die Grünen in den 90er Jahren – ihre
1202 Mitgliedschaft aus. Für jeden Neueintritt müssen wir einen Austritt verbuchen.

1203 - *Der Satz*

1204 Dieser Bundestrend ist mit Verspätung seit einigen Wochen auch in NRW
1205 angekommen.

1206 *wird geändert in:*

1207 Dieser Bundestrend ist seit einem Jahr auch in NRW angekommen.

1208 Begründung:

1209 Es gibt (weder in diesem Leitantrag noch sonst wo) irgendwelche Belege dafür, dass
1210 ein Mitgliedschafts-Austausch der LINKEN. NRW stattfände:

1211 Vielmehr sind knapp **2/3** der Mitglieder der beiden Quellparteien zum Zeitpunkt der
1212 Fusion auch heute noch Mitglied der LINKEN. NRW.

1213 Austritte sind vielmehr überwiegend unter enttäuschten Neumitgliedern festzustellen.

1214 Umso irritierender ist es, dass der Landesvorstand in seinem Leitantrag (Zeile 398 f.)
1215 nur lapidar feststellt:

1216 Die vom Landesparteitag beschlossene Mitgliederkampagne ... ist gescheitert.

1217 anstatt eine Neuauflage der „Kampagne der LINKEN. NRW zur Mitgliederwerbung
1218 und Parteientwicklung“ (so der vollständige Name des Landesparteitags-Beschlusses
1219 vom 11.07.2010) anzukündigen oder neue Ansätze hierzu in seinem Leitantrag
1220 aufzuzeigen.

1221 Ebenso falsch ist auch die Behauptung, der Trend zur rückläufigen
1222 Mitgliederentwicklung ist mit Verspätung seit einigen Wochen auch in NRW
1223 angekommen.

1224 Richtig ist vielmehr, dass der Höchststand unserer Mitgliederzahl in NRW am
1225 17.08.2010 mit 8.953 Mitgliedern erreicht wurde.

1226 Nicht seit einigen Wochen, sondern vielmehr seit dem Zeitpunkt des Amtsantritts
1227 dieses Landesvorstandes vor einem Jahr hat DIE LINKE. NRW 7,5 % ihrer Mitglieder
1228 verloren.

1229 Statt einer Analyse dieser Fehlentwicklung folgt nur der hilflose Appell Es gilt, sich
1230 ihm [also dem Trend zum Mitglieder-Rückgang] gemeinsam auf allen Ebenen
1231 entgegen zu stellen!

1232 **Anträge zur Haushaltsdebatte**

1233 **H-1**

1234 **Verhalten zum Haushalt 2012**

1235 Antragsteller: KV Düsseldorf

1236 Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat sich zum Nachtragshaushalt 2010
1237 und zum Haushalt 2011 enthalten. Begründet wurde das in beiden Fällen mit einer
1238 moderaten Akzentverschiebung weg vom Primat der Haushaltskonsolidierung und hin
1239 zur Berücksichtigung sozialer und anderer wichtiger Belange. Die „roten Haltelinien“
1240 seien nicht überschritten worden. Die roten Haltelinien sind eine Schutzvorrichtung
1241 gegen eine Akzeptanz der „Politik des kleineren Übels“. Ihre Einhaltung darf jedoch
1242 nicht zu einem Automatismus der Enthaltung führen. Aus diesem Grund ist es für
1243 unsere Strategie zum Haushalt notwendig, Kriterien an einen Haushalt zu
1244 formulieren, der von der LINKEN getragen werden kann. Die letzte Entscheidung
1245 über das Abstimmungsverhalten der Fraktion zum Haushalt 2012 obliegt einem
1246 Landesrat.

1247 Das Verhalten der Fraktion wurde in der Vergangenheit erst kurz vor der
1248 Abstimmung im Landtag festgelegt. Die Idee, DIE LINKE könne SPD und Grüne
1249 dadurch unter Druck setzen, indem sie ihr Abstimmungsverhalten so lang wie
1250 möglich unklar lässt, ist falsch. Dadurch bleibt man für die eigenen Mitglieder sowie
1251 die Wählerinnen und Wähler unberechenbar. Die Mitglieder brauchen eine
1252 Meinungsbildung zu den wichtigsten Abstimmungen. Öffentlichkeit, Bewegungen,
1253 Wählerinnen und Wähler müssen früh erfahren, wofür Partei und Fraktion stehen,
1254 unter welchen Bedingungen die Fraktion einem Haushalt zustimmt, wann sie sich
1255 enthält und wann sie einen Haushalt ablehnt.

1256 **Für eine Enthaltung zum Haushalt 2012 gelten folgende Kriterien:**

- 1257 - Die Roten Haltelinien dürfen nicht überschritten werden: Kein Sozialabbau,
1258 keine Privatisierungen, kein Personalabbau (weder im ArbeitnehmerInnen-
1259 noch im Beamtenbereich)
- 1260 - Ein substantieller Teil der Steuermehreinnahmen müssen für gesellschaftlich
1261 dringliche Belange (Bildung, Soziales, Stärkung der Kommunalfinanzen,
1262 ökologische Zukunftsfähigkeit, solidarische Ökonomie usw.) ausgegeben
1263 werden.
- 1264 - Dazu gehört die Einführung eines landesweit gültigen Sozialtickets zu
1265 höchstens dem im ALG 2-Eckregelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr im
1266 Nahbereich.
- 1267 - Dazu gehört die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze
1268 im öffentlichen Dienst, was unter anderem die Verkleinerung der Schulklassen
1269 durch die Bereitstellung der Mittel für die Einstellung neuer Lehrerinnen und
1270 Lehrer ermöglichen würde.

1271 - Dazu gehört die Erhöhung der sozialen und ökologischen
1272 Zukunftsinvestitionen. Ein wichtiger Baustein ist insbesondere der Ausbau des
1273 sozialen Mietwohnungsbaus und die energetische Gebäudesanierung. Hierfür
1274 muss die Wohnraumförderung mindestens auf das Niveau erhöht werden, das
1275 SPD und Grüne in der Opposition gefordert haben.

1276 DIE LINKE NRW stimmt nur dann einem Haushalt zu, wenn sie für die Gesamtpolitik
1277 einer Landesregierung die Verantwortung übernehmen kann, weil sie mit unserem
1278 Wahlprogramm in den Grundzügen übereinstimmt.

1279 Ein solcher Haushalt würde einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der
1280 abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, der Benachteiligten und der ökologischen
1281 Zukunftsfähigkeit ausdrücken. Die strukturelle Unterfinanzierung der Länder und
1282 Kommunen ist ein wesentliches Problem für diesen Politikwechsel, weshalb das Land
1283 gegen diese klagen muss.

1284 Ein Politikwechsel wäre unvereinbar mit dem Festhalten von SPD und Grünen an der
1285 so genannten Schuldenbremse und nur im offenen Konflikt mit den Superreichen,
1286 Banken und Konzernen möglich.

1287

1288 **H-2**

1289 **Anforderungen an den Landeshaushalt 2012 und die Strategie der LINKEN.**

1290 Antragsteller: KV Köln

1291 **1)**

1292 Die Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW hat sich zum Nachtragshaushalt 2010
1293 und zum Haushalt 2011 enthalten. Begründet wurde das in beiden Fällen mit einer
1294 moderaten Akzentverschiebung weg vom Primat der Haushaltskonsolidierung und hin
1295 zur Berücksichtigung sozialer und anderer wichtiger Belange. Die „roten Haltelinien“
1296 seien nicht überschritten worden, es sei also kein Sozialabbau, keine Privatisierungen
1297 und kein Personalabbau geplant gewesen.

1298 Diese „roten Haltelinien“ beziehen sich vor allem auf die Situation einer möglichen
1299 Regierungsbeteiligung der LINKEN. Sie sind eine Schutzvorrichtung gegen eine
1300 Akzeptanz der „Politik des kleineren Übels“.

1301 **Werden sie eingehalten, hat dies keineswegs automatisch den Eintritt der**
1302 **LINKEN. in eine Regierung oder – im nordrhein-westfälischen Fall – eine**
1303 **Zustimmung der LINKEN. zum Haushalt zur Folge.**

1304 **2)**

1305 **Für eine LINKE. Strategie zum Haushalt ist es notwendig, sich rechtzeitig**
1306 **auf die Ziel zu verständigen, die DIE LINKE. in den anstehenden**
1307 **Haushaltsberatungen verfolgt.**

1308 Hierzu gehört, Kriterien an einen Haushalt zu formulieren, der von der LINKEN
1309 getragen oder von der LINKEN. durch Enthaltung ermöglicht werden kann.

1310 Die Idee, DIE LINKE. könne SPD und Grüne dadurch unter Druck setzen, indem sie
1311 ihre Strategie und ihr daraus abzuleitendes Abstimmungsverhalten so lang wie
1312 möglich unklar lässt, ist falsch. Stattdessen müssen sich die Mitglieder frühzeitig mit
1313 den strategischen Optionen der Landespolitik befassen und der Fraktion die
1314 grundsätzliche Richtung vorgeben. Öffentlichkeit, Bewegungen und Wähler/innen
1315 müssen rechtzeitig erfahren, wofür Partei und Fraktion stehen, welche Ziel DIE
1316 LINKE. in den anstehenden Haushaltsberatungen verfolgt.

1317 **3)**

1318 Bei der Entscheidung der LINKEN. über den Landeshaushalt 2012 gelten folgende
1319 Kriterien:

1320 - Die „**Roten Haltelinien**“ dürfen nicht überschritten werden, es darf also
1321 keinen Sozialabbau, keine Privatisierungen und keinen Personalabbau geben.

1322 - Ein substantieller Teil der Steuermehreinnahmen müssen für zusätzliche
1323 Investitionen und Ausgaben in **gesellschaftlich dringliche Belange**
1324 ausgegeben werden. Dazu gehört:

1325 + die Einführung eines landesweit gültigen Sozialtickets zu höchstens
1326 dem im ALG 2-Eckregelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr im
1327 Nahbereich;

1328 + die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im
1329 öffentlichen Dienst, vor allem im Bildungsbereich;

1330 + höhere Zuweisungen an die Kommunen, um dort drohendem
1331 Personalabbau und der Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur
1332 entgegenzuwirken;

1333 + die Erhöhung der sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionen.
1334 Ein wichtiger Baustein hierbei ist der Ausbau des sozialen
1335 Mietwohnungsbaus, der energetischen Gebäudesanierung und des
1336 barrierefreien Bauens.

1337 - Die strukturelle Unterfinanzierung der Länder (und Kommunen) ist ein
1338 wesentliches Problem für diesen Politikwechsel, weshalb das Land gegen diese
1339 klagen und eine Bundesratsinitiative einbringen muss.

1340 **4)**

1341 **DIE LINKE. NRW ist Oppositionspartei. Sie würde dennoch einem Haushalt**
1342 **der Landesregierung zustimmen, wenn sie für die politische Grundrichtung**
1343 **dieses Haushaltes die Verantwortung übernehmen kann**, weil er mit unserem
1344 Wahlprogramm in den Grundzügen übereinstimmt.

1345 Ein solcher Haushalt würde einen grundlegenden Politikwechsel im Interesse der
1346 abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, der Benachteiligten und der ökologischen
1347 Zukunftsfähigkeit ausdrücken. Ein solcher Politikwechsel wäre unvereinbar mit dem
1348 Festhalten von SPD und Grünen an der sogenannten Schuldenbremse und nur im
1349 offenen Konflikt mit den Superreichen, Banken und Konzernen möglich.

1350 **5)**

1351 **Die letzte Entscheidung über das Abstimmungsverhalten der Fraktion zum**
1352 **Haushalt 2012 obliegt einem Landesrat.**

1353 Er hat die politische Lage zum Zeitpunkt der bevorstehenden Verabschiedung des
1354 Haushaltes und die Durchsetzung der LINKEN. Haushaltsforderungen zu prüfen und
1355 der Fraktion dann ein Abstimmungsverhalten vorzugeben.

1356 **Anträge zur Landesfinanzordnung und Finanzen**

1357 **F-1**

1358 **Änderung des § 4 der Landesfinanzordnung**

1359 AntragstellerInnen: Landesvorstand DIE LINKE.NRW., Peter Schulte, KV Siegen,
1360 Mitglied des Präsidiums des Landesfinanzrates, Dirk Wilkens-Hagenkötter, KV Soest,
1361 Mitglied des Präsidiums des Landesfinanzrates, Corinna Schönwetter, KV Herne,
1362 Mitglied des Präsidiums des Landesfinanzrates, Bernd Lohren, KV Hamm, Mitglied
1363 des Präsidiums des Landesfinanzrates, Heike Mootz, KV Kleve, Mitglied des
1364 Präsidiums des Landesfinanzrates, LISA NRW

1365 Der Landesparteitag möge beschließen:

1366 Der § 4 Landesfinanzordnung

1367 **§ 4 Eigenfinanzierung und innerparteilicher Finanzausgleich**

1368 Absatz 2, Satz 2:

1369 Im Rahmen des Finanzausgleichs werden die vereinnahmten Mitgliedsbeiträge
1370 grundsätzlich je zur Hälfte auf den Landesverband und den Kreisverband aufgeteilt,
1371 dem das Mitglied angehört.

1372 Soll wie folgt geändert werden:

1373 Im Rahmen des Finanzausgleichs werden die vereinnahmten Mitgliedsbeiträge
1374 grundsätzlich zu 60 % auf den Landesverband und zu 40 % auf den Kreisverband
1375 aufgeteilt, dem das Mitglied angehört. Die Aufteilung 60/40 wird dann überprüft und
1376 dem Landesparteitag zur Neuentscheidung vorgelegt, wenn der Durchschnittsbeitrag
1377 im Landesverband um 1,- € (Stichtag jeweils 31.12.) gestiegen ist.

1378 Begründung:

1379 Der Landesrat im Mai 2011 hat den vom Landesvorstand eingebrachten Haushalt für
1380 das Jahr 2011 mit der Maßgabe zurückgewiesen, in den laufenden Haushalt die
1381 Möglichkeit der Hauptamtlichkeit der Landesgeschäftsführerin / des
1382 Landesgeschäftsführers mit einzubeziehen.

1383 Mit der Beschlussfassung des Haushaltes für 2010 durch den Landesrat wurden 3
1384 Stellen aus dem geschäftsführenden Landesvorstand hauptamtlich gestellt. Auf
1385 eigenen Wunsch blieb die Stelle des Landesgeschäftsführers ehrenamtlich.

1386 Eine vierte Stelle ist aus den laufenden Einnahmen des Landesverbandes nicht zu
1387 gewährleisten. Nach einer ausführlichen Diskussion gingen wir mit der
1388 Beschlussfassung des Finanzplanes 2010 von einer kontinuierlichen
1389 Beitragssteigerung aus, die moderat den Eintrittszahlen der Vorjahre angepasst war.
1390 Es wurde mit einem monatlichen Mitgliederzuwachs von 50 GenossInnen und einem
1391 Durchschnittsbeitrag von 6,- € pro Mitglied im Monat kalkuliert. Beide Prämissen sind
1392 nicht eingetroffen, einerseits stagnieren die Mitgliederzahlen, andererseits liegt der
1393 Durchschnittsbeitrag per 31.12.2010 bei € . 5,76.

1394 Insgesamt hat sich die Situation des Landesverbandes deutlich verbessert. Im Jahr
1395 2010 haben die Kreisverbände insgesamt 735.000,- € allein aus
1396 Mandatsträgerbeiträgen eingenommen, die Landesverbandsebene 200,000,- €. Das
1397 bedeutet für den Landesverband pro 1 € Beitragseinnahme 0,67 €
1398 Mandatsträgerbeitrag. Bei den Kreisverbänden kommen auf 1 € Beitrag 2,45 €
1399 Mandatsträgerbeiträge.

1400 Auf dem KreissprecherInnen- und KreisschatzmeisterInnen-Treffen im Juni 2011
1401 wurde eine Kampagne zur Beitragserhöhung diskutiert und gestartet. Ziel ist es, die
1402 Einnahmen aus Beiträgen zu erhöhen, um die Realisierung der Stelle der
1403 Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers zu gewährleisten. Die
1404 Kampagne läuft gut an, Kreisverbände schließen sich ihr an und werben bei ihren
1405 Mitgliedern dafür. Da aber nicht mit einer sofortigen Erhöhung der
1406 Beitragseinnahmen zu rechnen ist, muss gewährleistet sein, dass dem Antrag des
1407 Landesrates Rechenschaft getragen wird. Dazu dient die vorgeschlagene Änderung
1408 der Finanzordnung, die dann wieder verändert werden soll, wenn die
1409 Beitragseinnahmen entsprechend erhöht werden konnten. Dieses Verfahren wurde
1410 auf dem Treffen von einer deutlichen Mehrheit der Anwesenden unterstützt. Der
1411 Absatz 3 § 4 der Finanzordnung ist von der Änderung nicht betroffen.

1412 **F-2**

1413 **Verzicht auf hauptamtliche GeschäftsführerIn**

1414 Antragsteller: KV Köln

1415 Der Beschluss des Landesrates vom Mai 2011 wird aufgehoben und auf die
1416 Bestellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers wird verzichtet.

1417 Begründung:

1418 Auf der Landesebene sind zurzeit acht hauptamtliche Genossinnen und Genossen
1419 beschäftigt. Vier GenossInnen in der Mitglieder- und Finanzverwaltung, eine
1420 Vorstandsreferentin und je eine hauptamtliche Sprecherin bzw. einen Sprecher. Ein
1421 Genosse nimmt quasi die Funktion eines hauptamtlichen Geschäftsführers war. Die
1422 Personalkosten entsprechen schon heute einem Volumen von 71% der
1423 Beitragseinnahmen. Zusammen mit den Kosten des Geschäftsbetriebes sind dies
1424 86%.

1425 Eine Begründung und die Notwendigkeit für die Einführung eines hauptamtlichen
1426 Geschäftsführers wird nicht angegeben.

1427 Die Einführung einer hauptamtlichen Geschäftsführerin wird eine Änderung der
1428 Verteilung der Beiträge von einem Schlüssel von 50/50 auf 60/40 zu Ungunsten der
1429 Kreisverbände nach sich ziehen. Alternativ droht die Verlagerung von Kosten der
1430 Landesebene hin auf die Ebene der Kreisverbände. Diese Veränderung der
1431 Beitragsverteilung bedeutet einen Einnahmeverlust von bis zu 7000 Euro pro Jahr für
1432 einzelne Kreisverbände. Viele Kreisverbände können einen solchen Einnahmeverlust
1433 nicht kompensieren und sind dann ihrerseits zu harten Sparmaßnahmen bis hin zum
1434 Personalabbau gezwungen.

1435

F-3

1436 **Die Änderung der Landesfinanzordnung solidarisch und zukunftsorientiert**
1437 **umsetzen**

1438 AntragstellerInnen: Günter Blocks, Nina Eumann, Dirk Wilkens-Hagenkötter, Marcus
1439 Köster

1440 *Der Landesparteitag möge – ergänzend zur Änderung der Landesfinanzordnung -*
1441 *beschließen:*

1442 Die zusätzlichen Einnahmen des Landesverbandes in Folge der Änderung von § 4
1443 Abs. 2 Satz 2 der Landesfinanzordnung, die über die tatsächlichen Kosten der
1444 Einführung einer hauptamtlichen LandesgeschäftsführerInnen-Stelle hinausgehen,
1445 werden je zur Hälfte für

1446 - einen solidarischen innerparteilichen Finanzausgleich zu Gunsten der finanz-
1447 und struktur-schwächsten Kreisverbände

1448 - und die zukunftsorientierte Intensivierung der Innerparteilichen Bildungsarbeit
1449 eingesetzt.

1450 Landesfinanzrat und LAK Innerparteiliche Bildungsarbeit werden aufgefordert,
1451 gemeinsam zur ersten-Tagung des Landesrates im Jahr 2012 Beschlussvorlagen zur
1452 konkreten und transparenten Umsetzung dieses Beschlusses vorzulegen.

1453 Der Landesfinanzrat legt die Kriterien zur Mittelvergabe an finanz- und
1454 strukturschwache Kreisverbände fest, wobei kreative Aktivitäten der Kreisverbände
1455 im Mittelpunkt stehen sollen.

1456 Begründung:

1457 Die von Landesvorstand, den PräsidInnen des Landesfinanzrates und LISA NRW
1458 eingebrachte Änderung der Landesfinanzordnung führt (laut den Daten des
1459 vorläufigen Haushaltsplans des Landesverbandes) zu Mehreinnahmen des
1460 Landesverbandes in Höhe von ca. 60.000 Euro pro Jahr. Dies gilt erstmalig für das
1461 Jahr 2012.

1462 Die Einrichtung einer hauptamtlichen LandesgeschäftsführerInnen-Stelle verursacht
1463 (bei analoger Bezahlung zu den drei anderen hauptamtlichen Wahl-Funktionen)
1464 tatsächliche Kosten in Höhe von ca. 50.000 Euro (Arbeitgeber-Brutto) pro Jahr. Die
1465 Differenz in Höhe von ca. 10.000 Euro soll den Kreisverbänden mit diesem
1466 ergänzenden Beschluss unmittelbar, solidarisch und zukunftsorientiert zu Gute
1467 kommen.

1468 Sollte der/die künftige LandesgeschäftsführerIn ganz oder teilweise auf seine
1469 Gehaltsansprüche verzichten, entscheidet der Landesfinanzrat auf Vorschlag des
1470 Präsidiums des Landesfinanzrates über die haushalterische Einstellung.

1471

F-4

1472 **Fahrgeldtopf**

1473 Antragsteller: KV Leverkusen

1474 Der Landesverband DIE LINKE NRW beschließt einen Fahrgeld Topf, der Geld
1475 bereithält, um Bundesweite Termine (Seminare, Fortbildungen ect) für GenossInnen
1476 mit sehr geringem Einkommen zu ermöglichen und deren demokratische Teilhabe
1477 sicherstellt.

1478 Begründung:

1479 Die unten genannten § 4 und 9 unserer Satzung betreffen auch Menschen mit
1480 geringen Einkommen, so ist es vorgekommen das der Landesvorstand die
1481 Fahrtkosten zu bundesweiten Fortbildungen verweigert hat.

1482 Das schließt Menschen mit geringen Einkommen von guter politischer Weiterbildung
1483 aus weil diese sich die Fahrtkosten nicht leisten können.

1484 Sie werden dadurch diskriminiert und es liegt ein Satzungsverstoß vor.

1485 **§ 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

1486 (1) Jedes Mitglied hat das Recht, im Rahmen dieser Bundessatzung und der
1487 beschlossenen Geschäftsordnungen

1488 a) an der Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken, sich über alle
1489 Parteiangelegenheiten zu informieren und zu diesen ungehindert Stellung zu
1490 nehmen,

1491 b) an Veranstaltungen, Wahlen, Abstimmungen und der Gremienarbeit der Partei
1492 teilzunehmen.

1493 sowie

1494 **§ 9 Gleichstellung**

1495 (1) Die Förderung der Gleichstellung der Mitglieder und die Verhinderung jeglicher
1496 Art von Diskriminierung bilden ein Grundprinzip des politischen Wirkens der Partei.
1497 Jeder direkten oder indirekten Diskriminierung oder Ausgrenzung ist durch alle
1498 Parteimitglieder entschieden zu begegnen.

1499 (2) Die Rechte von sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten in der
1500 Mitgliedschaft, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung, sind durch die
1501 Vorstände der Partei und der Gebietsverbände besonders zu schützen. Ihre
1502 Repräsentanz und Mitwirkung im Meinungs und Willensbildungsprozess der Partei ist
1503 zu fördern.

1504 (3) Der Meinungs- und Willensbildungsprozess in der Partei, ihre Gremienarbeit und
1505 ihr öffentliches Wirken ist durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände so
1506 zu gestalten, dass auch Berufstätige, Menschen, die Kinder erziehen oder andere
1507 Menschen pflegen, Menschen mit sehr geringem Einkommen und Menschen mit
1508 Behinderung umfassend und gleichberechtigt daran mitwirken können.

1509 (4) Für alle politischen Veranstaltungen und Gremien auf Bundesebene wird eine
1510 qualifizierte Kinderbetreuung angeboten. Das Angebot besteht unabhängig von der

1511 Anzahl der angemeldeten Kinder. Die Kosten übernimmt die Bundespartei in vollem
1512 Umfang.

1513 **Anträge zur Programmdebatte**

1514 **P-1**

1515 **Programmdebatte – Feministische Eröffnung des Programms der LINKEN**

1516 Antragsteller: Landesvorstand

1517 Der Landesverband Nordrhein-Westfalen unterstützt den von Frauen
1518 strömungsübergreifend erarbeiteten Text „Feministische Eröffnung – Die Politik der
1519 LINKEN – Politik um Zeit“ für den Programmentwurf (Text als Anlage) und
1520 unterstützt auf dem Programmkonvent im Oktober das Anliegen der
1521 Antragsstellerinnen, diesen an herausgehobener Stelle im Programm zu
1522 berücksichtigen.

1523 Begründung:

1524 Der Schritt zu einer auch feministischen Partei, die DIE LINKE vom Anspruch her sein
1525 will, ist groß. Es bedeutet aber auch, dass die Analyse der Geschlechterverhältnisse
1526 zentral ist für die Analyse der Gesellschaft, für die Politik.

1527 Die Antragstellerinnen der feministischen Eröffnung haben versucht, den bisherigen
1528 Passus „Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“ umzuarbeiten. Es ging nicht, weil
1529 auch die Tatsache, dass dies so spät, so beiläufig und so ungeordnet angehängt ist,
1530 ein Effekt ist einer nicht wirklich durchdachten Grundlegung. Die Änderung muss in
1531 Standpunkt und Perspektive, in Aufbau und Gliederung, in die Grundlagen des
1532 Programms selbst eingreifen.

1533 Deswegen muss das Programm also nicht mit Gleichstellung beginnen, sondern mit
1534 den Kämpfen um Zeit und den großen Teilungen der Arbeit. Hier wurde
1535 programmatisch historisch und kritisch verfahren aufgeschrieben, wie in einem
1536 Grundsatzprogramm nötig. Es ist länger geworden als geplant, weil so vieles erst
1537 aufgearbeitet werden musste. Vielerorts entstandene Einwürfe wurden eingearbeitet.
1538 Schließlich musste in die gesamte Geschichtsschreibung eingegriffen werden, um die
1539 vergessenen Geschlechterverhältnisse ans Licht zu holen.

1540 **Feministische Eröffnung – Die Politik der LINKEN – Politik um Zeit**

1541 **Ergänzungsantrag an den Programmentwurf**

1542 **EinreicherInnen:** Beauftragtenrat der Linksjugend solid Sachsen; Landesvorstand
1543 DIE LINKE Sachsen (Einfügung an herausgehobener Stelle), Landesvorstand DIE
1544 LINKE. NRW; LISA Kreis Rhein-Sieg (NRW); LISA Nordrhein-Westfalen, Margrit
1545 Albers, Niedersachsen; Astrid Andrzejewski, Niedersachsen; Jacqueline Bartrow-
1546 Reitz, Hessen; Uta Berlet, Niedersachsen; Heike Boldt, Landesvorstand
1547 Niedersachsen, Giesela Brandes-Steggewentz, Niedersachsen, Landesvorsitzende;
1548 Ellen Breitling, Baden-Württemberg; Antonie Brinkmann, Bremen, Kreisvorstand
1549 Links der Weser; Hanne Burmester, Niedersachsen; Barbara Cárdenas, Hessen, MdL;
1550 Anna Carmienke, Niedersachsen; Anna Conrads, NRW; Jürgen Danneberg, Baden-
1551 Württemberg; Martina Dege, Hessen; Andrei Draghici, Berlin; Michaela Duhme,
1552 Baden-Württemberg; Roswitha Eckstein, Baden-Württemberg; Alexandra Erikson,

1553 Rheinland-Pfalz; Nina Eumann, Landesschatzmeisterin DIE LINKE.NRW; Wolfgang
1554 Falk, NRW; Julia Fock, Landesvorstand Niedersachsen; Karsten Färber,
1555 Niedersachsen, Pressesprecher KV Goslar, Sprecher Landesbildungskommission; Tina
1556 Flauger, Niedersachsen, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE; David Frühling,
1557 Baden-Württemberg; Edelgard Gräfer, Niedersachsen; Alexander Haas, Berlin;
1558 Hansjörg Hafner, Baden-Württemberg; Silke Hähnel, Nordrhein-Westfalen; Helmut
1559 Hampl, Bayern; Sonja Hanselmann, Baden-Württemberg; Frigga Haug, Baden-
1560 Württemberg; WolfgangFritz Haug, Baden-Württemberg; Gertrud Hauser, Baden-
1561 Württemberg; Edith Held, Baden-Württemberg; Hans Hermann, Baden-
1562 Württemberg; Werner Hesse, Niedersachsen; Kristin Hofmann, Sachsen; Elke
1563 Hoheisel-Adejolu , Nordrhein-Westfalen; Ute Hüfler, Baden-Württemberg; Alexander
1564 Janke, Wien; Negen Jansen, Nordrhein-Westfalen; Regina Jürgens, AG b&g-
1565 Sprecherin Hamburg, Hermann Jürgens, Hamburg; Susanna Karawanskij, Sachsen,
1566 Mitglied des Landesvorstandes; Georg Kehrner, Baden-Württemberg; Gwendolyn
1567 Keinarth, Baden-Württemberg; Julia Keinarth, Baden-Württemberg; Annette Keles,
1568 Baden-Württemberg; Ernst Kern, Baden-Württemberg; Anja Kindo, Landesvorstand
1569 Niedersachsen; Katja Kipping, Sachsen, Stellvertretende Parteivorsitzende; Julia
1570 Kohlmann, Baden-Württemberg; Albrecht Kotitschke, Baden-Württemberg; Brigitte
1571 Kotitschke, Baden-Württemberg; Claudia Krack-Kaup, Hessen; Lena Kreck, Berlin;
1572 Uta Kruse, Baden-Württemberg; Harald Kulhanek, Brandenburg; Karina Lange,
1573 Nordrhein-Westfalen; Gabi Lenkenhoff, Nordrhein-Westfalen, Frauenbeauftragte ;
1574 Roland L'Hoste, Baden-Württemberg; Frank Christian Ludwig, Sachsen, Ortsvorstand
1575 Dresden-Prohlis; Torben Lüth, Berlin; Anja Mayer, Bayern; Klaus Mayer, Baden-
1576 Württemberg; Jutta Meyer-Siebert, frauenpolit. Sprecherin Landesvorstand
1577 Niedersachsen; Cornelia Möhring, Schleswig-Holstein, Frauenpolitische Sprecherin
1578 LINKSFRAKTION; Cornelia Muletz, Baden-Württemberg; Margot Müller, feministische
1579 Partei; Monika Müller-Bentrend, Baden-Württemberg; Richard Neumann, Baden-
1580 Württemberg; Silvia Ofori, Baden-Württemberg, Mitglied des Landesvorstandes; Gabi
1581 Ohler, Mitglied des Parteivorstandes; Brigitte Ostmeyer, Baden-Württemberg,
1582 Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE; Kathrin Paul, Baden-Württemberg; Carmen
1583 Person, Baden-Württemberg; Peschl, Baden-Württemberg; Monika Popien,
1584 Landesvorstand Niedersachsen; Silvi Rehberger, Baden-Württemberg; Jürgen
1585 Reinhardt, Thüringen; Bernd Röhl, Baden-Württemberg; Kerstin Rudek,
1586 Niedersachsen; Birgit Rühlke, Niedersachsen; Heidi Scharf, Baden-Württemberg;
1587 Manuela Schon, Hessen, Kreisvorsitzende DIE LINKE Wiesbaden, frauenpolit.
1588 Sprecherin Landesvorstandes; Melanie Stitz, NRW; Katharina Schwabedissen, NRW,
1589 Landessprecherin; Sna Schwarz, Baden-Württemberg; Cornelia Senne, Nordrhein-
1590 Westfalen; Peter Sirch, Baden-Württemberg; Sybille Stamm, Baden-Württemberg,
1591 Mitglied des Landesvorstandes; Jürgen Stamm, Baden-Württemberg; Ulrike Still,
1592 Hessen, Sprecherin Ortsverband Gelnhausen; Bettina Stratmann, Rheinland-Pfalz;
1593 Pamela Strutz, NRW, Stellvertretende Landessprecherin; Cornelia Swillus- Knöchel,
1594 NRW, Frauenpolitische Sprecherin; Roya Talischi, Nordrhein-Westfalen, Sprecherin
1595 LISA Rhein-Sieg; Maren ten Wolde; Maren ten Wolde, Niedersachsen; Beatrix Vogel,
1596 Nordrhein-Westfalen; Alexander Walther, Baden-Württemberg; Raik Weber, Berlin;
1597 Jörn Wegner, Berlin; Holger Weidauer, Sachsen, Sprecher des Landesrates; Susanne
1598 Weiss, Baden-Württemberg; Bärbel Wilgermein, Niedersachsen

1599

1600 **Vor die bisherige Präambel möchten wir folgenden Text einfügen:**

1601 **Feministische Eröffnung**

1602 **"Die Politik der LINKEN - Politik um Zeit"**

1603 Die Geschichte ist voll von Kämpfen um Aneignung. Das Land soll denen gehören,
1604 die es bestellen; die Maschinen denen, die sie bedienen. Als Linke, die den Aufbruch
1605 in einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhundert in Angriff nehmen, fügen
1606 wir dieser Erzählung ein neues Kapitel hinzu: den Einsatz für die Aneignung der Zeit.
1607 Sie soll denen gehören, die sie leben.

1608 Von **der Arbeit und ihrer Verteilung** aus begründet sich alle Herrschaft, lassen
1609 sich gegenwärtige Krisen, lässt sich unsere Politik begreifen. Immer geht es um die
1610 Verfügung über Arbeitskraft, die eigene oder fremde, so dass alle Politik und
1611 Ökonomie hier ihren Anfang und ihr Ziel findet, indem sie letztlich um die **Zeit**
1612 streitet, in der Menschen tätig sind. Skizzieren wir die historische Entwicklung:

1613 Menschen eignen sich ihr Leben gemeinschaftlich an, indem sie die Natur umge-
1614 stalten, in Lebensmittel für sich verwandeln und in angemessene Lebens-
1615 bedingungen. Im Laufe der Geschichte gelang es, die Produktivkräfte, also den
1616 Kräfteinsatz bei der notwendigen Arbeit immer weiter zu entwickeln, und somit die
1617 fürs Überleben nötige Arbeitszeit zu verkürzen. Dadurch wird Zeit für weitere
1618 Entwicklung frei. Eine Teilung der Arbeit wird möglich, die weitere Tätigkeiten
1619 aufzunehmen erlaubt, statt bloß von der Hand in den Mund sich abzurackern. Diese
1620 Teilung der Arbeit beschleunigt den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess und
1621 ermöglicht zugleich mit der Entstehung des Privateigentums Herrschaft als
1622 Verfügung über die Arbeitskraft anderer. Klassenkämpfe bestimmen den Fortgang
1623 der Geschichte, die auf vier großen Arbeitsteilungen basiert: der Teilung von Frauen-
1624 und Männerarbeit, von Stadt und Land, von körperlicher und geistiger Arbeit, und
1625 der Pseudoarbeitsteilung von Arbeit und Nichtarbeit. Die Kämpfe um Arbeit sind
1626 Kämpfe gegen Herrschaft in den Befestigungen der historischen Teilungen, also
1627 gegen die Herrschaft über Frauen, gegen die Abhängung der ländlichen Regionen
1628 von der weiteren kulturellen Entwicklung, gegen die Ausbeutung der Natur, gegen
1629 die Herrschaft der Köpfe über die Hände und schließlich der Reichen über die Armen.
1630 Es ist wichtig, die Formen zu studieren, in die die Arbeiten in der historischen
1631 Entwicklung geraten. Von hier aus bestimmen wir unsere Politik, in der Perspektive
1632 des Abbaus von Herrschaft und konkret hier und jetzt.

1633 *Wir tun dies, wenn wir für Gleichstellung oder gleiche Löhne streiten, selbst wenn*
1634 *dies nur Mittel sind auf dem Weg in eine gerechtere Gesellschaft; wenn wir uns*
1635 *einmischen in die Agrarpreise und die Fragen der Energiegewinnung, wo es um*
1636 *Ressourcen geht, die wir der nächsten Generation hinterlassen; selbstverständlich,*
1637 *wenn es um die Qualität von Fürsorge, also auch Gesundheitsversorgung, um die*
1638 *Alten, um das Miteinander in Gesellschaft geht; wenn wir den Hunger in der Welt*
1639 *skandalisieren und die Managergehälter und Vergütungen der Oberen in die*
1640 *Waagschale werfen; und vor allem, wenn wir Bildung so ausrichten wollen, dass alle*
1641 *Menschen sich wehren können und in Fragen der Gesellschaftsgestaltung kompetent*
1642 *werden zum Mitmachen.*

1643 **Die Teilung in Frauen- und Männerarbeit** gilt als die früheste der Teilungen, bei
1644 der den Frauen die Arbeiten „unter dem Dach“ – alle Sorge für das Überleben von
1645 Menschen, einschließlich der Kinder, der Kranken und der Alten – oblag und den
1646 Männern die Arbeiten außer Haus, vornehmlich auf dem Feld – beim Ackerbau und
1647 dann auch im Krieg. In der Form der Familie, in der diese Arbeitsteilung ihre
1648 Organisationsform fand, wurden Frauen und Kinder Eigentum des Mannes, der über
1649 Arbeitskraft und den sexuellen Körper der Frau verfügte. Marx und Engels nennen
1650 daher Frauen als erste unterdrückte Klasse („die welthistorische Niederlage des
1651 weiblichen Geschlechts“) und die Familie als ökonomische Form, in der alle späteren
1652 Entwicklungen schon im Keim vorhanden sind. Rosa Luxemburg skizziert die
1653 besondere Geschichte der Frauen: „Schwer hat die Frau des Volkes seit jeher
1654 gearbeitet. In der wilden Horde schleppt sie Lasten, sammelt Lebensmittel; in dem
1655 primitiven Dorfe pflanzt sie Getreide, mahlt, formt Töpfe; in der Antike als Sklavin
1656 bedient sie die Herrschaft und säugt deren Sprösslinge mit ihrer Brust; im Mittelalter
1657 front sie in der Spinnstube für den Feudalherrn. Aber seit das Privateigentum
1658 besteht, arbeitet die Frau des Volkes meist getrennt von der großen Werkstatt der
1659 gesellschaftlichen Produktion, also auch der Kultur, eingepfercht in die häusliche
1660 Enge eines armseligen Familiendaseins. Erst der Kapitalismus hat sie aus der Familie
1661 gerissen und in das Joch der gesellschaftlichen Produktion gespannt, auf fremde
1662 Äcker, in die Werkstätten, auf Bauten, in Büros, in Fabriken und Warenhäuser
1663 getrieben.“ (GW 3, 410)

1664 Elemente der familialen Herrschaftsform blieben in Deutschland rechtlich bis ins 21.
1665 Jahrhundert erhalten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das Ehegattensplitting,
1666 welches die Aufteilung in einen – meist männlichen – Hauptverdiener und eine –
1667 meist weibliche – Hinzuverdienerin befördert, ist in Steuerrecht geronnenes
1668 Überbleibsel dieser Arbeitsteilung. In der kulturellen Tradition ist sie bis heute
1669 verankert und bestimmt die Lage von Frauen weltweit. Die Arbeit der Männer außer
1670 Haus – auf der Jagd, in der Politik, im Krieg – zeigte wiederum mit den hier
1671 entwickelten Produktivkräften, dass ein Überschuss produziert werden konnte, der
1672 zur Grundlage der weiteren Arbeitsteilung wurde. In der Abfolge der verschiedenen
1673 Herrschaftsformen – mit den Gestalten Sklaven, Pächter, Lohnarbeiter – erwies sich
1674 die Form der Lohnarbeit und mit ihr der Kapitalismus als die Gesellschaftsform, die
1675 am rastlosesten die Produktivkräfte der Arbeit entwickelte, den Arbeiter freisetzte –
1676 die Frauen blieben halbfeudal Eigentum ihrer Männer – und den stets wachsenden
1677 Reichtum der Arbeit gegen die Arbeitenden verwandte. Um die entsprechende
1678 Verkürzung des Arbeitstages wird seit Beginn der Industrialisierung gekämpft.
1679 Jedoch sind weiterhin Überarbeitung der einen und Erwerbsarbeitslosigkeit wider
1680 Willen bei den anderen die vom Kapital eingesetzten und durch entsprechende Politik
1681 gestützten Mittel, die Profite wachsen zu lassen.

1682 Der Kapitalismus gedeiht und wächst auf dieser Grundlage der Einverleibung von
1683 Bereichen, die selbst nicht kapitalistisch organisiert sind: Das bedeutet
1684 Imperialismus nach außen, indem neue Absatzmärkte und Rohstoffe erobert und
1685 nicht-kapitalistische Gemeinwesen zerstört werden und Kolonialismus nach innen,
1686 indem die Versorgung der Bevölkerung familiär – nicht nach Profitgesichtspunkten
1687 geschieht.

1688 Es liegt auf der Hand, dass in diesen durch Arbeitsteilung fundierten Verhältnissen
1689 die Kämpfe um die Zeit und ihre Verfügung von beiden Geschlechtern geführt
1690 werden. Vom Standpunkt der Reproduktion der Gesellschaft sieht man, wie vor allem
1691 Frauen gefordert sind, sich der Wiederherstellung der – in vielen Regionen und
1692 Familien immer noch - vornehmlich männlichen Lohn-Arbeitskraft ohne die übliche
1693 Bezahlung anzunehmen, während die Lohnarbeiter gehalten sind, sich der
1694 industriellen Disziplin so zu unterwerfen, dass ihre Arbeitskraft für die Ernährung der
1695 Familie ausreicht. Historisch moralisch führt dies zur staatlich geschützten Form der
1696 Familie, der heterosexuellen Monogamie, dem sorgenden Ehemann, der abhängigen
1697 Hausfrau. Eine kulturelle Ordnung, die sich seit dem Ende des Fordismus – also seit
1698 den 1970er Jahren – zunehmend zersetzt, ein Prozess, der wiederum vom
1699 Neoliberalismus vorangetrieben wird. Die Losung „Jede ihre eigene Unternehmerin,
1700 Jeder sein eigener Unternehmer“ kann auf Befreiungshoffnungen setzen: aus der
1701 Enge der häuslichen Sphäre für die einen, aus der Fron der Arbeitskraftausbeutung
1702 für die anderen. Unter bleibenden kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch
1703 vorläufiges Resultat: eine „Befreiung“ der Hausfrauen und Mütter vom männlichen
1704 Ernährer in die Alleinerzieherschaft und die Armut für mehr als die Hälfte der Frauen
1705 mit Kindern; die Zunahme eines weiblichen Prekariats, so dass die weibliche
1706 Erwerbsquote mit Teilzeitjobs sprunghaft steigt und zugleich ebenso die Krankheits-
1707 quote bei der Überbeanspruchung durch das tägliche Bemühen um „die Vereinbarkeit
1708 von Beruf und Familie“. Und eine wachsende Erwerbslosigkeit der Männer, die
1709 strukturell ist, weil die entwickelten Produktivkräfte ein geringeres Ausmaß an
1710 lebendiger Arbeit brauchen.

1711 In dieser Lage werden alle Forderungen nach Gleichstellung, nach besseren Familien,
1712 nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur zu schnell zur Befestigung alter
1713 Zwangsjacken genutzt und in ihr Gegenteil verkehrt. Wir wollen die neuen
1714 „Freiheiten“ zu wirklichen machen, indem unsere Reformvorschläge zwar in der
1715 Perspektive einer insgesamt gerechteren Gesellschaft gemacht werden, jedoch sich
1716 zunächst auf Existenzsicherung beziehen müssen, die Veränderung überhaupt erst
1717 möglich macht. Neben der zentralen Forderung nach einer allgemeinen Verkürzung
1718 des Erwerbsarbeitstages für alle und eines Rechts auf einen solchen, tritt die der
1719 Existenzsicherung. Alle müssen von den Einkünften, die sie erzielen, würdig leben
1720 können und alle sollen in die Lage versetzt werden, an den verschiedenen Tätigkeits-
1721 bereichen, also der Erwerbsarbeit, der Familien- und Sorgearbeit, der gesellschaft-
1722 lichen Arbeit ebenso wie der politischen Gestaltung teilhaben zu können.

1723 **Die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land** ist ein Thema, mit dem wir
1724 Heutigen wenig zu tun zu haben scheinen. Die meisten sind Stadtbewohnende und
1725 erinnern Landprobleme aus Geschichtsbüchern oder als Sommerurlaub auf dem
1726 Bauernhof. Und doch sind es die gleichen ungelösten Fragen, die uns auf den Nägeln
1727 brennen: Sie haben sich nur dramatisch verschoben als Wegzug der jungen
1728 Menschen aus den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer, insbesondere der
1729 Frauen, als Migrationsströme über den gesamten Globus, als Verwandlung großer
1730 Landstriche in Ernährungs- und zugleich Profitquellen in den sogenannten „Dritten
1731 Welten“ für die Ersten. Als Hunger für die einen und Überfluss für wenige. Die
1732 Entstehungs-geschichte zu verfolgen heißt Eingriffspunkte und Weichenstellungen
1733 erkunden.

1734 Diese Stadt-Landtrennung erhält ihre Dynamik mit der Entstehung des Eigentums an
1735 Boden, der in der landwirtschaftlichen Arbeit Knechtschaftsbedingungen
1736 hervorbrachte. Die Notwendigkeit, Land zu pachten, um seine Subsistenz zu
1737 erarbeiten, schuf Formen von Abhängigkeit, die aus der Bauer_innenschaft ein Heer
1738 von Armen erzeugte. Die Abgaben wurden so hoch, dass eine Bauernfamilie trotz
1739 ständiger Arbeit rund um die Uhr kein Auskommen für sich erwirtschaften konnte.
1740 Die Aufstände der Bauern gegen ihre elenden Lebensbedingungen gingen als Bauern-
1741 kriege in die Geschichte ein. Die Bauern verloren. Ihr Vermächtnis „Unsere Enkel
1742 fechten's besser aus“, gehört zum Uneingelösten für eine Linke.

1743 Die Vertreibung der armen Landarbeiter_innen vom Land, die als ursprüngliche
1744 Akkumulation des Kapitals bezeichnet wird, schuf eine mittellose Schar von
1745 Menschen, welche in die in Handwerk und Handel aufgeblühten Städte trieb, um dort
1746 das erste Heer der Lohnarbeitenden in der Entstehungszeit der Industrie zu bilden.
1747 Die rasante industrielle Entwicklung brachte schnell wachsenden Reichtum für die
1748 Fabrikherren. Sie brachte auch eine Überordnung der Stadt über das Land und eine
1749 entsprechende Unterordnung und eine ähnliche Geringschätzung der ländlichen
1750 Arbeit, wie sie die Frauenarbeit trifft. Während sich die Zivilgesellschaft in den
1751 Städten entwickelte, die zugleich Sitz staatlicher Verwaltung waren, blieb auf dem
1752 Land das von der Kirche gestützte Patriarchat mit seiner Unterdrückung der Frauen
1753 bis in unsere Zeit erhalten. Hier brachte das Fernsehen eine große Veränderung.

1754 In den staatssozialistischen Ländern gehörte die „Aufhebung der Trennung von Stadt
1755 und Land“ zu den expliziten Aufgaben. Dabei ging es um „kulturelle Versorgung“,
1756 aber vor allem um eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen durch genossen-
1757 schaftliches Eigentum (Technisierung der Landwirtschaft, Verkürzung der
1758 Arbeitszeiten besonders für die Frauen). Diese Verschiebung des Eigentums in die
1759 Genossenschaften (auch als Zwangskollektivierung bekannt) hatte den widersprüch-
1760 lichen Effekt, zwar die Arbeitszeiten zu verkürzen, Urlaub zu ermöglichen usw., aber
1761 zugleich ging damit der Impuls, sich ganz einzusetzen, die Verantwortung und der
1762 damit nötige Einsatz nach und nach verloren. Nach dem Untergang der DDR und der
1763 Rückverteilung des Landes als individuelles Eigentum blieben die Fragen von
1764 Überarbeit und relativer Armut. Bis heute können die auf dem Lande Tätigen kein
1765 ausreichendes Eigentum erwirtschaften.

1766 Streiks, Aufstände und Kampf um Subventionen sind Antworten auf die ungleich-
1767 zeitige Lage der in der Landwirtschaft Tätigen. Nach der Verstädterung der meisten
1768 industriellen Länder verlagern sich die gesellschaftliche Ungleichheit und die
1769 Reproduktion ländlicher Armut auf die Rohstofflieferanten aus der sogenannten
1770 „Dritten Welt“. Die Landlosenbewegungen aus diesen Ländern kämpfen um ihr
1771 Grundrecht auf Land als Überlebensgrundlage, lange bevor sie am Reichtum des
1772 Stadtlebens teilhätten. Die Perspektive der Aufhebung der Arbeitsteilung von Stadt
1773 und Land, um die gesellschaftliche Entwicklung gleicher und humaner zu gestalten,
1774 hat sich verschoben in den elementaren Kampf um die Ressourcen der Erde.

1775 Auch von der **Arbeitsteilung von Kopf und Hand** zu sprechen und ihre
1776 Entwicklung zu verfolgen, hört sich zunächst veraltet an. Die Entwicklung der
1777 Produktivkräfte hat die Handarbeit bis auf eine Restgröße schrumpfen lassen. Auch
1778 industrielle Arbeit ist heute weitgehend Kopfarbeit. Aber in der Trennung von Kopf-

1779 und Handarbeit lag Herrschaft. Die Geschichte dieser Trennung und Verwandlung zu
1780 folgen ist notwendig, um zu begreifen, wie trotz aller Durchmischung im Großen und
1781 Ganzen die Herrschaft der Oberen über die Unteren, also Fügsamkeit und Akzeptanz
1782 einer Führung, die die Unteren ärmer macht, geblieben sind.

1783 Die Trennung von Kopf- und Handarbeit ist Grundlage für die Herausbildung
1784 spezieller intellektueller und ideologischer Stände, die an der Reproduktion von
1785 Herrschaft und auch an ihrer Infragestellung arbeiten. Diese Trennung begleitet die
1786 Geschichte der Arbeit und ist Grundlage für die Entwicklung von Maschinerie, die
1787 zunächst die immer einfacheren Handtätigkeiten auf die Maschine übertrug. Sie hat
1788 im Taylorismus/Fordismus einen Höhepunkt erreicht. Mit der Computerisierung der
1789 Arbeitswelt geraten die alten Hierarchien durcheinander. Es wird schwierig zu
1790 bestimmen, was Hand- was Kopfarbeit ist und damit auch, was Männer-, was
1791 Frauenarbeit. Die gewerkschaftlichen Kämpfe um gute Arbeit verlieren ihre alten
1792 Kriterien, wonach etwa Hitze, Lärm, Staub, Enge eingeschränkt oder besser bezahlt
1793 gehörten.

1794 Das digitale Zeitalter braucht weniger lebendige Arbeit im industriellen Prozess. Die
1795 eingesparte notwendige Erwerbsarbeitszeit hätte durch eine allgemeine Arbeitszeit-
1796 verkürzung für alle in ein mehr an frei verfügbarer Zeit für alle fließen und somit in
1797 mehr Zeitwohlstand für alle münden können. Jedoch vollzog sich das Gegenteil. Um
1798 mit Andre Gorz zu sprechen: Je weniger Arbeit es für alle gab, um so mehr tendiert
1799 die individuelle Arbeitszeit dazu, länger zu werden. Die Kapitalbesitzenden konnten
1800 den Umbruch in den Produktivkräften für sich nutzen, indem sie die eingesparte
1801 Arbeitszeit in eingesparte Erwerbsarbeitsplätze verwandelten und die gewerks-
1802 chaftliche Gegenwehr geschwächt wurde. Geschwächt wurde die Gegenwehr auch
1803 dadurch, dass ein alternatives Kampfkonzzept noch aussteht.

1804 In der Trennung der geistigen von der körperlichen Arbeit finden sich die Frauen von
1805 Anfang an quasi natürlich auf der Seite der körperlichen Arbeit. Und dies nicht auf
1806 Grund unterstellter typisch weiblicher Wesensmerkmale, sondern auf Grund von
1807 gesellschaftlichen Verhältnissen, die ihnen im Zuge der Arbeitsteilung die weniger
1808 angesehenen Arbeiten – namentlich die der Familienarbeit, der Hausarbeit, der
1809 Pflege – kurz der „Reproduktion“ – zuwies. Die Herausbildung einer führenden Elite
1810 wurde hingegen vorrangig Männerwerk. Die Folgen reichen bis in unser Jahrhundert,
1811 in dem die Eroberung der Leitung von Wirtschaft und Politik durch Frauen eigene
1812 Anstrengungen und eine eigne Kultur braucht, um die zu kämpfen ist.

1813 Die mikroelektronische Revolution stellt eine neue Stufe der Entwicklung der Produk-
1814 tivkräfte dar. Im Zuge dieses technischen Fortschritts verringert sich nicht nur die
1815 notwendige Arbeitszeit, es verändert sich auch der Charakter der Produkte. Da die
1816 Maschinen immer mehr materielle Produktion übernehmen, sind zunehmend mehr
1817 Menschen an der Produktion immaterieller Güter, also z.B. Wissen beteiligt. Im
1818 Gegensatz zu materiellen Produkten wird Wissen nicht dadurch weniger, dass man es
1819 vielen zur Verfügung stellt: Wenn zwei Personen sich einen Stuhl teilen, hat jeder
1820 nur einen halben. Teilen sich aber zwei Personen jeweils ihre Ideen mit, so haben sie
1821 nach dem Austausch mehr Ideen als vorher. Das Wissensprodukt entfaltet seine
1822 ganze Produktivität nicht im privaten Gebrauch, sondern gerade durch öffentliches
1823 Zur-Verfügung-Stellen. Erst in der Aneignung durch die Vielen entfaltet das Wissen

1824 seine ganze produktive Wirkung. In verschiedenen Bereichen (Wissenschaft, phar-
1825 mazeutische Industrie, Software-Entwicklung, Kreativbranche) wird insofern
1826 zunehmend augenfällig, dass die private Verfügung über Wissen die ökonomischen
1827 Potentiale der Gesellschaft behindert.

1828 In unseren Zeiten hört sich die Frage Trennung von Arbeit und Nichtarbeit so an, als
1829 sprächen wir von Erwerbslosigkeit. In der Sozialtheorie ist diese Trennung jedoch
1830 nicht als Trennung zwischen Erwerbslosen und Erwerbsarbeitsplatzinhabenden – also
1831 innerhalb der Klasse – herausgearbeitet worden. Vielmehr geht es hier um die
1832 Trennung zwischen denjenigen, die nur ihre Arbeitskraft als Ware haben und
1833 denjenigen, die über Eigentum an Produktionsmitteln ohne eigene Leistung verfügen.
1834 Diese Unterscheidung ist zentral. Konnte doch auch in der Sozialdemokratie die Kritik
1835 der Nichtarbeit, die sich historisch auf die Ausbeutung der Arbeitskraft auf Grund von
1836 Eigentum bezog, verkehrt werden in negative Einstellungen gegenüber Erwerbslosen.
1837 Und diese wiederum geronnen im Zuge der Agenda 2010 in Zustimmung zu
1838 Gesetzen wie Hartz IV, einen Angriff auf Grundrechte und die Teil-habe aller.

1839 So widersprüchlich die einzelnen Teilungen sind als Elemente von Fortschritt ebenso
1840 wie von Herrschaft, so auch die Teilung in Arbeit und Nichtarbeit: Sie begleitet die
1841 Geschichte der Menschen zunächst als Herrschaft, in dem die einen, auf Grund ihres
1842 Besitzes genießen, was die anderen, die nichts als ihre Arbeitskraft haben, erwirt-
1843 schaften. Mit Beginn des Kapitalismus wird auch Ausbeutung eine eigene Arbeit, die
1844 der Leitung. Die Empörung der im Erwerbsleben Tätigen aber wird missbraucht, um
1845 die aus der Erwerbsarbeit herausgefallenen mit zusätzlicher Verachtung zu belegen.
1846 Das Spannungsfeld wird zunehmend ein ideologisch umkämpftes Terrain. In ihm
1847 entfalten sich Alternativbewegungen, die etwa im Kampf um ein bedingungsloses
1848 Grundeinkommen die Verknüpfung von sozialer Sicherheit mit Kontrolle über den
1849 Arbeitseinsatz als einen Zusammenhang begreifen, kapitalistische Disziplin zu
1850 reproduzieren. Ihr Aufbruch sollte in ihrem Beharren, dass die „sozialen Garantien
1851 des Lebens“ (Luxemburg) in einer modernen und in einer demokratischen Gesell-
1852 schaft allen gewährt werden müssen, verknüpft werden mit dem Verlangen, die Zeit,
1853 die die einzelnen in der Erwerbsarbeit verbringen, auf das historisch notwendige Maß
1854 zurückzudrängen.

1855 Linke Sozialpolitik heute muss Doppeltes leisten: Zum einen die Angriffe auf die
1856 bestehenden Sozialsysteme abwehren und zum anderen die bestehenden Unge-
1857 rechtigkeiten im Sozial- und Steuerrecht überwinden. Etappen in Richtung eines
1858 demokratischen Sozialstaates sind gleicher Lohn für gleichwertige Leistung, die
1859 Forderung nach einem Mindesteinkommen, eine „soziale Garantie“ überhaupt zu
1860 existieren. Diese ist eingebettet in das Bestreben nach Umverteilung von oben nach
1861 unten durch stärkere Besteuerung der Reichen, Begrenzung oberer Einkommen, das
1862 Öffentlichmachen aller Einkünfte.

1863 Die Umkehrung der vier Teilungen der Arbeit nimmt ihren Anfang in einer konse-
1864 quenten Erwerbsarbeitszeitverkürzung. Nicht zuletzt weil die Etablierung der 20-
1865 Stunden-Woche als allgemein praktizierter Standard eine wichtige Voraussetzung für
1866 die gerechtere Verteilung der Tätigkeitsformen zwischen den Geschlechtern ist.
1867 Damit der Stand der Produktivkraftentwicklung auch wirklich in Zeitwohlstand für alle

1868 münden kann, ist eine Besichtigung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten, auch
1869 der, die nicht getan werden müssen, notwendig.

1870 **Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse**

1871 Die vier Teilungen der Arbeit wirken auf der grundlegenden, die Geschichte der
1872 Menschheit durchziehenden Spaltung – der zwischen den Geschlechtern. Die
1873 Menschen produzieren ihr eigenes Leben und fremdes, indem sie Kinder in die Welt
1874 setzen. Sie produzieren ferner die Mittel, diese Leben zu erhalten. Dieser Bereich der
1875 Lebensmittelproduktion ist derjenige, in dem die Produktivkräfte entwickelt werden,
1876 ein Überschuss produziert wird und damit die Grundlage für die weiteren Teilungen
1877 der Arbeit als Dimension menschlicher Entwicklung gelegt wird. Dieser Bereich gilt
1878 als Grundlage allen Fortschritts. Der Bereich, in dem Leben erzeugt wird, gepflegt
1879 und erhalten, rückt aus dem Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung an den Rand. Er
1880 wird Frauen übergeben, die damit als Trägerinnen dieser Aufgabe, für das Leben
1881 Sorge zu tragen, zu marginalen Geschöpfen werden. Diese Teilung der Bereiche von
1882 Lebensproduktion und der Produktion und Verwaltung der Mittel dafür und ihre
1883 hierarchische Anordnung ist die Grundlage für die gesellschaftliche Unterdrückung
1884 der Frauen, die auch alle übrigen Formen der Gesellschaft bestimmt: Kultur und
1885 Sprache, Ideologie und Sozialtheorie und die entsprechenden Institutionen. Eine
1886 wirkliche Befreiung der Frauen ohne eine Umkehrung der Bereichsteilung und ihrer
1887 hierarchischen Anordnung wird es nicht geben. Zwei einander überlagernde
1888 Herrschaftsarten bestimmen den Fortgang der Geschichte, die der Verfügung über
1889 Arbeitskraft in der Lebensmittelproduktion und die der Männer über die Frauen in der
1890 Reproduktion. Dieses Zusammenspiel bewirkt, dass die Entwicklung der Menschen
1891 zugleich mit der Zerstörung ihrer Grundlagen voranschreitet, gestützt und getragen
1892 durch Geschlechterverhältnisse, in denen als Natur gerade das sozial Überformte aus
1893 Herrschaftsgründen behauptet wird und gerade dadurch die sinnlich-körperliche
1894 Substanz verleugnet wird. Geschlechterverhältnisse sind daher selbst als Produk-
1895 tionsverhältnisse zu begreifen. Dieser Begriff ist, wie zuvor der Begriff der Arbeit aus
1896 seiner Zentriertheit auf die Produktion von Dingen zu holen und auf beide Bereiche
1897 der menschlichen Produktionen zu beziehen.

1898 **Kapitalismus und Patriarchat**

1899 Auf der Grundlage der vier Arbeitsteilungen und der Teilungen der Bereiche von
1900 Leben und Lebensmittelproduktion konnte sich ein Kapitalismus entfalten, der die
1901 Entwicklung der Produktivkräfte vorantrieb, der die profitgetriebene
1902 Produktionsweise über den gesamten Erdball verbreitete. Frauenunterdrückung ist
1903 somit ins Funda-ment dieser Produktionsweise eingelassen, ebenso wie die
1904 Nutznießung und Einverl-eibung tradiertter Produktionsweisen. Diese äußerst
1905 krisenhaften Produktions-verhältnisse erschöpfen die Ressourcen, vertiefen die
1906 Spaltungen in der Gesellschaft und erzeugen – um mit Hannah Arendt zu sprechen –
1907 ein Heer von „Überflüssigen“¹. Aber die solchermaßen ins Abseits Geschobenen
1908 eignen sich die Benennung als Kampfbegriff an und „setzen sich, wie viele
1909 kämpfende AktivistInnen weltweit, weiße Masken auf. Sie greifen die Barbarei des

¹ "Die Eigentümer überflüssigen Kapitals waren die einzigen, welche die überflüssigen Arbeitskräfte gebrauchen konnten". (Hanna Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft).

1910 Kapitalismus an, in der Menschen nicht als Menschen, sondern als gesichtsloser
1911 auszubeutender Rohstoff vorkommen und ihre Vielfalt für rassistische und sexistische
1912 Unterdrückung instrumentalisiert wird. Ihr Respekt und ihre Verbundenheit gelten
1913 den Sans Papiers, Piqueteros, streikenden Frauen in Weltmarktfabriken, Landlosen,
1914 Prekarisierten, Unsichtbaren." (zit. aus dem Selbstverständnis der Aktivist_innen
1915 unter dem Titel Kapitalismus ist überflüssig, 2.9.200).

1916 **Die Politik der LINKEN – Politik um Zeit**

1917 Gute Arbeit überwindet die großen Teilungen der Arbeit in Männer- und Frauenarbeit,
1918 in Stadt und Land, in Kopf und Hand und in Arbeit und Nichtarbeit. Gerechtigkeit
1919 setzt also an bei der Arbeitsteilung. Kapitalismus gedieh auf der Verknötung der vier
1920 großen Teilungen der Arbeit und benötigt zu seiner Überwindung die Auflösung
1921 dieses Zusammenwirkens. Darauf zielt die Vier-in-Einem-Perspektive. Unter dem
1922 Aufbruch ins Leben im Vier-Viertel-Takt verstehen wir: ein Viertel Erwerbsarbeit, ein
1923 Viertel Reproduktionsarbeit, ein Viertel für Muße, Kunst und Kultur und um das
1924 Ganze komplett zu machen ein Viertel Politik.

1925 Diese Perspektive setzt an bei der Verfügung über Zeit als Grundlage aller Herrschaft
1926 und bringt die jeweiligen Tätigkeiten in eine andere Anordnung. Auf der Basis der
1927 Entwicklung der Produktivkräfte bedeutet dies zunächst eine radikale Verkürzung der
1928 Erwerbsarbeitszeit. Seit vielen Jahrzehnten ist bekannt, dass die Hälfte beim
1929 damaligen Stand der Produktivkraftentwicklung ausreichen würde. Niemand wäre
1930 „arbeitslos“, sondern alle könnten mitwirken, die gesellschaftliche Arbeit zum Wohle
1931 der Menschen, in Überwindung der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit
1932 allseitig entwickelnd zu gestalten. Jede Arbeit soll jeder anderen gleichwertig sein.
1933 Jede soll von allen getragen sein. Jede soll als ein Recht gewährt sein und jede soll in
1934 die Verantwortung eines jeden kommen. Damit aber verändern sich in der neuen
1935 Zusammenfügung die einzelnen Tätigkeitsarten in ihrer Bedeutung für das
1936 gesellschaftliche Gesamt wie für die Einzelnen. Die Änderung der Lebensbedingungen
1937 und die Selbstveränderung fallen zusammen, sodass auch die Forderung, alle an der
1938 Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, nicht bloße Phrase bleibt, sondern
1939 gesellschaftsnotwendig wird.

1940 Zugleich wird die Arbeit der Sorge und Pflege der Menschen und der Natur aus der
1941 Ecke der Vernachlässigung unentgeltlicher Zuweisung an Frauen geholt und auf alle
1942 Gesellschaftsmitglieder verteilt, sodass auch die bisher in der Rolle der Hauptver-
1943 dienenden eingespannten Männer ihre Fähigkeiten in der Sorgearbeit besser
1944 entfalten können.

1945 So sieht das Transformationsprojekt der LINKEN aus. Die Perspektive liegt in der
1946 Verknüpfung der vier Bereiche Arbeit, Reproduktion, Kulturelles und Politik. Sie ist
1947 die Antwort auf eine Jahrtausende währende Geschichte von Frauenunterdrückung,
1948 Herrschaft über Arbeit und Verfügung über andere. Sie ist vor allem **Politik um**
1949 **Zeit**. Für dies – das Eintreten für die Verfügung über Zeit – steht allein DIE LINKE.

1950 Damit stellen wir uns der – wie Simone de Beauvoir einst schrieb – höchsten Aufgabe
1951 der Menschheit: dem Reich der Freiheit inmitten der gegebenen Verhältnisse zum
1952 Durchbruch zu verhelfen.

1953 Die Krise des Kapitalismus beweist, dass es so nicht weitergeht: Inzwischen haben
1954 wir mehr zu verlieren als unsere Fesseln. Aber immer noch gibt es eine Welt zu
1955 gewinnen.
1956

1957

1958

1959

1960 **NRW**

1961

1962 **An die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE NRW**

1963 **Liebe Genossin Katharina Schwabedissen,**

1964 **Lieber Genosse Hubert Zdebel,**

1965

1966

1967 **Anschließendes Schreiben und die Anträge zur Kenntnis mit der Bitte um**
1968 **Unterstützung.**

1969

1970 **Antrag der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Senioren NRW zum Programm**
1971 **an die 2. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE, 21. bis 23.**
1972 **Oktober 2011 in Erfurt.**

1973

1974 *Die Landesarbeitsgemeinschaft Senioren NRW beantragt, die formulierten*
1975 *Änderungen des 2. Programmtextwurfs, in das Grundsatz-Programm der Partei DIE*
1976 *LINKE einzufügen:*

1977 *Die Änderungsvorschläge entsprechen den Seiten und Absätzen des*
1978 *2. Programmtextwurfs und folgen der Zeilennummerierung. Die Änderungsvorschläge*
1979 *werden jeweils farblich dargestellt:*

1980 *Bevor wir uns jedoch den Änderungsvorschlägen zuwenden, möchten wir deutlich*
1981 *machen, dass wir uns dem Schreiben der Sprecher der Seniorenarbeitsgemeinschaft,*
1982 *vom 16.06.2011, an die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch und*
1983 *Klaus Ernst, anschließen. Ebenso wie die Sprecher der Seniorenarbeitsgemeinschaft*
1984 *bringen wir, die Landesarbeitsgemeinschaft Senioren NRW, unser Entsetzen zum*
1985 *Ausdruck, mit welcher Geringschätzung programmatische Vorstellung formuliert*
1986 *werden, mit denen die Partei DIE LINKE den spezifischen Ansprüchen und*
1987 *Bedürfnissen der älteren Generation künftig gerecht werden will.*

1988 Wie all die anderen Parteien hat auch die Partei DIE LINKE noch nicht verstanden,
1989 welche außerordentliche Bedeutung den älteren Menschen unserer Gesellschaft
1990 zukommt.

1991 Viele der heutigen Alten haben die Möglichkeiten des Alters erkannt: Sie verdrängen
1992 ihr Alter nicht und erkennen, dass ihnen jede Weiterentwicklung und alle
1993 Lebensmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Da sie nicht in der Jugendfalle stecken,

1994 sehen sie die Potenziale des Alters und nehmen sie wahr. Ihre eigene Haltung
1995 fördert die Entwicklung von fruchtbaren Lösungen. Denn es ist längst
1996 wissenschaftlich belegt, dass die Entwicklung der Intelligenz, die Entfaltung von
1997 Kompetenzen und Generativität bis ins hohe Alter, bis ins hundertste Lebensjahr und
1998 darüber hinaus, möglich ist.

1999 Wir, die LAG Senioren NRW, setzen uns dafür ein dass diese Kompetenzen und
2000 Potenziale genutzt werden. Wir wollen es nicht zu lassen, dass so ein
2001 gesellschaftlicher Schaden entsteht, der unermesslich und unersetzlich ist.

2002 Gesellschaftliche Relevanz besitzen die heutigen Alten nicht nur deswegen, weil ihre
2003 Zahl stetig wächst; sondern weil sie qualitativ hochwertig für die Weiterentwicklung
2004 unserer Gesellschaft tätig sind.

2005 Sie arbeiten mit an den Problemen, vor denen unsere Gesellschaft steht, und setzen
2006 dabei ihre im Lauf des Lebens erworbene Weisheit und Generativität ein,
2007 einschließlich ihrer sozialen Kompetenz, ihres strategischen und prozeduralen
2008 Wissens sowie ihres Wissens um die Veränderlichkeit des jeweils Bestehenden.

2009 Ihr Tätigsein besteht darin, dass sie bei der Gestaltung der Zukunft helfen und die
2010 Generativität des menschlichen Gemeinwesens entfalten und bewahren.

2011 Altern erfolgt heute in einem hygienischen, medizinischen, ökonomischen und
2012 ökologischen Umfeld, das nicht nur Langlebigkeit, sondern auch Leben bei
2013 physischem und psychischem Wohlbefinden ermöglicht, wie es früheren
2014 Generationen verschlossen war.

2015 Deshalb engagiert sich die Partei DIE LINKE für eine neue Sicht auf das Alter und auf
2016 das Altern, um allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen,
2017 den Lebensabend zu sichern und Altersarmut zu verhindern. Kernforderungen
2018 originärer linker Seniorenpolitik sind: Alle Strukturen der Gesellschaft
2019 altersfreundlicher und für das Alter entwicklungspotenter zu gestalten, eine
2020 gesetzliche, paritätisch finanzierte Rente, eine solidarische Gesundheitsversorgung,
2021 die auf die Herausforderungen von morgen eingestellt ist, eine hohe Qualität in der
2022 Altenpflege, altersgerechte Wohnbedingungen, Sicherheit im Alter,
2023 Rahmenbedingungen, die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung garantieren.

2024 In Ergänzung zum Schreiben der Seniorenarbeitsgemeinschaft fordern wir daher, den
2025 Abschnitt über das „würdige“ Alter (ab Zeile 1950) vollständig zu streichen und durch
2026 einen neuen Abschnitt zu ersetzen.

2027 Mit sozialistischen Grüßen

2028 Für den Vorstand der LAG Senioren NRW

2029 Wilhelm Döll

2030

2031

LAG Senioren

2032 **NRW**

2033

2034 *Antrag an den Landesparteitag am 10. und 11. September 2011 in Mülheim.*

2035

2036 *Der Landesparteitag möge beschließen. Sich den Anträgen der*
2037 *Landesarbeitsgemeinschaft Senioren Nordrhein Westfalen in der Partei DIE LINKE*
2038 *anzuschließen und diese als eigene Anträge an die zuständige Antragskommission*
2039 *bei der Partei einzureichen.*

2040 **Begründung der Anträge zum Programmwurf**

2041 *Die LAG Senioren NRW hat sich mit dem aktuellen Entwurf des Leitantrages zum 2.*
2042 *Parteitag, speziell mit den Aussagen zur Seniorenpolitik der Partei DIE LINKE befasst.*

2043 *Viele der Genossinnen und Genossen brachten ihr Erstaunen zum Ausdruck, mit*
2044 *welcher Geringschätzung programmatische Vorstellungen formuliert wurden, mit*
2045 *denen DIE LINKE den spezifischen Ansprüchen und Bedürfnissen der älteren*
2046 *Generationen künftig gerecht werden will.*

2047 *Natürlich sind die aufgeführten Aktivitäten wichtig, insbesondere dann, wenn es um*
2048 *die Berücksichtigung der Senioren in der Kommune geht.*

2049 ***Als programmatische Aussagen eines sozialistischen Programms sind diese***
2050 ***aber völlig unzureichend.***

2051 *Besonders auffällig ist, dass der Text (Zeile 1950 folgende) eher einer alten*
2052 *Fassung von Leitlinien aus dem vorigen Jahrhundert entspricht, der den*
2053 *Anforderungen des 21. Jahrhunderts nicht genügt, auch sind die vorgeschlagenen*
2054 *Änderungen, (siehe Antrag vom 23. März 2011 an die Antragskommission), aus*
2055 *unserem Antrag nur in einem geringen Umfang aufgenommen wurden.*

2056 *Selbstverständlich richtet sich das programmatische Angebot an alle Altersgruppen*
2057 *der Gesellschaft und damit auch an die älteren Generationen. Aber bekanntlich*
2058 *entstehen im Seniorenalter darüber hinaus eine Vielzahl neuer, spezifischer*
2059 *Ansprüche und Bedürfnisse, die mit diesem Entwurf nicht abgedeckt werden.*

2060 *Wenn DIE LINKE aus den Altersgruppen der Seniorinnen und Senioren, die rund ein*
2061 *Viertel der Bevölkerung und ein Drittel der Wähler umfasst, künftig mehr Akzeptanz*
2062 *und somit Stimmen gewinnen will, muss sie sich für die Ansprüche und Bedürfnisse*
2063 *der älteren Menschen überzeugender politisch engagieren.*

2064 ***Unsere Partei hat ein gutes und nachhaltiges rentenpolitisches Konzept.***

2065 *Sozialistische Seniorenpolitik umfasst aber mehr als nur Rente, sie muss nicht nur*
2066 *den Geldbeutel sondern die Herzen der Seniorinnen und Senioren erreichen.*

2067 *Engagement für ein selbstbestimmtes Leben in Würde bis ins hohe Alter ist mehr als*
2068 *Reparaturen an der bestehenden Seniorenpolitik, weil deren Wirkung auf eine*
2069 *Entwertung des Alters in der Gesellschaft hinaus läuft.*

2070 ***Deshalb braucht die Seniorenpolitik einen neuen und anderen Ansatz.***

2071 *Sie muss sich für eine neue Kultur des Alterns und Alters in allen Bereichen der*
2072 *Gesellschaft stark machen.*

2073 ***Wir sind der Auffassung, dass diese grundsätzlichen Aussagen in einem***
2074 ***sozialistischen Programm erfolgen müssen.***

2075 **Der Vorstand der LAG Senioren NRW**

2076 **Anmerkung der ABK**

2077 **Vorhergehende Begründung bezieht sich auf P-2, P-3, P-4, P-6, P-7, P-8, P-**
2078 **11, P-12, P-18, P-19 und P-20**

2079

2080 **P-2**

2081 ***Im untenstehenden Abschnitt sind folgende Einfügungen vorzunehmen:***

2082 35 Grenzenlose Reichtümer für die oberen Zehntausend, Entwürdigung für immer mehr
2083 36 Arme und sinkender Wohlstand für die große Mehrheit sind nicht Ergebnis der
2084 37 Internationalisierung von Produktion und Handel, sondern des globalen Kapitals
2085 38 muss. Die Konsequenzen für Deutschland sind allgegenwärtig: ein wachsender
2086 39 Niedriglohnsektor, Jobvernichtung, Abbau von sozialen Leistungen, verarmte
2087 40 Kommunen, fehlende Ausbildungsplätze, Verschwendung der Fähigkeiten junger 41
2088 Menschen, soziale Bildungsprivilegien, Zwei-Klassen- Medizin, Verschwendung
2089 42 der Kompetenzen älterer qualifizierter Menschen, alte Menschen in Armut oder
2090 43 ohne menschenwürdige Pflege. Die herrschende Politik hat sich den Interessen
2091 44 der Konzernchefs und Vermögensbesitzer untergeordnet. Diese Agenda ist gegen 45
2092 die Interessen der Mehrheit der Menschen gerichtet. Wir setzen auf globale
2093 46 Kooperation statt auf das Recht des Stärkeren.

2094 **P-3**

2095 ***Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:***

2096 68 Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden
2097 69 unabhängig von Alter, sozialer und ethnischer Herkunft durch
2098 70 sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens
2099 71 und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesell
2100 72 schaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und
2101 73 gute Lebensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.

2102 **P-4**

2103 ***Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:***

2104 111 für ein Leben in sozialer Sicherheit, für eine sanktionsfreie, armutsfeste
2105 112 Mindestsicherung und umfassenden Kündigungsschutz. Hartz IV muss
2106 113 weg.niemand darf gezwungen werden, Beschäftigung unter Missachtung seiner
2107 114 Qualifikation oder zu Hungerlöhnen anzunehmen,
2108 115 Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsange
2109 116 bote sanktionsfrei abzulehnen.

2110 **P-5**

2111 **Deutschland – eine Klassengesellschaft**

2112 AntragstellerInnen: Hans Günter Bell (KV Köln), Alexander Recht (KV Köln),
2113 LandessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken NRW, Gisela Emons (KV Köln),
2114 Alban Werner (KV Aachen)

2115 1) Zeilen 575-579 ändern:

2116 Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als abhängig Beschäftigte. Sie
2117 verfügen nicht über eigene Produktionsmittel und erhalten nur einen Teil der von
2118 ihnen geschaffenen Werte als Lohn, den Überschuss eignen sich die Kapitalisten an.
2119 Diese bestimmen über seine Verwendung, über die Investitionen und somit über die
2120 wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeits- und Lebensbedingungen der
2121 Beschäftigten.

2122 2) Zeilen 584-585 ändern:

2123 Die **Klasse der abhängig Beschäftigten**, kurz: die Arbeiterklasse, umfasst alle
2124 Beschäftigten, die vorwiegend ausführende Funktionen ausüben, sowie alle
2125 erwerbslosen Lohnabhängigen. Ihre Struktur hat sich im Laufe der Entwicklung
2126 erheblich verändert, Spaltung und Ausdifferenzierung nehmen zu.

2127 3) Nach Zeile 610 einfügen:

2128 Der Arbeiterklasse steht als zweite Grundklasse die **Kapitalistenklasse** mit einer
2129 kleinen Schicht von Superreichen und Konzernherren an der Spitze gegenüber.
2130 Zusammen mit den Führungen der Unternehmerverbände, den Spitzenmanagern in
2131 Wirtschaft und Staat und dem Führungspersonal der dem Kapital ergebenden Parteien
2132 bilden sie die herrschende Machtelite. Sie handeln als Vollstrecker der ökonomischen
2133 Gesetzmäßigkeiten, aber sie sind zugleich diesen Gesetzmäßigkeiten unterworfen.

2134 Zudem gibt es größere soziale Gruppen, deren gemeinsames Merkmal eine
2135 Zwischenstellung zwischen Kapital und Arbeit ist (**Zwischenschichten**): Das
2136 selbständige Kleinbürgertum und eine lohnabhängige Schicht des Leitungspersonals
2137 in Wirtschaft, Wissenschaft und Staatsapparat, die in sich sehr differenziert ist und
2138 deren Interessen zwiespältig sind.

2139 4) Zeilen 617-619 ändern:

2140 Aus der gemeinsamen Klassenlage ergibt sich nicht unmittelbar auch eine
2141 gemeinsame Interessenvertretung oder gar ein Klassenbewusstsein. Ein
2142 Haupthindernis besteht darin, dass die Lohnabhängigen untereinander in

2143 Konkurrenz um die Arbeitsplätze stehen. Auch die Differenziertheit der Arbeits-
2144 und Lebensverhältnisse erschwert die gemeinsame Interessenvertretung.

2145 5) Zeilen 628-638 streichen:

2146 Begründung:

2147 1)

2148 Es ist gut, dass in den 2. Programmentwurf ein Abschnitt „Deutschland – eine
2149 Klassengesellschaft“ eingefügt worden ist. Denn es war schon seltsam, dass DIE
2150 LINKE. im 1. Programmentwurf zwar von einer Klassengesellschaft sprach, in
2151 dieser aber nur eine Klasse, die herrschende, erkannte.

2152 Doch auch im 2. Programmentwurf wird die „Arbeiterklasse“ begrifflich als „große
2153 Mehrheit der Erwerbstätigen“ umschrieben oder nur indirekt über ihre sich
2154 verändernde Struktur erwähnt.

2155 Warum soll diese Klasse eigentlich nicht klar benannt werden?

2156 Tatsächlich gibt es das Problem, dass der alte Begriff der „Arbeiterklasse“ heute
2157 zu verschiedenen Missverständnissen führt und seine Tauglichkeit daher in Frage
2158 steht. Dies wird in der Passage „Gemeinsam mit Anderen ist DIE LINKE noch
2159 auf der Suche nach der begrifflichen Fassung dieser neu entstehenden
2160 Klassen.“ auch angesprochen. Solange wir diesen neuen Begriff aber noch nicht
2161 gefunden haben, sollten wir pragmatisch weiterhin von der Arbeiterklasse als der
2162 Klasse der abhängig Beschäftigten sprechen, der als zweite Grundklasse diejenige
2163 der Kapitalisten gegenübersteht.

2164 Klar ist aber auch, dass diese aus der ökonomischen Grundstruktur der
2165 Gesellschaft abgeleiteten Klassen noch keine „kampfbereiten Gruppen“, also reale
2166 gesellschaftliche Akteure sind. Auf dem Weg von der – mit Marx gesprochen –
2167 „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ ist die Aufgabe der Klassenformierung zu
2168 bewältigen. Eine Aufgabe, die die Klasse nur für sich selbst leisten kann, an der
2169 DIE LINKE. sich aber aktiv beteiligen muss.

2170 2)

2171 Zu betonen ist die Veränderungen der Klassen und die Spaltung und
2172 Ausdifferenzierung vor allem der Arbeiterklasse.

2173 3)

2174 Von großer Bedeutung für das Ringen um gesellschaftliche Veränderung ist auch
2175 das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den lohnabhängigen
2176 Zwischenschichten.

2177 Bei deren Analyse wird eine Änderung vorgeschlagen: Statt von „kleinen und
2178 mittleren Unternehmern und Freiberuflern“ sollte von „selbständigem
2179 Kleinbürgertum und lohnabhängigen Schichten“ gesprochen werden, denn
2180 „mittlere Unternehmer“ mit teils mehreren hundert Beschäftigten können

2181 eindeutig der Kapitalistenklasse zugeordnet werden, auch wenn sie von den
2182 Monopolen unterscheidbare Interessen haben.

2183 **P-6**

2184 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2185 **802 Krise des sozialen Zusammenhalts**

2186 803 Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und wachsende Armut
2187 804 gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der
2188 805 Bevölkerung – darunter in zunehmendem Maß auch hoch qualifizierter
2189 806 Arbeitskräfte. Ein Teil der älteren Arbeitnehmer muss wegen der Rente ab 67
2190 807 über die eigenen Kräfte hinaus jahrelang arbeiten, während zunehmend mehr
2191 808 Menschen schon mit 50 Jahren aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen werden.
2192 809 Ausuferndes Gewinnstreben und wachsende materielle Ungleichheit zersetzen
2193 810 die Gesellschaft von innen. Konkurrenzkampf, Misstrauen, soziale Abgrenzung
2194 811 und Unsicherheit wachsen, Kooperation, Vertrauen in gesellschaftliche

2195 **P-7**

2196 **Nach untenstehendem Abschnitt ist folgender Text anzufügen:**

2197 **1260 Gute Arbeit**

2198 1266 Maßstab nicht reproduzieren. Die Erwerbsarbeit hat die spezifische Bedeutung,
2199 1267 dass in ihr die Einkommen erwirtschaftet und die Güter und Dienstleistungen pro
2200 1268 duziert werden, die gekauft werden können. Die Weiterentwicklung der Produktiv
2201 1269 kräfte erfolgt überwiegend im Bereich der Erwerbsarbeit.
2202 1270 Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der
2203 1271 anderen notwendigen Arbeiten, insbesondere zwischen Männern und
2204 1272 Frauen, sowie zwischen den Generationen – also zwischen Jung und Alt –
2205 1273 haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen
2206 1274 Lebensverhältnisse und des Sozialstaats.

2207 **P-8**

2208 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2209 1307 Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich verkürzen. Gute Arbeit für
2210 1308 alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen das wollen wir als neue Vollbeschäftigung
2211 1309 Vor allem für Menschen in der zweiten Lebenshälfte müssen die Arbeitszeiten –
2212 1310 ebenfalls bei vollem Lohnausgleich - deutlich verkürzt werden.
2213 1311 Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und Pflege muss

2214 **P-9**

2215 **Ersetzungsantrag „Öffentlich geförderte Beschäftigung“**

2216 Antragsteller: KV Düsseldorf, LAG „Weg mit Hartz IV!“, Alisan Sengül (Sprecher KV
2217 Hamm), Christian Leye (Sprecher KV Bochum), Basri Cakir (KV Krefeld), Sevim
2218 Dagdelen (MdB, KV Bochum) und Martin Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV
2219 Bochum)

2220 Die Zeilen 1394 bis 1403

2221 „und ihnen im Falle der Erwerbslosigkeit eine ihren Kenntnissen und Fähigkeiten
2222 entsprechende tariflich bezahlte Beschäftigung zum Wohle und zum Nutzen aller
2223 ermöglichen. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sinnvolle und tariflich
2224 bezahlte Arbeitsplätze anbieten. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo
2225 der Markt Bedürfnisse im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich nicht
2226 abdeckt. Die Annahme dieser Arbeitsplätze ist freiwillig.

2227 Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten
2228 Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im Non-
2229 Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann.“

2230 werden gestrichen und ersetzt durch:

2231 „ (...). Wir müssen konstatieren: Nicht nur die Privatwirtschaft, auch Kommunen und
2232 Wohlfahrtsverbände bedienen sich bei Langzeitarbeitslosen, um soziale und
2233 kommunale Aufgaben zum Billiglohn erledigen zu lassen. Gewerkschaften und
2234 Handwerkskammern beklagen die dadurch verursachte Verdrängung von
2235 Tarifarbeitsplätzen. DIE LINKE ist sich bewusst, dass es nicht individuelle „multiple
2236 Vermittlungshemmnisse“ sind, sondern in erster Linie der Mangel an
2237 Tarifarbeitsplätzen, die nach unten durch einen gesetzlichen Mindestlohn abgesichert
2238 sind, der uns in die katastrophale Situation gebracht hat, dass immer mehr
2239 Menschen mit Hartz IV aufstocken müssen und vom ersten Arbeitsmarkt dauerhaft
2240 ausgeschlossen werden. Statt der in den vergangenen Jahren erfolgten
2241 Rationalisierungsprogramme, brauchen wir bei Bund, Ländern und Kommunen einen
2242 gezielten Aufbau von Beschäftigung zu voll versicherungspflichtigen Tarif- statt
2243 Dumpinglöhnen.

2244 Wir diskutieren weiterhin darüber, welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen am
2245 besten geeignet sind, erwerbslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu
2246 integrieren. Insbesondere auch die Inklusion von Chronisch Kranken und Behinderten
2247 soll dabei berücksichtigt werden.“

2248 Begründung:

2249 Die im Programmwurf als Mittel zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit
2250 aufgeführte ÖBS ist für diesen Zweck gänzlich ungeeignet. Er ist Ausdruck der Hartz
2251 IV-Logik, der Spaltung der Erwerbslosen und wird daher abgelehnt. Gewerkschaften
2252 und Handwerkskammern warnen insbesondere vor den Verdrängungseffekten (siehe
2253 Karin Lenhart/Alexandra Wagner: „Abschließender Bericht der Wissenschaftlichen
2254 Bestandsaufnahme zur Umsetzung des ÖBS-Programms in Berlin“)

2255 Zudem ist die Definition von Bereichen, in denen der Markt die Bedürfnisse "nicht
2256 abdeckt", irreführend, da sie suggeriert, dass es im Kapitalismus Bereiche gebe in
2257 denen der Markt Bedürfnisse abdecken würde und das kapitalistische
2258 Wirtschaftssystem sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen statt am Prinzip der
2259 Profitmaximierung orientieren würde. Auch die geforderte Freiwilligkeit eines ÖBS
2260 wäre aufgrund der Sanktionsparagrafen im SGB II nur dann umsetzbar, wenn
2261 Hartz IV abgeschafft wäre. Selbst wenn die geforderte Freiwilligkeit des ÖBS

2262 durchgesetzt würde, bliebe er aufgrund seiner völlig unzureichenden Entlohnung
2263 Bestandteil des Niedriglohnssektors. Und wenn sich die gesellschaftlichen
2264 Rahmenbedingungen dahingehend verändert haben, dass eine Abschaffung von
2265 Hartz IV durchgesetzt wäre, sollte die Konzentration nicht auf der Einrichtung
2266 weiterer Arbeitsmärkte liegen, sondern auf der Schaffung von regulären, tariflich
2267 entlohnten, mitbestimmten und unbefristeten Stellen im öffentlichen Dienst und auf
2268 dem ersten Arbeitsmarkt für alle.

2269 **P-10**

2270 AntragstellerIn: LAG Gesundheit

2271 1527 **Soziale Sicherheit und Gesundheit im demokratischen Sozialstaat**

2272 **P-11**

2273 **Im folgenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2274 1543 Versorgung mit Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten flächen
2275 1544 deckend, für alle erschwinglich und in hoher Qualität zu sichern, ist eine öffentliche
2276 1545 Aufgabe. Sie muss ebenso wie Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen in öffent
2277 1546 lichen, nicht profitorientierten Unternehmen organisiert werden. Das Recht auf
2278 1547 menschenwürdiges Wohnen muss gesetzlich verankert werden. Dabei ist
2279 1548 insbesondere die Versorgung mit bezahlbarem barrierefreien und
2280 1549 altersgerechtem Wohnraum sicher zu stellen. Die Teilhabe an
2281 1550 Kultur muss gesichert werden. Wir wollen, dass Betreuungs- und Freizeitangebote
2282 1551 für Kinder und Jugendliche problemlos erreichbar sind, ebenso wie soziale Dienste

2283 **P-12**

2284 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2285 1553 Eine angemessene Wohnung und selbstbestimmtes Wohnen für alle Generationen
2286 1554 gehören zu den wichtigsten Bedingungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde.
2287 1555 **Dabei ist insbesondere die Versorgung mit bezahlbarem barrierefreien und**
2288 **1556 altersgerechtem Wohnraum sicher zu stellen.**
2289 1557 Wohnen muss für alle langfristig bezahlbar sein. Dazu gehören ein sozial ausgewo
2290 1558 genes Mietrecht, wohnwertbezogene Mieten und ein regelmäßig angepasstes
2291 1559 Wohngeld. Wir fordern einen sozialen Wohnungsbau sowie die gleichberechtigte

2292 **Anmerkung der ABK**

2293 **Die Anträge P-13 bis P-17 der LAG Gesundheit beziehen sich auf folgende**
2294 **Textpassage des Leitantrags des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag.**
2295 **Erstes auftreten mit Klammern im Text markiert, unter der Antragsnummer**
2296 **steht die Begründung.**

2297 1591 die Wiedereinführung der Regelaltersgrenze von 65 Jahren und die Möglichkeit,
2298 1592 schon **ab 60 bis 65 Jahre ohne Abschläge** (P-13) aus dem Erwerbsleben
2299 auszusteiern.
2300 1593 Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten
2301 1594 Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg.

2302 1595 DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Ar
2303 1596 beitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie
2304 **MindestGrundsicherung**,(P-14)
2305 1597 die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.
2306 1598 Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Bedarfsgemeinschaften und die
2307 1599 Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsver
2308 1600 pflichtungen. Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedin
2309 1601 gungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und
2310 1602 gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln.
2311 1603 Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen
2312 1604 wir weiterführen.
2313 1605 DIE LINKE kämpft für ein demokratisches Gesundheitswesen, das auf der Solidari
2314 1606 schen **KrankenBürger**versicherung als allgemeiner Kranken- und Pflegeversicherung
2315 und **(P-15)**
2316 1607 einer öffentlichen Gesundheitsversorgung basiert. In eine Solidarische **Bürger**
2317 **Krankenver**
2318 1608 sicherung zahlen alle Menschen entsprechend ihrer Einkünfte (Erwerbs-, Kapital
2319 1609 und andere Einkommen) ein. Die Solidarische **BürgerKranken**versicherung hebt die
2320 1610 ~~nung von Gesetzlicher und Private~~ Kranken- und Pflegversicherung auf und basiert
2321 1611 auf Wiederherstellung der Parität. Unter Gesundheit verstehen wir „einen Zustand
2322 1612 vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht bloß
2323 1613 die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen“ (Definition der Weltgesundheits
2324 1614 organisation WHO). Die Leistungen des Gesundheitswesens müssen uneinge
2325 1615 schränkt der bedarfsgerechten, flächendeckenden, wohnort- und zeitnahen ge
2326 1616 sundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen Menschen, unabhän
2327 1617 gig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur Verfü
2328 1618 gung stehen.
2329 1619 Gesundheit ist keine Ware. Die öffentlichen Eigentumsverhältnisse und Strukturen
2330 1620 des Gesundheitswesens, sind **als** Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge **zu**
2331 **organisieren (P-16)** ~~sind vor~~1621 ~~marktwirtschaftlichen Eingriffen zu schützen.~~
2332 Arzneimittelpreise sind gesetzlich zu
2333 1622 kontrollieren. Die demokratische Mitbestimmung der Versicherten, der unabhäni
2334 1623gen Patientenvertretungen und der Beschäftigten im Gesundheitswesen ist ent
2335 1624 sprechend gesetzlich zu regeln. Im Gesundheitswesen erzielte wirtschaftliche
2336 1625 Überschüsse sind zum Wohle der Versicherten und Beschäftigten einzusetzen.
2337 **Korruption ist auf allen Ebenen zu bekämpfen. Zweckentfremdungen wie z.B.**
2338 **Spekulationsgeschäfte mit Versichertenbeiträgen sind zu verbieten. (P-17)**
2339

2340 **P-13**

2341 **Für eine Rente ohne Abschläge bereits mit 60 Jahren**

2342 Eine Anfrage der Linksfraktion hat ergeben, dass nur wenige Menschen über 65 noch
2343 Arbeit haben. Außerdem gibt es in fast allen anderen europäischen Ländern die
2344 Möglichkeit, bereits mit 60 ohne Abschläge in Rente zu gehen. Dies wird gerade in
2345 Rahmen der Lissabon-Strategie versucht, auch in anderen Ländern zu ändern. Allein
2346 schon aus Solidarität mit den Kämpfern sollte die LINKE die Rente mit 60 fordern.

2347 **P-14**

2348 **Grundsicherung** statt Mindestsicherung

2349 Das Wort Grundsicherung beinhaltet schon, dass es genug zum Leben sein muss.

2350 **P-15**

2351 **Solidarische Kranken- und Pflegeversicherung** statt Bürgerversicherung

2352 Es ist wichtig, schon im Namen die gewollte Solidarität auszudrücken und auch durch
2353 den Namen klarzustellen, dass DIE LINKE eine Versicherung für alle und alles will
2354 und nicht wie SPD und Grüne weiterhin gesetzliche und private
2355 Krankenversicherungen. Außerdem sind bei Bürgerversicherung Frauen und
2356 Migranten im Namen nicht mitbedacht.

2357 **P-16**

2358 **Gesundheitsversorgung im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge**

2359 DIE LINKE will die Gesundheitsversorgung nicht nur vor marktwirtschaftlichen
2360 Elementen schützen, sondern ein solidarisches Gesundheitssystem im Rahmen der
2361 öffentlichen Daseinsvorsorge.

2362 **P-17**

2363 **Korruptionsbekämpfung:** Betrugsfälle werden in der Öffentlichkeit als Einzelfälle
2364 dargestellt. Dabei ist es eher so, dass jeder sich im System (Ärzte, private
2365 Klinikketten, Pharma- und Versicherungskonzerne) so weit er kann bereichert und
2366 das Geld da fehlt, wo es notwendig ist. Im Gesundheitswesen ist Korruption
2367 besonders prekär, weil kranke Menschen darauf angewiesen sind, vertrauenswürdige
2368 Strukturen anzutreffen statt Verhältnisse, die von Fremd(Profit-)interessen geleitet
2369 sind. Deshalb ist Korruption auf allen Ebenen zu verhindern.

2370 **P-18**

2371 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2372 1695 **Demokratische Kommunen**

2373 DIE LINKE engagiert sich deshalb für die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, für
2374 starkes

2375 1700 kommunales Eigentum und eine leistungsfähige Entwicklung der öffentlichen Da
2376 1701 seinsvorsorge. Damit Kinder und Jugendliche, Frauen, Behinderte, 1702Migranten,
2377 unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ihren 1703Interessen und Ansprüchen
2378 wirklich berücksichtigt werden, sind die 1704betreffenden Beiräte in den
2379 Gemeindeordnungen der Länder mit den 1705Kompetenzen regulärer Ausschüsse
2380 auszustatten.

2381 1706 Damit Demokratie keine leere Hülle wird, brauchen Kommunen und

2382 1707 Staat hinreichende finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaft

2383 **P-19**

2384 **Im untenstehenden Abschnitt ist folgende Einfügung vorzunehmen:**

2385 1917 **Antidiskriminierungspolitik**
2386 1921 Barrieren – in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der
2387 1922 Kommunikation – wollen wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung be
2388 1923 drohten Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden.
2389 1924 ***DIE LINKE tritt neuen Formen der Diskriminierung älterer Menschen, wie***
2390 ***dem 1925Ausschluss von Versicherungen und Kreditvergaben, entschieden***
2391 ***entgegen.*** . Wir
2392 1924 wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleicher
2393 1925 maßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der

2394 **P-20**

2395 **1950 Das Alter würdigen**

2396 ***Diesen Titel streichen und wie folgt ersetzen:***

2397 1950 folgende **Eine neue Kultur des Alterns und des Alters**

2398 1951 erfordert ein grundsätzliches Umdenken in den Medien, der Politik, der Wirtschaft

2399 1952 und der Gesellschaft. Alter ist mehr als Rente, Krankheit, Pflege und Kosten.

2400 1953 Die Seniorinnen und Senioren in einer demokratischen Gesellschaft benötigen
2401 neben

2402 1954 einer ausreichenden Vorsorge für ihren Alltag Teilhabe und Mitbestimmung bei
2403 allen

2404 1955 sie betreffende Fragen und Entscheidungen, damit ein selbstbestimmtes Leben
2405 ohne

2406 1956 Altersarmut und Vereinsamung in Würde möglich ist.

2407 1957 Kernforderungen originärer linker Seniorenpolitik sind alle Strukturen der

2408 1958 Gesellschaft unter Berücksichtigung der Geriatrie altersfreundlicher und für das

2409 1959 Alter entwicklungspotenter zu gestalten. Besondere Aufmerksamkeit ist darauf

2410 1960 zu richten, dass Altersarmut überwunden wird und durch paritätische und
2411 solidarische

2412 1961 Absicherungen nicht erst entstehen kann. Erwerbslosigkeit älterer

2413 Arbeitnehmerinnen

2414 1962 und Arbeitnehmer ist durch Weiterbildung oder Umschulung und altergerechter

2415 1963 Arbeitsplätze so wie einen umfassenden Kündigungsschutz zu verhindern.

2416 1964 Eine hohe Qualität der Gesundheitsvorsorge so wie der Altenpflege, die den
2417 jeweiligen

2418 1965 medizinischen Erkenntnissen entspricht muss allen zugänglich sein.

2419 1966 Ein barrierefreier Zugang zu allen Einrichtungen der öffentlichen Lebensbereiche
2420 und

2421 1967 ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren Wohnungen im gewohnten Wohnumfeld.

2422 1968 Diskriminierung älterer Menschen, wie den Ausschluss von Versicherungen und

2423 1969 Kreditvergaben, darf es eben so wenig geben wie Diskriminierungen durch

2424 besondere 1970Privilegien die nur auf Grund des Alters gewährt werden.

2425 **P-21**

2426 **Faschismus und Rassismus bekämpfen**

2427 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie
2428 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin
2429 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V
2430 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der
2431 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye
2432 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Böhlke (KV
2433 Düsseldorf)

2434 **2114: Faschismus und Rassismus bekämpfen**

2435 2124 – 2133:

2436 ~~Wir setzen uns für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer~~
2437 ~~Bildungsarbeit ein. Wir setzen uns entschieden gegen jede Art von Rassismus und~~
2438 ~~Diskriminierung ein und werden die antirassistische und antifaschistische~~
2439 ~~Bildungsarbeit verstärken. Diskriminierung, Rassismus und Sündenbockpolitik~~
2440 ~~verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und~~
2441 ~~gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Die Verunsicherung von~~
2442 ~~Millionen von Menschen in Deutschland und Europa durch Wirtschafts- und~~
2443 ~~Finanzkrisen hat seit dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts Rechtspopulismus,~~
2444 ~~autoritären Tendenzen, Antisemitismus und im besonderen Maße antimuslimischem~~
2445 ~~Rassismus einen neuen Schub gegeben. DIE LINKE tritt gegen die Stilisierung des~~
2446 ~~Feindbildes „Islam“ ein und verurteilt die Diskriminierung von Musliminnen und~~
2447 ~~Muslimen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, durch Behörden etc.~~
2448 ~~Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. DIE LINKE stellt sich~~
2449 ~~Bestrebungen entgegen, faschistische Positionen salonfähig zu machen. DIE LINKE~~
2450 ~~wird sich weiter dafür einsetzen, faschistische Aufmärsche zu verhindern und die~~
2451 ~~Zivilgesellschaft zu aktivieren. - nach dem Motto: „Wo du stehst, kann kein Nazi~~
2452 ~~stehen.“~~

2453 **P-22**

2454 **Rechtspopulismus**

2455 Nach 2133 einfügen:

2456 **Rechtspopulismus bekämpfen – Populäre Politik für soziale Gerechtigkeit**

2457 Die Verunsicherung von Millionen von Menschen in Deutschland und Europa durch
2458 Wirtschafts- und Finanzkrisen hat Rechtspopulismus, autoritären Tendenzen,
2459 Antisemitismus und im besonderen Maße Islamfeindlichkeit Auftrieb verliehen. Eliten
2460 in Politik, Wirtschaft und Medien schüren rassistische Stimmungen, um vom Konflikt
2461 zwischen oben und unten abzulenken, die Betroffenen zu spalten und den Sozialstaat
2462 zu zerstören. In vielen europäischen Ländern gewinnen so rechtspopulistische
2463 Parteien an Bedeutung, Sie geben sich den Anschein einer Volksbewegung von
2464 unten, wenden sich jedoch gegen sozial Benachteiligte und schützen damit die
2465 Herrschaft der wirklich Mächtigen in Wirtschaft und Politik. Rechtspopulisten
2466 versuchen das „Feindbild Islam“ in der Gesellschaft zu verankern und einerseits als
2467 Einfallstor für rassistische und sozialdarwinistische Politik nach Innen und
2468 andererseits zur Vorbereitung und ideologischen Unterstützung neuer Kriege nach

2469 Aussen zu nutzen. Dabei setzen sie darauf, daß die Kräfte, die sich einem Krieg
2470 entgegenstellen können, lange vor dessen Ausbruch gespalten werden können.
2471 Deshalb steht DIE LINKE gegen sozialen Rassismus, gegen nationalistischen
2472 Rassismus und gegen die neuen Kriege, die vorbereitet werden.

2473 DIE LINKE setzt bei den Ursachen von Abstiegsängsten, Bildungsnotstand, Gewalt
2474 und Kriminalität an. Die linke Antwort auf die rechte Gefahr kann nur lauten:
2475 Aufklärung gegen rassistische Vorurteile sowie populäre und glaubwürdige Politik von
2476 links! Wir streiten für soziale Gerechtigkeit, gute Löhne, soziale Sicherheit und
2477 gleiche Chancen und Rechte für alle – von der Kita bis zur Universität. Linke Politik
2478 muss die wirklichen Verursacher und Profiteure der Probleme benennen, um
2479 Solidarität zu ermöglichen und neue Kriege zu verhindern.

2480 **Begründung für P-21. und P-22.:**

2481 Die Krise hat Rechtspopulisten in vielen europäischen Ländern Auftrieb verliehen.
2482 Rechtspopulismus bedient (Kultur-)Rassismus, der bis weit in die Mitte der
2483 Gesellschaft wirkt und an reale Probleme und Abstiegsängste in der Bevölkerung
2484 anknüpft. Wir halten daher einen eigenen Absatz für gerechtfertigt. Die
2485 vorgeschlagene Änderung soll die soziale Frage als strategische Antwort der LINKEN
2486 stärker betonen. DIE LINKE muss Sprachrohr der sozial Benachteiligten bleiben und
2487 ihre diesbezüglichen Aktivitäten auch zwischen den Wahlen ausweiten, sich in
2488 antirassistischen Bündnissen einbringen und Politik formulieren, die Solidarität
2489 zwischen den abstiegsbedrohten Mittelschichten und den sozial Benachteiligten
2490 ermöglicht. Es gilt aber auch den Zusammenhang zwischen Rassismus und Kriegen
2491 und Kriegsvorbereitungen aufzuzeigen. So wie die Herrschenden die Menschen in
2492 Deutschland versuchen zu spalten, spalten sie die Welt in Gute und Böse, in Westen
2493 und Osten und längst wieder in Minderwertige und Höherwertige, um für ihre Kriege
2494 und neuen Kriege Unterstützung zu erhalten. Das Leben eines Afghanen, Pakistani,
2495 Irakers oder Palästinensers zählt bei ihnen nichts, das eines Bundeswehrsoldaten
2496 aber scheinbar alles.
2497

2498 **P-23**

2499 **NATO-Mitgliedschaft kündigen**

2500 Antragsteller: Hossein Phaghani, Klaus Roth (KV Köln)

2501 ab Zeile 2489 im Programmentwurf soll ergänzt werden:

2502 **Frieden in Solidarität statt terroristischer Kriege**

2503 Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO
2504 und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung
2505 Russlands. *Um die Auflösung dieses aggressiven Militärbündnisses voran zu treiben,*
2506 *will DIE LINKE die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO kündigen.* Wir fordern ein
2507 sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr...

2508 Begründung:

2509 Die Bundeswehr dem NATO-Oberkommando zu entziehen, ändert nichts an der
2510 deutschen Verpflichtung zu militärischem Beistand nach Artikel 5 des NATO-
2511 Vertrages. Das ist nur durch eine Kündigung der Mitgliedschaft nach Artikel 13
2512 möglich. Wir erwarten, dass durch die Kündigung die Auflösung der NATO
2513 beschleunigt wird und sie somit ein großer Schritt einer aktiven Friedenspolitik ist.

2514 **P-24**

2515 **Völkerrecht und Vereinte Nationen**

2516 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie
2517 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin
2518 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V
2519 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der
2520 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye
2521 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Boehlke (KV
2522 Düsseldorf)

2523 **Einfügen in 2518 fortlaufend:**

2524 Die mächtigen Staaten haben das Völkerrecht jedoch spätestens seit dem Ende des
2525 Kalten Krieges missachtet sowie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur
2526 Rechtfertigung von Angriffskriegen missbraucht. Das Völkerrecht und die Vereinten
2527 Nationen verlieren hierdurch an Autorität. Die Vereinten Nationen müssen daher auf
2528 die Basis ihrer eigenen Charta zurückgebracht werden. Auch der Sicherheitsrat hat
2529 sich der Charta unterzuordnen. (...) Dafür bedarf es der überfälligen Reform, was
2530 größere Rechte der UN, größere ökonomische Rechte, größere Effektivität der UNO-
2531 Organisationen und eine bessere Legitimation des UN-Sicherheitsrates umschließt.
2532 DIE LINKE fordert darüber hinaus eine grundlegende Demokratisierung des Systems
2533 der Vereinten Nationen. Dafür bedarf es einer überfälligen Reform, die auch einen
2534 Ausbau der sozialen, wirtschaftlichen und zivilen Strukturen beinhaltet und die
2535 Militarisierung der Vereinten Nationen beendet. Insbesondere fehlt eine stärkere
2536 Repräsentanz afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten im Sicherheitsrat.
2537 Notwendig sind auch die Verankerung größerer umfassenderer Kontroll- und
2538 Entscheidungskompetenzen Rechte der größer gewordenen Generalversammlung
2539 gegenüber dem Sicherheitsrat. Aber auch Regionalorganisationen wie die OSZE
2540 können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der Chartaziele leisten.

2541 Begründung:

2542 Die Kriege in Afghanistan und Libyen zeigen, dass die Vereinten Nationen
2543 zunehmend zur Rechtfertigung von Angriffskriegen missbraucht werden. Die NATO-
2544 geführte ISAF-Mission diente etwa der Entlastung der „*Operation Enduring Freedom*“
2545 in Afghanistan. Entscheidend ist daher nicht nur die Form, sondern die Substanz der
2546 Charta. Die Reform der UNO bzw. die Aufwertung der Generalversammlung muss
2547 ebenfalls präzisiert werden.

2548 **P-25**

2549 **Polizeieinsätze**

2550 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie
2551 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin
2552 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V
2553 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der
2554 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye
2555 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Boehlke (KV
2556 Düsseldorf)

2557 **Einfügen 2555 fortlaufend:**

2558 DIE LINKE fordert die Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizei an
2559 internationalen Polizeieinsätzen, ~~die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären~~
2560 ~~Regimen dienen~~. Auch Militärberatungsmissionen müssen beendet werden. DIE
2561 LINKE steht für ein vollständiges Verbot von Waffen-, Militär-, und Polizeihilfe. DIE
2562 LINKE fordert die Etablierung eines zivilen Katastrophenschutzes mit eigenen zivilen
2563 Kapazitäten unter dem Dach der UNO. Deutschland soll für eine UNO geführte
2564 internationale Katastrophenhilfe ausreichend Kapazitäten vorhalten.

2565 Begründung:

2566 Die bisherige Formulierung lässt beispielsweise den Polizeieinsatz in Ländern, wie der
2567 Türkei offen. Aber auch hier sollte DIE LINKE sich gegen eine Beteiligung an
2568 internationalen Polizeieinsätzen ohne Wenn und Aber aussprechen, wie auch
2569 angesichts der fortgesetzten Unterstützung für arabische Diktaturen sich für ein
2570 Komplettes Verbot von Waffen-, Militär- und Polizeihilfe aussprechen, dass dann
2571 auch Ländern wie die Türkei umfassen sollte.

2572 **P-26**

2573 **Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft**

Antragsteller/innen: Hans Günter Bell (KV Köln), Alexander Recht (KV Köln),
LandessprecherInnenRat der Sozialistischen Linken NRW, Gisela Emons (KV Köln),
Alban Werner (KV Aachen),

2574 6) nach Zeile 2631 einfügen:

2575 Die traditionelle Arbeiterbewegung mit ihrem Zusammenhang von
2576 gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen, Bildungs- und
2577 Kulturvereinen, Konsumgenossenschaften, Frauen- und Jugendorganisationen
2578 und ihrer tiefen Verankerung in Arbeiterwohngebieten hat sich weitgehend
2579 aufgelöst. Das erschwert die Mobilisierung für große Massenbewegungen gegen
2580 Sozialabbau und Entdemokratisierung und für linke Alternativen. Wir erleben
2581 jedoch Konflikte, die zu Auslösern einer neuen Klassenbildung werden können.
2582 Gemeinsam mit Anderen ist DIE LINKE noch auf der Suche nach der begrifflichen
2583 Fassung dieser neu entstehenden Klassen.

2584 **P-27**

2585 **Rote Haltelinien**

2586 Antragsteller/innen: Hans Günter Bell (KV Köln), LandessprecherInnenRat der
2587 Sozialistischen Linken NRW, LandessprecherInnenRat der Kommunistischen
2588 Plattform NRW, Gisela Emons (KV Köln), Alban Werner (KV Aachen), Alex Recht
2589 (KV Köln), Jürgen Aust (KV Duisburg), Özlem Alev Demirel (KV Köln), Christian
2590 Leye (Sprecher KV Bochum), Sevim Dagdelen (MdB, KV Bochum), Martin
2591 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Niema Movassat (KV
2592 Oberhausen), Marc Mulia (KV Duisburg)

2593 Z. 2743 ff. werden wie folgt geändert:

2594 **Entwurf:**

2595 An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im
2596 Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen
2597 der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung
2598 des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.

2599 **wird geändert in:**

2600 An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland
2601 zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, **die Privatisierungen**
2602 **vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt**, werden wir uns nicht
2603 beteiligen.

2604 Begründung:

2605 Wir nehmen das Argument, dass ein Bevölkerungsrückgang Spielräume für einen
2606 Arbeitsplatzabbau bietet, ohne dass sich die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen
2607 Dienstes verschlechtert, zur Kenntnis.

2608 Wir halten aber daran fest, dass sich aus der Umsetzung des Programms der
2609 LINKEN. eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes ergibt. Dies ist für eine
2610 angemessene Aufgabenerfüllung und wegen der angestrebten Arbeitsmarkteffekte
2611 sinnvoll und erforderlich.

2612 Diese Einschätzung führt dazu, dass es selbst bei einem
2613 Bevölkerungsrückgang keine Zustimmung der LINKEN. für einen
2614 Arbeitsplatzabbau geben sollte.

2615 Wir begrüßen das Bemühen, in dieser Frage zu einem Kompromiss zu kommen. Die
2616 Formulierung des 2. Entwurfs ist jedoch ein untauglicher Versuch. Solange keine
2617 bessere Formulierung gefunden wird, beantragen wir, zur Formulierung des 1.
2618 Entwurfs zurückzukehren.

2619 **P-27 Ä 1**

2620 Antragsteller: Michael Bruns, Kreisverband Soest, Mitglied des Bundesausschusses
2621 für DIE LINKE. NRW, Hans-Otto Spanke, Kreisverband Soest,
2622 Landesparteitagsdelegierter

2623 **Rote Haltelinien im Programm der LINKEN**

2624 Änderungsantrag zum Antrag P-27 (12.1. im Antragsheft 1)

2625 Antrag P-27 (alt 12.1): „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der
2626 Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die
2627 Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt werden wir uns
2628 nicht beteiligen.“

2629

2630 **Wir beantragen das Wort „Kampfeinsätze“ durch „Einsätze“ (Zeile 18) zu**
2631 **ersetzen.**

2632 Begründung:

2633 Wir begrüßen Antrag 12.1. in Hinsicht auf den Aspekt, die rote Linie
2634 Arbeitsplatzabbau zu verankern. Vom Landesparteitag NRW sollte aber kein falsches
2635 Zeichen im Bezug auf Auslandseinsätze ausgehen.

2636 Militär, militärische Gewalt und zivil-militärische Zusammenarbeit sind für uns in
2637 keiner Form ein Mittel linker Politik. Für uns ist die Ablehnung jeglicher
2638 Auslandseinsätze der Bundeswehr essentieller Bestandteil unserer politischen
2639 Identität. Diese darf nicht für oder durch eine Regierungsbeteiligung geopfert
2640 werden. DIE LINKE würde sich überflüssig machen. Wegen den von SPD und Grünen
2641 gebilligten Auslandseinsätzen haben politisch engagierte Menschen diese Parteien
2642 verlassen und sind heute in der LINKEN aktiv oder wählen uns.

2643 Für PazifistInnen, Gewaltfreie, AntikapitalistInnen, AntimilitaristInnen und selbst für
2644 nicht wenige bürgerlich Konservative sind out-of-area-Einsätze immer noch ein No-
2645 Go. Und das ist gut so.

2646 Wikipedia: „Seit 1990 wird die Bundeswehr zu friedenserhaltenden und -sichernden
2647 Maßnahmen (peacebuilding und peacekeeping) außerhalb der Bundesrepublik
2648 Deutschland eingesetzt. Bereits unmittelbar nach der Deutschen Wiedervereinigung
2649 1990 begann eine heftige Debatte über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des
2650 NATO-Vertragsgebiets (out-of-area-Debatte). Während die Regierungsparteien CDU
2651 und FDP sich für derartige Einsätze (im Rahmen von UN-Mandaten) aussprachen,
2652 **waren SPD und Grüne zunächst dagegen.** Mit der sogenannten Petersberger
2653 Wende 1992 änderte die SPD ihre Position. **Mit dem Amtsantritt der Rot-Grünen**
2654 **Bundesregierung 1998 unterstützen auch die Grünen derartige Einsätze...**“
2655 Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Auslandseins%C3%A4tze_der_Bundeswehr

2656 **P-28**

2657 **Aufbau einer neuen Internationalen**

2658 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin sowie
2659 Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linksfraktion, KV Bochum), Martin
2660 Hantke (Sprecher LAG FIP NRW, KV Bochum), Alexander Neu (Sprecher BAG FIP, V
2661 Rhein-Sieg), Oezlem Alev Demirel (MdL, kommunalpolitischer Sprecherin der
2662 Linksfraktion, KV Koeln), Sefika Minte (Landesvorstand, KV Hamm), Christian Leye
2663 (Sprecher KV Bochum), Alisan Sengül (Sprecher KV Hamm), Nils Boehlke (KV
2664 Düsseldorf)

2665 **Einfügen 2789 fortlaufend**

2666 Besondere Bedeutung messen wir den Partnerschaftsbeziehungen zu Gliederungen
2667 linker Parteien in anderen europäischen Ländern, insbesondere in den

2668 Nachbarstaaten der Bundesrepublik, bei. DIE LINKE bricht unwiderruflich mit einer
2669 eurozentristischen Sichtweise. DIE LINKE ist eine internationalistische Partei. Sie
2670 steht für weltweite Bündnisse mit sozialen Bewegungen. DIE LINKE streitet für den
2671 Aufbau einer neuen Internationale.

2672 Begründung: Die Linke sollte versuchen nicht nur ihre Beziehungen zu anderen
2673 linken Parteien in Europa im Rahmen der Europäischen Linken zu intensivieren. Sie
2674 braucht auch eine globale Kooperationsplattform gerade mit linken Parteien in Afrika,
2675 Asien und Lateinamerika. Dafür sollte sie die Initiativen für eine neue Internationale
2676 positiv aufnehmen und sich konstruktiv an der Gründung einer neuen globalen
2677 Aktionsplattform beteiligen. Gerade angesichts der Weltwirtschaftskrise wirkt sich
2678 das Fehlen einer linken Internationale provinzialisierend. Eurozentrische Sichtweisen
2679 müssen endlich ad acta gelegt werden.

2680 **Anträge zum Leitantrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag zur**
2681 **Änderung der Bundessatzung**

2682 **S-1**

2683 Antragsteller: Günter Blocks (für S-1 bis S-4)

- 2684 - § 10 Abs. 4 Satz 3 wird ersatzlos gestrichen:
2685 *Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel*
2686 *liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.*
2687 Begründung:
2688 Mit dieser Ausnahmeregelung wird immer und immer wieder das eigentliche
2689 Ziel von § 10 Bundessatzung „Geschlechterdemokratie“ unterlaufen. Deshalb
2690 ist eine Aufhebung dieser Satzungspassage überfällig.

2691 **S-2**

- 2692 - § 19 Abs. 1 Satz 1:
2693 *Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt 44 vom Parteitag*
2694 *zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden*
2695 *Vorstandes und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer*
2696 *Sprecher.*
2697 wird geändert in:
2698 *Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus **maximal** 44 vom Parteitag*
2699 *zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden*
2700 *Vorstandes und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer*
2701 *Sprecher.*
2702 Begründung:
2703 Eine Festlegung der Höchstzahl ist ausreichend. Über die Größe des
2704 Parteivorstands sollte der Parteitag von Fall zu Fall entscheiden können.

2705 **S-3**

- 2706 - § 32 Abs. 4:
2707 *Die Mitglieder des Parteivorstandes und jedes Landesvorstandes dürfen*
2708 *mehrheitlich keine Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Europa-, der*
2709 *Bundes- bzw. der Landesebene sein.*
2710 wird geändert in:
2711 *Die Mitglieder des Parteivorstandes und jedes Landesvorstandes **sowie die***
2712 ***Delegierten von Bundes- und Landesparteitagen wie auch von***
2713 ***Bundesausschuss und Landesausschüssen** dürfen mehrheitlich **nicht***
2714 ***Abgeordnete und Beschäftigte von Partei und Fraktionen der Landes-,***
2715 ***Bundes- und Europaebene der LINKEN oder von Abgeordneten** sein.*

2716 Begründung:

2717 Die eigentliche Zielsetzung von § 32 Abs. 4 wird erst abgesichert, wenn auch die
2718 abhängig Beschäftigten der MandatsträgerInnen einbezogen und diese
2719 Grundregelungen auch auf Delegiertenmandate angewandt werden.

2720 **S-4**

- 2721 - § 37 Abs. 7:
- 2722 *Schiedskommissionen können im Ergebnis eines ordentlichen Schiedsverfahrens*
- 2723 a. *Maßnahmen anordnen, die der Wiederherstellung der satzungsmäßigen*
2724 *Ordnung in der Partei dienen,*
- 2725 b. *Mitglieder nach § 3 Absatz 4 aus der Partei ausschließen.*
- 2726 wird geändert in:
- 2727 *Schiedskommissionen können im Ergebnis eines ordentlichen Schiedsverfahrens*
- 2728 a. *Maßnahmen anordnen, die der Wiederherstellung der satzungsmäßigen*
2729 *Ordnung in der Partei dienen,*
- 2730 ***b. Mitglieder verwarnen,***
- 2731 c. *Mitglieder nach § 3 Absatz 4 aus der Partei ausschließen.*

2732 **Begründung:**

2733 Die Erfahrungen mit dem Ordnungsrecht unserer Partei haben seit der Fusion immer
2734 wieder gezeigt, dass die Alternative „Freispruch oder Ausschluss“ völlig unzureichend
2735 ist. Mit der Einführung einer „Verwarnung“ könnten viele Auseinandersetzungen in
2736 der Partei klarer und nachvollziehbarer abgeschlossen werden.

2737 Zugleich bliebe der „Parteistrafen“-Katalog damit aber auch künftig weitaus enger
2738 begrenzt als bei allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

2739 **Anträge zum Leitantrag des Bundesvorstandes zum Bundesparteitag zur**
2740 **Änderung der Bundesschiedsordnung**

2741 **SO-1**

2742 Antragsteller: Günter Blocks (für SO-1 und SO-2)

- 2743 - In § 7 Abs. 2 wird als neuer Satz 3 eingefügt:
2744 *Antragsberechtigt für Ausschlussverfahren sind die Gebietsverbände und die*
2745 *innerparteilichen Zusammenschlüsse sowie einzelne Organe der Partei oder*
2746 *ihrer Gebietsverbände.*

2747 Begründung:

2748 Mit dieser Neuregelung könnte die Anzahl der – meist ohnehin erfolglosen –
2749 Ausschlussverfahren deutlich reduziert werden. Bei berechtigten
2750 Ausschlussbegehren ist die Unterstützung z.B. durch einen Gebietsverband
2751 realisierbar. In vielen anderen Fällen kann die in § 6 (neu) angestrebte
2752 Stärkung von Schlichtungsverfahren Abhilfe schaffen.

2753 **SO-2**

- 2754 - § 13 Abs. 5 wird ersatzlos gestrichen.
2755 Begründung:
2756 Kostenzuweisungen an die Verfahrens-Beteiligten sollen auch künftig
2757 unterbleiben.

2758 **Allgemeine Anträge**

2759 **A-1**

2760 **Beteiligung am CSD**

2761 Antragstellerin: LAG Queer

2762 Die LINKE.NRW fordert die Kreisverbände auf sich an den alljährlich stattfindenden
2763 Straßenfesten und Paraden zum Christopher-Street-Day (CSD) zu beteiligen.

2764 Bei den Polit-Diskussionen wählen wir Personen, die die links-queeren Positionen klar
2765 kennen und deutlich machen können. Die Bühnenpräsenz wird in Koordination mit
2766 dem Landesvorstand und der LAG Queer besetzt.

2767 Begründung

2768 Was ist ein CSD?

2769 Der CSD geht zurück auf den Aufstand in der New Yorker Christopher Street im Jahre
2770 1969. Hier setzten sich zum ersten Mal Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender
2771 (LSBT) gegen fortwährende gewalttätige Polizeirazzien in Kneipen des
2772 Homosexuellen-Milieus. Dieser tagelange Straßenkampf heißt nach der Kneipe, in der
2773 er seinen Ursprung fand Stonewall-Riot.

2774 Seit Ende der 70er Jahre gibt es in Deutschland CSD-Veranstaltungen, die an den
2775 Stonewall-Riot erinnern. Sie finden nicht immer am Jahrestag des Aufstandes statt,
2776 sondern verteilen sich über den Sommer. Die zivilgesellschaftlichen Verbände und
2777 Vereine LSBT-Bewegung veranstalten Straßenfeste und in einigen Städten auch
2778 Paraden. Sie erinnern einerseits an Stonewall, andererseits aber geht es der LSBT-
2779 Bewegung um die Sichtbarkeit. Nachdem in Deutschland 1969 der
2780 Schwulenparagraph 175 StGb abgeschafft wurde trauten sich Schwule auf die Straße
2781 um für ihre Rechte zu kämpfen. Später wurden Lesben in die Homo-Bewegung
2782 inkludiert, die anfangs eher bei der Frauenbewegung Anschluss fanden.

2783 CSD heute

2784 Heutzutage sind die CSDs bunte Straßenfeste, auf denen die Schwulen- und
2785 Lesbenbewegung sichtbar ist und ihre Forderungen artikuliert. Sichtbarkeit soll hier
2786 Repression und Diskriminierung vorbeugen.

2787 In aller Regel sind auf den CSDs alle relevanten Parteien präsent. In diesem Jahr war
2788 die LINKE auf etwa der Hälfte der Straßenfeste vertreten. Dies ist ein guter Anfang.
2789 Unser Ziel muss sein, auf allen Straßenfesten und auf den Paraden präsent zu sein.

2790 So zeigen wir der LSBT-Bewegung, dass wir an ihrer Seite stehen. Auch
2791 unterstreichen wir auf diese Weise unsere emanzipatorischen Positionen.

2792 Die Präsentation unseres Personals

2793 Zum Bühnenprogramm eines jeden CSD gehören politische Diskussionen. Diese
2794 können bundespolitisch sein, sich aber auch mit sehr lokalen Themen befassen, wie
2795 zum Beispiel dem schwul-lesbischen Jugendzentrum oder ganz aktuell auch der so

2796 genannten Sex-Steuer die einige Kommunen von kulturell gewachsenen
2797 Homosexuellenetablissemments verlangen.

2798 Normalerweise benennen die Parteien Landtags- oder Bundestagsabgeordnete für
2799 diese Auftritte.

2800 Es ist wichtig, dass wir hier PolitikerInnen auf die Bühnen schicken, die sich auf allen
2801 Ebenen im Thema auskennen. Daher sind die Kreisverbände aufgefordert die
2802 Bühnpräsenz gemeinsam mit dem Landesvorstand und der LAG Queer zu
2803 koordinieren. Diese Bühnenauftritte sind zentral um die fachliche Kompetenz unserer
2804 Partei in die LSBT-Community zu tragen.

2805 **A-2**

2806 **Innerparteilicher Pluralismus im Web**

2807 Antragssteller: Peter Eßer (Pressesprecher KV Rhein-Sieg), Herbert Schübel
2808 (Sprecher KV Rhein-Sieg), Charly Hörster (Bildungspolitischer Sprecher KV Rhein-
2809 Sieg, Sprecher LAG Bedingungsloses Grundeinkommen NRW), Paul Breuer (Sprecher
2810 OV Bornheim)

2811 Der Landesparteitag möge beschließen:

2812 **Im Sinne der Wahrung des innerparteilichen Pluralismus und gegen die** 2813 **Möglichkeit von Gleichschaltung und zentraler Kontrolle von** 2814 **Meinungsäußerung im Web**

2815 Wir distanzieren uns von allen Versuchen, beispielsweise über die Finanzordnung der
2816 Partei, sämtliche Websites der Kreis- und Ortsverbände in die Hoheit der
2817 Landesvorstände oder des Bundesvorstands zu geben. Sollte die Finanzordnung der
2818 Partei DIE LINKE dies zwingend vorschreiben, ist die Finanzordnung in geeigneter
2819 Weise zu ändern oder es sind alternative Möglichkeiten zu schaffen, Partei-Websites
2820 auf den Ebenen unterhalb der Landesverbände selbstständig zu verwalten.

2821 **Begründung:**

2822 Am 20.07.2011 versandte die Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
2823 „Empfehlungen und Hinweise für Onlineredaktionen der Kreis- und Landesverbände“.

2824 Unter anderem wurden in diesem Dokument auch „Empfehlungen für die
2825 Konnektierung von Domains und das Buchen von Webespace“ gegeben. Hierbei wurde
2826 darauf hingewiesen, „dass Kreisverbände und Untergliederungen keine
2827 Dauerschuldverhältnisse eingehen dürfen. Weil es sich bei der Konnektierung von
2828 Domains und dem Abschließen von Hostingverträgen aber immer um
2829 Dauerschuldverhältnisse handelt, können solche Verträge nur über den
2830 Landesverband abgeschlossen werden.“

2831 Die Landesverbände werden in dem Dokument angehalten, (Zitat:) „eine Aufstellung
2832 aller LINKE-Domains auf Landes- und Kreisebene zu machen und die jeweiligen
2833 Vertragsverhältnisse zu prüfen.“ Auch das Ziel dieser Aktion wird ausdrücklich
2834 genannt: **„Langfristig sollten Verträge aller LINKE-Domains über die**

2835 **Landesverbände bzw. die Bundespartei laufen, wenn notwendig müssen**
2836 **Verträge dazu übertragen/geändert werden"**

2837 Auf Nachfrage bei der Bundesgeschäftsstelle („*Beinhaltet das auch die Möglichkeit,*
2838 *"von oben", also vom Land aus, die Internetseiten der Kreisverbände ein- und*
2839 *abzuschalten?"*) wurde das Ziel klar bestätigt (Zitat): „**Und ja, im Zweifelsfall**
2840 **kann das auch bedeuten, dass Seiten abgeschaltet werden können"**

2841 Eine weitere Nachfrage ergab folgende Antwort: „Es ist uns auch bewusst, dass es
2842 einige **Internetseiten bei Kreis- oder sogar Ortsverbänden** gibt, [...] **deren**
2843 **Existenz verstößt gegen die Finanzordnung. Darum sollten die Rechte auf**
2844 **den Landesverband übertragen werden."**

2845 Dies kann und muss man als einen offensichtlichen Versuch der Gleichschaltung aller
2846 innerparteilichen Meinungsäußerung ansehen. Dem treten wir entschieden entgegen.

2847 Weil in der Vergangenheit Websites der Partei missbraucht wurden, meint man nun
2848 in das gegenteilige Extrem fallen zu müssen: Die generelle Kontrolle über alle im
2849 Internet im Namen der Partei und ihrer Untergliederungen formulierten Meinungen.
2850 Das ist das Gegenteil von Basisdemokratie und Pluralismus.

2851 DIE LINKE als Sammlungsbewegung fortschrittlicher Kräfte des linken Spektrums
2852 darf dies nicht zulassen. Solchen Tendenzen ist mit aller Kraft entgegenzutreten.
2853 Aber hier kann schon nicht mehr von einer Tendenz gesprochen werden. Hier wird
2854 bereits geplant und vorbereitet! Es ist höchste Zeit, die Richtung zu überprüfen.
2855 Sollten diese Pläne tatsächlich Wirklichkeit werden, kastriert sich die Partei. Sie
2856 entmündigt ihre aktiven Mitglieder und verhindert den offenen, von der Basis
2857 initiierten Diskurs. Wenn Meinung nur noch von oben nach unten veröffentlicht wird,
2858 wenn alle Veröffentlichungen unter einem Vorbehalt von oben stehen, dann haben
2859 wir bald wieder eine gleichgeschaltete Kaderpartei, die hoffentlich niemand von uns
2860 wünscht.

2861 Und darum: Wehret den Anfängen! Der politische Diskurs, die Vielfalt der Meinungen
2862 ist die einzigartige Stärke der LINKEN. Dadurch heben wir uns von den verkrusteten
2863 Denkstrukturen der etablierten Parteien ab. Probleme gibt es wahrlich genug - nicht
2864 nur in unserer Partei. Doch die Kompetenz für neue und überzeugende Lösungen
2865 kommt aus der Vielfalt unserer Partei, unseren Strömungen, unseren
2866 unterschiedlichen Lebensbedingungen, unseren unterschiedlichen Herkunft und
2867 unserem gemeinsamen Ziel: eine gerechtere, solidarischere Welt von Morgen!

2868 **A-3**

2869 **Stand der Umsetzung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und**
2870 **Parteientwicklung**

2871 Antragsteller Christian Stadter

2872 Der Landesvorstand wird aufgefordert, den Beschluss des Landesparteitages in
2873 Leverkusen für die Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung allen
2874 Delegierten dieses Parteitages schriftlich zur Verfügung zu stellen.

2875 Er wird aufgefordert, auf diesem Parteitag Rechenschaft abzulegen, was er zur
2876 Organisation der Kampagne zur Mitgliedwerbung und Parteientwicklung bisher
2877 unternommen hat.

2878 Darüber hinaus soll er dem Parteitag gegenüber folgende Fragen beantworten:

- 2879 - Wer ist innerhalb des Landesvorstandes für die Durchführung der Kampagne
2880 personell verantwortlich?
- 2881 - Wie oft war die Kampagne bisher Thema auf Sitzungen des Landesvorstandes?
- 2882 - Wie oft war die Kampagne bisher Thema auf den Sitzungen des
2883 geschäftsführenden Landesvorstandes?
- 2884 - Wie oft hat der Landesvorstand die Kampagne und daraus resultierende
2885 Aufgaben und Unterstützung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
2886 der Landesgeschäftsstelle thematisiert?
- 2887 - Gemäß seiner Geschäftsordnung benennt der Landesvorstand für die
2888 Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden verantwortliche Vorstandsmitglieder
2889 pro Kreisverband. Welchen Kreisverbänden gegenüber haben diese die
2890 Kampagne thematisiert?
- 2891 - Was hat der Landesvorstand bisher unternommen, um Kreisverbände bei der
2892 Durchführung der Kampagne zu unterstützen?
- 2893 - Wurde die Kampagne von Seiten des Landesvorstandes auf Treffen mit den
2894 Kreisverbänden thematisiert?
- 2895 - Wo hat der Landesvorstand den vom Landesparteitag beschlossenen Aufruf
2896 zur Kampagne veröffentlicht?
- 2897 - Gab es Presseerklärungen o. ä. zur Kampagne für die Öffentlichkeit?
- 2898 - Welche Rolle spielte die Kampagne in den Berichten des Landesvorstandes an
2899 die Tagungen des Landesrates?
- 2900 - Wie oft wurde die Kampagne von Seiten des Landesvorstandes auf den
2901 bundesweiten Treffen des Arbeitskreises Mitgliedwerbung thematisiert?
- 2902 - Wurde die Kampagne von Seite des Landesverbandes auf den Bundestreffen
2903 der Landesgeschäftsführer thematisiert?

2904 **Begründung**

2905 Es geht nicht an, dass eine Initiative aus den Reihen der Kreisverbände auf einem
2906 Landesparteitag mit einem Satz im Leitantrag des Landesvorstandes beerdigt und
2907 eine Kampagne, die auf drei Jahre angelegt ist, nach einem Jahr zu den Akten gelegt
2908 wird.

2909 Es geht ebenfalls nicht an, die Verantwortung hierfür einseitig den Kreisverbänden
2910 zuzuschieben.

2911 Der Parteitag ist das höchste Organ des Landesverbandes, seine Beschlüsse sind für
2912 den Landesvorstand bindend. Er ist keine Beliebigkeitsveranstaltung, es steht dem
2913 Landesvorstand nicht zu, seine Beschlüsse nach Belieben umzusetzen oder nicht.

2914 Insbesondere wäre der Landesvorstand verpflichtet gewesen, bei auftretenden
2915 Schwierigkeiten in der Umsetzung eines derart zentralen Parteitagebeschlusses die
2916 Partei darüber zu informieren und Initiativen zur Lösung zu ergreifen.

2917 Da dies versäumt wurde, hat er es nun auf diesem Parteitag gegenüber nachzuholen.

2918 **A-4**

2919 **Bekräftigung der Kampagne zur Mitgliederwerbung und Parteientwicklung**

2920 Antragsteller Christian Stadter

2921 Der Landesparteitag bekräftigt den Beschluss des Landesparteitages in Leverkusen
2922 zur Kampagne, sie wird mit dem heutigen Datum für 3 Jahre neu gestartet und der
2923 Landesvorstand mit ihrer Organisation beauftragt.

2924 **Begründung**

2925 In der derzeitigen politischen Situation, angesichts der Angriffe auf Frieden, soziale
2926 und demokratische Rechte und insbesondere auf DIE LINKE ist die Stärkung der
2927 Partei notwendiger denn je.

2928 **A-5**

2929 **Mumia Abu-Jamal**

2930 Antragsteller Christian Stadter

2931 Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf diesem Parteitag den Delegierten
2932 gegenüber die Solidaritätsresolution des Landesparteitages in Leverkusen für Mumia
2933 Abu-Jamal vorzustellen und einen Bericht abzugeben, welche Aktivitäten es im
2934 Landesverband bisher zu ihrer Umsetzung gegeben hat und was er selbst hierzu
2935 unternahm.

2936 **A-6**

2937 **Rechtspopulismus stoppen – konsequent für soziale Gerechtigkeit!**

2938
2939 EinreicherInnen: Sevim Dagdelen (MdB, Migrationspolitische Sprecherin Linksfraktion,
2940 KV Bochum), Martin Hantke (Sprecher LAG FIP NRW), Oezlem Alev Demirel (MdL,
2941 kommunalpolitische Sprecherin, KV Koeln), Angela Bankert (Delegierte für den LPT,
2942 Köln), Roya A Talischi (Delegierte für den LPT, Rhein-Sieg), Karina Ossendorff (Mitglied im
2943 Landesvorstand NRW, Delegierte für den LPT, Solingen), Niema Movassat (MdB,
2944 Delegierte für den LPT, Oberhausen), Christian Leye (Sprecher KV Bochum, Delegierter für
2945 den LPT)

2946

2947 Der Landesparteitag von DIE LINKE.NRW möge beschließen:

2948 Die Attentate von Anders Breivik in Norwegen haben die Frage nach der Bekämpfung
2949 eines neuen aggressiven Rechtspopulismus aufgeworfen, der längst auch in NRW

2950 immer weiter auf dem Vormarsch ist. Hintergrund hierfür ist nicht zuletzt die aktuelle
2951 Finanz- und Wirtschaftskrise. Denn gerade aufgrund dieser Krise versucht die
2952 herrschende Politik alles, um von der Verteilungsfrage abzulenken und die
2953 Gesellschaft zu spalten: in Deutsche und MigrantInnen, in Erwerbstätige und
2954 Erwerbslose, in In- und Ausländer. DIE LINKE.NRW spricht sich gegen jede Form von
2955 Rechtspopulismus aus und entwickelt Strategien, um rechtspopulistische Tendenzen
2956 zu stoppen. Dabei setzt sie vor allem die folgenden Schwerpunkte:

2957 1. DIE LINKE.NRW verfolgt gerade in der Krise eine Politik, die den Empörten und
2958 Entrechteten eine Stimme gibt, und sie nicht dem Neorassismus der Sarrazins,
2959 Broders und Wilders überlassen. Angesichts der Euro- und Wirtschaftskrise fordert
2960 sie auch von der Bundespartei eine Kampagne mit populärer antikapitalistischer
2961 Ausrichtung ("Profiteure zur Kasse - Millionärssteuer jetzt!)

2962 2. DIE LINKE.NRW verfolgt eine Politik der Bewegungsorientierung. Sie setzt anstelle
2963 von Diskriminierung und Ausgrenzung auf solidarische Gegenwehr auf den Straßen
2964 und in den Betrieben für die sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung.

2965 3. DIE LINKE.NRW streitet gegen jede Form des Nützlichkeitsrassismus. Denn mit
2966 ihm wird ein gesellschaftliches Klima für Ausgrenzung vorbereitet. Insbesondere darf
2967 sich die Einwanderung nach Deutschland nicht nach Kriterien der kapitalistischen
2968 Verwertbarkeit bemessen. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen!

2969 4. DIE LINKE.NRW steht gegen jede Form von Kriegstreiberei. Denn nicht zuletzt
2970 damit versuchen die Herrschenden, mit neorassistischen Legitimationsmustern ihre
2971 Kriege zu rechtfertigen und die ideologische Unterfütterung für die Entsendung
2972 Bundeswehr in Auslandseinsätze zu liefern.

2973 5. DIE LINKE.NRW sieht den Kampf gegen Rechtspopulismus und für Laizismus nicht
2974 als Widerspruch an. Konsequenter Antirassismus ist ihre Antwort auf
2975 Rechtspopulismus, nicht der Verzicht auf Religionskritik und die Forderung nach
2976 Trennung von Religion und Staat.

2977

2978

A-7

2979 **Auflösung des Vorstandes des Kreisverbandes Rhein-Erft**

2980 Antragsteller: Willi Dedecke, Artur Forge, Karsten Miebach, Werner Ratzki

2981 Auflösung des Vorstandes des Kreisverbandes Rhein-Erft nach § 13 Absatz 10
2982 unserer Landessatzung:

2983 Inhalt des § 13 Absatz 10:

2984 Wenn Kreisverbände in ihren Beschlüssen und ihrem politischen Wirken erheblich
2985 und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms oder der Satzung oder gegen
2986 Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können sie oder einzelne ihrer Organe
2987 durch Beschluss des Landesparteitages aufgelöst werden. Der Auflösungsbeschluss
2988 bedarf einer satzungsändernden Mehrheit. Dieser Beschluss muss auch das weitere
2989 Verfahren zur demokratischen Neukonstituierung regeln. Die Parteimitgliedschaft des
2990 einzelnen Mitgliedes bleibt davon unberührt.

2991 Der geforderte Beschluss des Landesparteitages wird wie folgt vorgeschlagen:

2992 Der gesamte Kreisvorstand wird aufgelöst und die Mitglieder des aufgelösten
2993 Vorstandes dürfen die nächsten 4 Jahre keine Parteiämter übernehmen. Eine
2994 Neuwahl des Kreisvorstandes ist vom Landesvorstand vorzunehmen und zu
2995 überwachen. Er kann dabei auf Mitglieder aus dem REK zurückgreifen, es dürfen
2996 jedoch keine der abgelösten Personen mitwirken.

2997 Begründung:

2998 Am 05.11.2010 wurde auf dem Kreisparteitag eine Satzung für den Kreisverband
2999 Rhein-Erft von den Mitgliedern in Kraft gesetzt.

3000 Hierin heißt es im § 4 Absatz 9 Satz 1 und 2:

3001 Die Sitzungen des Kreisvorstandes sind parteiöffentlich. Die Termine der Sitzungen,
3002 die Einladung und die vorgesehene Tagesordnung sind auf der Website des
3003 Kreisverbandes zu veröffentlichen und den Mitgliedern elektronisch zu übermitteln.

3004 Die Sprecherin des Kreisverbandes, Jutta Decruppe, und der Sprecher, Sascha Jügel,
3005 sind von uns immer wieder, also insgesamt 9 mal, aufgefordert worden diese
3006 Sitzungsvorgabe einzuhalten, jedoch ohne irgendeinen Erfolg. Den Mitgliedern im
3007 Rhein-Erft-Kreis (REK) ist es deshalb nicht möglich sich in die Parteiarbeit
3008 einzubringen, da der Vorstand nur unter sich arbeitet und keine Informationen
3009 weiterleitet. Natürlich werden auch keine Vorstandsprotokolle an die Mitglieder
3010 weitergeleitet, auch nicht elektronisch, demzufolge verstößt der gesamte
3011 Kreisvorstand permanent gegen das Gebot der Informationspflicht der Mitglieder.

3012 Des Weiteren wurde von Mitgliedern des Vorstandes des REK eine Basisgruppe neben
3013 einem Stadtverband (Stadt Hürth im REK) gegründet, welche dem Stadtverband
3014 Konkurrenz in der eigenen Partei machen soll, nur weil sich der Kreisvorstand in
3015 diesem Stadtverband keine Mehrheit sichern konnte. Eine Partei in der Partei um
3016 gegeneinander vorzugehen ist nicht im Sinne unserer Partei. Wenn Differenzen
3017 bestehen sollen diese auf demokratischen Weg beigelegt werden.